

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 25. April 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Das imperialistische Abenteuer in Marokko.

Paris, 22. April. (Fig. Ver.)

Die Waiffe-Spekulanten der Marokko-Politik — die Regnault, Thomson, Etienne — sind in freudiger Erwartung. Rulley-Hafids Sache steht schlecht, sehr schlecht, wenn auch wohl nicht ganz so schlecht, wie die Pressfödlinge der Clique ausschreien. Von dem seit Wochen vom Aufstand der Stämme umtobten, fast ganz abgeschnittenen Fez laufen nur noch seltene und wenig günstige Nachrichten ein. Die Verproviantierungskolonnen, die unter dem Hauptmann Moreau dorthin gesandt wurde, ist anscheinend stecken geblieben, fordert selbst Proviant und darf sich nicht weiter wagen. In Fez aber sitzt der Oberst Mangin als Chef der französischen Militärmission. Außer ihm sind noch die Konsuln Frankreichs, Deutschlands, Spaniens, Oesterreich-Ungarns und Englands sowie eine unbestimmte Zahl von Europäern da, die bei einer Erstürmung der Stadt durch die Stämme sicher in Lebensgefahr wären. Unter diesem Gesichtspunkt dürfte man von einem internationalen Interesse sprechen, aber die französische Kolonialclique, die ihren Feldzug haben will, verkündet um der Militärmission willen in patriotischen Trompetentönen, daß deren Rettung eine „nationale Pflicht“ sei, die — so sagt der „Temps“ — mit der Kraft eines Naturgesetzes Geltung fordere und keinem Artikel eines Vertrages untergeordnet werden könne. Die Ehre der Nation ist engagiert. „Die Stunde der Tat ist gekommen“ — heißt die Marcellaise der Deutmacher.

Der Plan der Clique scheint in der Tat geglückt. Bovor Jaurès in der Kammer wiederholt mit dringenden, leidenschaftlich beschwörenden Worten gewarnt hat, die Vorbereitung einer Situation, worin ein großer Kolonialfeldzug mit seinem großen Menschen- und Geldaufwand und seinem unaussprechbaren Ziel unausweichlich ist, hat ihre unvermeidlichen Konsequenzen entwickelt. Indem die französischen Militär-Instruktoren Kommandogewalt erhielten, war mit dem Glück der von ihnen geführten „Mahalla“ die „nationale Ehre“ Frankreichs engagiert und die militärische Intervention Frankreichs wurde die Folge der Niederlage des Sultans. Diese Intervention bringt aber in doppelter Hinsicht Gefahren. In Marokko entzündet sie den religiösen Fanatismus und vervielfacht die Kraft des Aufstandes gegen den Steuererpresser Rulley Hafid durch den Fanatismus des „heiligen Krieges“; zugleich aber macht sie die Eiferfucht der Kapitalisten der anderen europäischen Staaten rege und schafft die Möglichkeit neuer internationaler Konflikte. Denn die Absichten der französischen Imperialisten werden so deutlich, daß sie die bisherige Deutscherlei einfach abgeschafft erscheinen lassen. „Es ist nicht nötig“, schreibt der „Temps“, daß man zur Verproviantierung der Militärmission, d. h. des von den französischen Offizieren kommandierten Verteidigungskorps von Fez, eine scharfschneidende Waffe vornimmt. Von den verschiedensten Seiten her marschieren französische Truppen in Marokko ein. Während im Innern Mangin in Fez, Bremond im Gebiet der Scharardas an der Spitze der von Frankreich bezahlten scharfschneidenden Soldaten den Widerstand organisieren, bereitet sich General Roinier vor, mit 20 000 Mann in der Schauja vorwärts zu rücken und stattdie die Mahalla zum Entschluß von Fez mit Unteroffizieren und Artillerie aus. In Casablanca sind bedeutende Verstärkungen gelandet. Und im Osten, an der Grenze von Dran, sind 8000 Mann konzentriert, um an der Mulaja zu operieren. Es gehört wahrhaftig ein ungewöhnliches Maß von Naivität dazu, zu glauben, daß diese Truppen etwa nach der Rettung von Fez wieder in ihre alten Stellungen zurückkehren werden. Man wird nicht mit Unrecht die moralischen Wirkungen dagegen gelten machen, die der scheinbare Rückzug der Franzosen auf die Marokkaner und selbst auf ihre Stammesverwandten in Algerien üben würde. Die militärische Abenteuerpolitik hat ihre eigene unbefriedbare Logik.

Aber diese wurzelt im kapitalistischen Kolonialsystem selbst. Und das ist ihre Stärke gegenüber den Einwendungen und großherzigen Bemühungen Jaurès selbst. Unser Genosse hat bekanntlich eine Politik vertreten, die darin bestand, Rulley Hafid zu günstigen Bedingungen französisches Geld zur Verfügung zu stellen, um seine Herrschaft in Marokko militärisch und administrativ zu organisieren. Unser Genosse hat da doch den Edelmut der Kapitalisten überschätzt, die ihr Geld in exotischen Unternehmungen nicht ohne starke Risikoprämie und noch weniger ohne materielle Sicherheiten anlegen mögen. Es ist auch wirklich sehr zweifelhaft, ob Rulley Hafid der Mann wäre, daß seit langem in Anarchie verfallene Land einer Wiedergeburt entgegenzuführen, ganz abgesehen davon, daß eine solche Wiedergeburt zuletzt doch auf eine Freiheitsbewegung gegen den ausländischen Kapitalismus hinauslaufen müßte. Die „penetrativ-pacifische“, die alte Lieblingsidee Jaurès, die Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft auf dem Boden der Barbarei mit Ueberfringung der Stufe der ursprünglichen Akkumulation, ist eine Utopie, die von den historischen Gesetzen der kapitalistischen Expansion blutig desavouiert wird.

Man muß also mit der Tatsache rechnen, daß die Deutmacher der französischen Kolonialclique ihren Willen durchsetzen und die Regierung zu der Intervention im großen Stil vorwärtstreiben werden, der sie zweifellos lieber ausgewichen

wäre. Die jetzige künstliche Erhöhung der „öffentlichen Meinung“, soweit sie sich im Zeitung lesenden Kleinbürgerlichen Großstadtpublikum darstellt, ist offensichtlich ein Teil der umfassenden Aktion, die seit dem Sturz Briands von der journalistischen Landsknechtchar der Großfinanz betrieben wird. Der Widerstand, den die Wahngesellschaften gegen die Regierung organisieren und die an ihr versuchte „patriotische“ Erpressung in der Marokko-Politik bringen sie in eine Situation, worin sie entweder vor den großkapitalistischen Mächten kapitulieren oder den nicht gerade aussichtsreichen Kampf auf Tod und Leben mit ihnen aufnehmen muß. In dieser Situation wird aber die Taktik der sozialistischen Partei besonders schwierig werden, da sie jedweden Bestreben der Regierung, den Kolonialabenteurern Befriedigung zu gewähren, energisch entgegenzutreten, andererseits aber sich hüten muß, den Briandisten in die Falle zu gehen.

Die Marokkopolitik hat so schon durch ihren Zusammenhang mit den großkapitalistischen Intrigen gegen das Kabinett Monis eine nationale Bedeutung. Sie wird aber von der internationalen noch übertroffen. Unleugbar birgt die französische Intervention in Marokko manche ernste Gefahren in sich. Es wäre lächerlich, sie etwa auf Grund der Abmachungen von Algieras zu beanstanden. Was diese charakterisierte, war der Umstand, daß sie nur auf normale Zustände in Marokko zugeschnitten waren, also just in dem Augenblick versagen mußten, wo ein Einbernehmen der Mächte am dringendsten wurde. Gleichwohl kann man annehmen, daß trotz der unvermeidlichen alldeutschen Stänkereien in Deutschland die Lust zu wichtigeren — und im jetzigen Augenblick geradezu verbrecherischen — Einmischungen sich nicht mehr hervorzuvorwagen wird. Wenn dabei die Scharfmacher des englischen Imperialismus das Konzept verdrorben wird, um so besser. Wenn die französische Bourgeoisrepublik sich in Marokko durchaus verbluten will — Deutschland hat dort sicher nichts zu holen. Indem aber die deutsche Arbeiterklasse, um den Herrschenden jeden Zweifel zu benehmen, ihnen ihren Widerstand gegen jeden Gedanken einer Einmischung mit aller Energie klar machen wird, wird sie ebenso eine im besten Sinne nationale Politik betreiben wie die französischen Sozialisten, die ihre Opposition gegen den marokkanischen Feldzug mit um so besserer Aussicht entfalten können, je weniger den weltpolitischen Spekulanten die Ausbeutung chauvinistischer, deutschfeindlicher Gefühle möglich ist. Die Verständigung mit den spanischen Genossen, deren Wichtigkeit der Parteitag in St. Quentin eben erst betont hat, ist hierbei zu dringendster Aktualität gelangt, da die französische Intervention bei den herrschenden Massen Spaniens, die in der marokkanischen Sphäre den letzten Rest des einstigen kolonialen Weltreichs behaupten und mit Zukunftshoffnungen spielen, Beunruhigung erwecken muß. Die Kooperation dieser beiden Sektionen der Internationale wird der Erregung chauvinistischer Hasses vorzubeugen oder entgegenzuwirken haben. Noch ist das Proletariat nicht stark genug, die internationale Politik im Geiste des Völkerverständens und der Brüderlichkeit zu beherrschen. Aber es gehört zu seinen vornehmen Pflichten, mit allen Kräften die Greuel des Krieges zu verhindern, womit die wilde Deutegier der rivalisierenden Kapitalistenbanden unaufhörlich die Kulturwelt bedroht.

### Die französischen Truppensendungen.

Paris, 24. April. Wie mehrfach verlautet, werden die neuen Verstärkungen des Besatzungskorps im Schaujagebiet mindestens zehntausend Mann betragen. Ferner wird gemeldet, das französische Besatzungskorps der Schauja werde, da Rulley Hafid außerstande sei, die von ihm versprochene Bestrafung des Zaer Stammes wegen des Ueberfalles auf eine französische Truppenabteilung zu vollziehen, voraussichtlich ihre Züchtigung übernehmen. Wie aus Fez vom 17. April gemeldet wird, ist die Stadt ruhig und die Lage unberändert.

### Eine Verhöhnungsnote.

Paris, 24. April. In einem sichtlich offiziellen Artikel des „Matin“ heißt es über Marokko: „Gegenüber der Beunruhigung, die in gewissen Madrider und Berliner Blättern zutage treten könnte, dürfen wir bereits jetzt erklären: Den von der französischen Regierung getroffenen Maßnahmen liegen keinerlei Hintergedanken zugrunde. Die Entsendung französischer und marokkanischer Truppen nach Fez, die Verstärkung des Besatzungskorps in der Schauja, die Zusammenführung französischer Truppen an der algerisch-marokkanischen Grenze, haben nur den Zweck, den französischen Instruktoren und den fremden Kolonien in Fez Hilfe zu bringen und den Sultan instandzusetzen, die Unzufriedenheiten niederzuerwerfen, seine Oberhoheit über die aufrührerischen Stämme geltend zu machen und den Stämmen zu zeigen, daß sie die Ruhe nicht ungestört stören dürfen. Frankreich hegt keine Eroberungsgedanken und wünscht nur, daß in Marokko Ruhe und Wohlfahrt herrscht. Unsere Offiziere und Soldaten bleiben nicht in Fez, sie werden die Stadt verlassen, sobald das angestrebte Ziel erreicht ist.“

In demselben Sinne schreibt, wie aus London telegraphiert wird, die „Westminster Gazette“, das offiziöse Organ der englischen Regierung:

Die französische Regierung beabsichtigt keine militärische Okkupation Marokkos, erstens, weil dies internationale Verwicklungen herbeiführen würde, zweitens wegen der inneren Schwierigkeiten, die dieser Operation entgegenstehen. Das Blatt fährt fort: Wir hoffen, daß die

französische Regierung bedachtam handeln und soweit als möglich sich darauf beschränken wird, den eingeborenen Truppen französische Offiziere zu geben. Wir hoffen ferner, daß sie internationale Empfindlichkeiten schonen und ihre Nachbarn von jedem Schritt, den sie zu tun beabsichtigt, genau unterrichten wird. Die deutsche Regierung kann nicht gut Einspruch gegen Maßregeln erheben, die für die Sicherheit der französischen Mission und der Europäer in Fez notwendig sind, aber sie wird sicher fordern, daß der Algieras-Vertrag in Geist und Buchstaben eingehalten wird, und darin ist sie natürlich völlig in ihrem Recht.

### Die Warnung der Sozialdemokratie.

Jaurès schreibt in der „Humanité“: Wie seinerzeit während der Parlamentsferien der Streit von Casablanca unternommen wurde, so werden auch diesmal nach Schluß der Parlamentstagung plötzlich bedrohliche Nachrichten über Marokko verbreitet und Kolonialgruppen ver doppeln ihre Bemühungen, um die Regierung und die Nation mit fortzureißen. Das alles sieht nach bedenklichen Machenschaften und Mäkten aus. Man sucht durch eine Panik einen umfassenden Invasions- und Besatzungsplan zu erzwingen, der in gar keinem Verhältnis zu der in Marokko herrschenden Gärung steht. Die Urheber dieser Machenschaften treiben uns mit alarmierenden Meldungen in einen regelrechten Krieg gegen Marokko. Wenn die Regierung so schwach ist, diesen öffentlichen Mißtättern nachzugeben, dann verwickelt sie sich und Frankreich in ein unheilvolles, unsauberes Abenteuer.

## Gehälter und Pensionen im Lande der Verfassungsreform.

Zur eljah-lothringischen Verfassungsfrage hat der frühere Staatssekretär für Eljah-Lothringen, Ernst Mathias v. Köller, mit seinem Herzogsergah in der neuesten Nummer der „Woche“ ein Seiltanzstück aufgeführt, das ihn als jenen wackelichten Merkwürdigen zeigt, als der er sich während seiner Ministerzeit in Eljah-Lothringen mit dem Wetterlé, Frey und Genossen allezeit trefflich abgefunden hat. Da ist es eine der derbsten Ironien der Weltgeschichte, daß just zum Erscheinen des Köllerschen Artikels in der „Woche“ sein elsfässiger Bruder in Christo, der Abbe Wetterlé, in dem von ihm in französischer Sprache herausgegebenen Blatte „Kouvelles“ (wohl aus Partgefühl nur in diesem) dem Herrn v. Köller die Pension berechnet, die er, der lebenslängliche prenzliche Herrenhäuser von heute, von Eljah-Lothringen und von Preußen bezieht. Wetterlé hebt hervor, daß der Pensionsfonds im eljah-lothringischen Landeshaushaltsetat Jahr für Jahr wachsen und daß die Summe jetzt an 6 Millionen heranreicht, welche das keine Land an seine ehemaligen Beamten jährlich abzuführen hat. Den Ehrenplatz bei den erbaulichen Ziffern, die er anführt, erhält Herr v. Köller. „Wissen Sie“, fragt Wetterlé, „was Herr v. Köller, der ehemalige Staatssekretär, bezieht? Die Bagatelle von 27 603 M. Da Herr v. Köller ferner einige Monate Minister des Innern in Preußen war, belastet er auch den Haushalt dieses Landes um das bescheidene Einkommen von 15 000 M. Zusammen 42 603 M., das sind 6603 M. mehr als er zu der Zeit bezog, da er noch die Geschichte der annektierten Provinzen lenkte. Wichtig ist allerdings, daß er damals auf Kosten der Fürstin wohnte und mit dem Kurator der Universität die 8000 M. teilte, die zur Entschädigung dieses letzteren vorgesehen waren.“

Er hat delikate Freunde in Eljah-Lothringen, der Junker Ernst Mathias v. Köller!

Aber der Artikel enthält auch sonst lehrreiche Zahlen. Der frühere Statthalter Fürst v. Hohenlohe-Langenburg ist ein armer Teufel im Vergleich zu diesem Rabob der Ruhegelber, den wir in Herrn v. Köller kennen gelernt haben. Er hat zur Sicherung seiner alten Tage nur eine Pension von 27 000 M.

Den Fall gesetzt, daß infolge des Scheiterns der Verfassungsvorlage der gegenwärtige Statthalter Graf v. Wedel mit den Herren v. Bulach und Mandel zurücktritt, was nicht zu den Unmöglichkeiten gehört, so würde der Landeshaushaltsetat für Eljah-Lothringen die nachstehenden Folgen zu tragen haben: drei neue Pensionen von 27 000 plus 27 000 plus 16 500 M., das ist eine neue unproduktive Mehrausgabe von 70 500 M., die diesen Herren zu entrichten wäre.

Noch interessanter ist der Fall des Alt-Bürgermeisters von Strahburg und Exministers Herrn Valz. Dieser Herr, der ganze sechs Monate hindurch Unterstaatssekretär war, bezieht vom Staate ein Ruhegehalt von 18 500 M. Dazu gibt ihm die Stadt Strahburg, deren Bürgermeister er zwanzig Jahre hindurch war, 12 000 M. Pension, das sind zusammen 28 500 M. Herr Valz hat also wie Herr v. Köller Ruhegehälter, deren Gesamtsumme höher ist als die Gehaltsbezüge, die er während seiner Amtstätigkeit erhielt (21 500 M. und später 20 000 M. mit Dienstwohnung). Der frühere Bürgermeister von Strahburg wurde außerdem zum Kurator der Universität ernannt, was ihm jährlich 3000 M. einträgt. Er hat somit ein Einkommen von 31 500 M. im Ruhestand.

Noch höher als die ihnen zustehenden Pensionen sind die Bezüge des früheren Bezirkspräsidenten des Ober-Eljah, des Prinzen Alexander zu Hohenlohe-Schillingensfürst, und des ehemaligen Colmarer Kreisdirectors Freiherrn v. Tärle, die beide zur Disposition gestellt worden sind und keinerlei Dienst mehr tun. So muß es das Land finanziell bähnen, daß Prinz Alexander rüdgratfest genug war, die Memoiren seines Vaters herauszugeben, wodurch er in Ungnade fiel.

### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne je Zeile oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gemeinschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte Wort 20 Pfg. (gültig 2 Zeilegedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pfg. jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Zum Schluss sei bemerkt, daß der kaiserliche Statthalter in Elß-Lothringen, der kein Gehalt, sondern nur 200 000 M. Repräsentationsgelder bezieht, mit dem Dispositionsfonds, dem Statthalterbureau usw. das Land nach der Berechnung Weiterläs auf 489 050 M. jährlich zu stehen kommt. Und dabei ist er eigentlich neben dem Staatssekretär und den Unterstaatssekretären ganz überflüssig!

## Verleumder am Pranger.

Im Juni 1910 hatten sich durch Revisionen und sonstige Ermittlungen Unregelmäßigkeiten in der Geschäftsführung der Ortskrankenkasse I in Freiberg ergeben, die nur durch den Geschäftsführer Gräfer verschuldet sein konnten. Genosse Wielig sah sich daher als Vorsitzender der Kasse genötigt, beim Stadtrate zu Freiberg eine Generalrevision der Kasse zu beantragen. Kurz danach unterbreitete er in Gegenwart Gräfers die ermittelten Unregelmäßigkeiten dem Stassenvorstande und kam dabei zu dem Schluß, daß Gräfer unter diesen Umständen die Geschäfte der Kasse nicht mehr weiterführen könne. Doch beschränkte man sich zunächst darauf, Gräfer einen Urlaub in der Dauer von 14 Tagen zu geben.

In der darauffolgenden Nacht beging jedoch der suspendierte Geschäftsführer Selbstmord. In einem hinterlassenen Briefe hatte er bemerkt: Die Genossen haben mich in den Tod getrieben, besonders Wielig. Obwohl nun dieser eilig vorgenommene Selbstmord für jeden vernünftigen Menschen zu der Vermutung hätte führen müssen, daß Gräfer wahrscheinlich weit mehr als die bereits ermittelten Unregelmäßigkeiten auf dem Kerbholz habe, deren Entdeckung er zu fürchten hatte, war dieser traurige Fall sowohl für die Unternehmer im Stassenvorstand, wie für den agrarkonservativen „Freiberger Anzeiger“ Veranlassung, in ebenso scaböser wie leichtfertiger Weise mit geglätteten Verdächtigungen über die sozialdemokratischen Mitglieder im Stassenvorstand, besonders aber über den Vorsitzenden Genossen Wielig herzufallen.

In zwei Artikeln des „Freiberger Anzeigers“, von denen einer überschrieben war: „Ein Opfer sozialdemokratischer Machinationen“, wurde unter anderem behauptet, Gräfer sei ein Opfer des rigorosen Vorgehens der sozialdemokratischen Vorstandsmehrheit. Die gänzlich harmlosen Unregelmäßigkeiten Gräfers seien eine Folge davon gewesen, daß die sozialdemokratische Vorstandsmehrheit bei der Anstellung von Beamten nicht nach Befähigung und Vorbildung, sondern nach deren parteipolitischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit frage. Für die sozialdemokratischen Wähler in der Kasse habe es sich nur darum gehandelt, einen Beamten zu besetzen, der ihnen wegen der Betätigung seiner nationalen Gesinnung längst lästig geworden war.

Natürlich drückte die reichsverbänderische Presse diese Ergüsse mit Behagen nach, während sie die Darstellung Wieligs unterschlug. Der „Freiberger Anzeiger“ selbst lehnte eine Verächtlichmachung des Genossen Wielig rundweg ab und setzte damit seinem scabösen Verhalten die Krone auf. Da blieb Wielig nichts weiter übrig, als die Verleumder vor den Strafgericht zu zitieren, um so eine Klarstellung zu erlangen. — Am Freitag und Sonnabend kam die Sache vor dem Schöffengericht in Freiberg zum Austrag. Angeklagt war der Redakteur des „Freiberger Anzeigers“, Burkhardt. Als Rechtsbeistand Wieligs war Genosse Rechtsanwalt Heine erschienen.

In der umfangreichen Beweisaufnahme wurde unter anderem festgestellt, daß Genosse Wielig auf das Betreiben der Arbeitgeber im Stassenvorstand, die gedroht hatten, im anderen Falle ihre Klemme niederlegen zu wollen, vom Stadtrate vorläufig seines Amtes enthoben worden war, angeblich auch deshalb, weil er mitverantwortlich sei für die Unregelmäßigkeit und auch zu spät eingeschritten sei. Rechtsanwalt Heine stellte zunächst fest, daß dieselben Unternehmervertreter, die erst in einer Erklärung behauptet hatten, Wielig habe Gräfer in den Tod getrieben, vier Tage später beim Stadtrat deshalb gegen W. als Vorsitzenden Beschwerde geführt hätten, weil er zu spät gegen Gräfer vorgegangen sei. Daraus spiegelte sich die unnützlich gehässige Kampfbewertung gegen Wielig wider. Im weiteren stellt Heine fest, daß die Kreisheilmannschaft Wielig wieder in sein Amt eingesetzt und in den Entscheidungsgründen hervorgehoben habe, daß das Recht auf der Seite Wieligs sei. Allerdings habe sie auch gesagt, Wielig hätte eher gegen Gräfer vorgehen sollen. Daraus gehe aber deutlich hervor, daß Wielig nicht in rigoroser Weise gegen Gräfer vorgegangen sei.

Besonders eingehend wurde in der Beweiserhebung die Behauptung erörtert, daß man bei der Einstellung der Stassenbeamten nicht nach ihrer Befähigung, sondern nur nach der parteipolitischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit frage. Festgestellt wurde, daß nur ein einziger Sozialdemokrat als Bureaubeamter beschäftigt sei, der sich im Bureau als besonders tüchtig bewährt hat. Noch weniger konnte auch nur der Schatten eines Beweises dafür erbracht werden, daß gegen Gräfer seiner nationalen Gesinnung wegen vorgegangen worden sei. Es hat sich im Gegenteil ergeben, daß Maßnahmen gegen Gräfer dringend nötig waren, denn außer den bereits früher ermittelten Unregelmäßigkeiten hat er auch noch Unterschlagungen verübt.

In seiner Anklagerede konnte Genosse Heine feststellen, daß auch nicht das mindeste von den verleumderischen Behauptungen des „Anzeiger“redakteurs Burkhardt erwiesen worden. Diesem sei der Selbstmord Gräfers zu Zwecken einer politischen Hege willkommen gewesen; er habe mit Zeichen gekreuzt und den Tod zu politischen Machinationen ausgeführt.

Das Ergebnis der Beweisaufnahme war eine völlige Rechtfertigung Wieligs und der sozialdemokratischen Vorstandsmehrheit, zugleich aber auch eine vernichtende moralische Niederlage für die Verleumder, besonders Burkhardt. Doch fand der Herr milde Richter. Auf 30 M. Geldstrafe lautete das Urteil gegen Burkhardt. Mit Recht hatte Rechtsanwalt Heine vorher darauf hingewiesen, daß ein sozialdemokratischer Redakteur, der gegen eine bürgerliche Stassenverwaltung solche Angriffe geschleudert habe, mit 6 Monaten Gefängnis werden rechnen müssen. Doch kam es weder Wielig noch seinem Rechtsbeistand auf eine hohe Strafe an, was auch beizugeben wurde; dem Ansehen der Rechtspflege und dem Rechtsbewußtsein kann aber eine so geringfügige Geldstrafe, die förmlich Prämien auf Verleumdungen sind, nicht entsprechen.

Die Tatsache, daß auch dieses Urteil die Rechtsprechung im Stassenstaate wieder einmal beleuchtet, kann aber an der Rechtfertigung Wieligs und der vollständigen Niederlage der Verleumder nichts ändern. Torheit wäre es aber, anzunehmen, daß sie trotz aller gegenteiligen Beweise ihren Verleumdungsfeldzug gegen die von Arbeitern verwalteten Krankenkassen einstellen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. April 1911.

### Die Erftwahlen im 4. Berliner Landtagswahlkreise.

Die gestrigen Wahlmänner-Erftwahlen im 4. Berliner Landtagswahlkreise haben der Sozialdemokratie einen Gewinn von insgesamt 21 Mandaten gebracht, und zwar 18 in der 2. Abteilung und 3 in der dritten.

Für die einzelnen Abteilungen stellt sich das Resultat folgendermaßen dar:

In der ersten Klasse wurden gewählt 2 Sozialdemokraten und 139 Freisinnige.

In der zweiten Klasse: 30 Sozialdemokraten und 96 Freisinnige.

In der dritten Klasse: 115 Sozialdemokraten und 1 Demokrat.

Hierzu kommen 22 bürgerliche Wahlmänner der ersten und 16 der zweiten Abteilung sowie 1 bürgerlicher der dritten Abteilung, die ihr altes Mandat behalten haben. Es stehen somit insgesamt 275 bürgerlichen Wahlmännern 215 sozialdemokratische gegenüber.

### Das neue Zuchthausgesetz.

Nach der Mitteilung eines mecklenburgischen Blattes ist der Kommission zur Beratung des neuen Strafgesetzbuches eine Denkschrift über Ausschreitungen bei Lohntämpfen, zur Herbeiführung einer Verschärfung der Strafen gegen den Terrorismus zugegangen. Ueber den Inhalt dieser Denkschrift werden nähere Angaben nicht gemacht. Daß die Nachricht des mecklenburgischen Blattes den Tatsachen entspricht, ist kaum zu bezweifeln, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Reichsanwalt bereits im November vorigen Jahres im Reichstag ausdrücklich betont hat, daß für einen größeren Schutz der Arbeitswilligen gesorgt werden müsse. In dieselbe Reihe hat überdies der preussische Polizeiminister v. Dallwitz am 8. April in einer Sitzung des Herrenhauses geschlagen, als er ausdrücklich erklärte:

„Jedenfalls wird es meines Dafürhaltens nicht zu umgehen sein, daß bei der Revision des Strafgesetzbuches auch diese Frage geprüft und die Materie, wenn möglich, besser geregelt wird, als es bisher der Fall ist.“

Daß die Regierung das Material geheim hält, läßt den Schluß zu, daß sie auf die Beweiskraft dieses Materials selber nicht besonders baut. Wir erinnern dabei an das Material, das dazu herhalten mußte, die feinerzeit verscharrte Zuchthausvorlage zu begründen. Die meisten Fälle waren so maßlos übertrieben, daß es eine Leichtigkeit war, sie auf das richtige Maß zurückzuführen. Die neueste Vorlage an die Strafrechtskommission ist offenbar von langer Hand vorbereitet. Schon vor etwa drei Jahren wurde bekannt, daß die Polizeibehörden angewiesen worden sind, über jeden Streik und seine Begleiterscheinungen, insbesondere über angeblichen Terrorismus der Streikenden, an eine Zentralstelle zu berichten. Die Denkschrift, die der Kommission zugegangen ist, stellt jedenfalls ein Sammelvermögen polizeilicher Eifers dar. Das mindeste, was man von einer Regierung, die noch einigermaßen als vernünftig gelten will, verlangen kann, wäre das, daß solches Material der Öffentlichkeit bekannt gegeben würde, ehe es in arbeiterfeindlichem Sinne rekrutiert werden soll. Allem Anschein nach ist aber das Material so, daß es einer öffentlichen Kritik nicht standhalten würde, und die Regierung rechnet damit, daß, wenn erst einmal ausnahmegesetzliche Bestimmungen in das neue Strafgesetzbuch hineingearbeitet sind, es außerordentlich schwer hält, sie bei der parlamentarischen Beratung wieder herauszubringen. Dadurch gewinnt der geplante Ueberfall auf die Arbeiterklasse ganz wesentlich an Wucht und Hinterlist. Unter allen Umständen muß von der Regierung verlangt werden, daß sie, nachdem ihre Methode an das Licht der Öffentlichkeit gezogen wird, auch ihr Material der Öffentlichkeit unterbreitet.

### Noch eine Bestätigung.

Auch die „Kreuz-Zeitung“ beschäftigt jetzt, daß in gewissen Kreisen der Regierungsbureaukratie und der Agrarkonservativen der Plan gehegt wird, die Weismann-Holwegische Regierung dazu zu bestimmen, noch beim jetzigen Reichstage im Spätherbst den Reichshaushaushaltsplan für 1912 vorzulegen. In einer an die Nationalliberalen gerichteten Mahnung, sich dem Fiskusblock bei der nächsten Gesetzgebungskampagne anzuschließen, schreibt nämlich das Blatt der Hammerstein-Epigonen:

„Nicht minder aber, sollten wir meinen, wird es auch einer Mittelpartei wohl anstehen, wenn sie alles daran setzt, um noch vor den Wahlen den Etat für das kommende Jahr verabschieden zu helfen. Es ist uns nur vom Standpunkt der Sozialdemokratie und ihrer Helfershelfer verständlich, wenn dem Wunsche, diesen Reichstag noch den Etat erledigen zu lassen, widerprochen wird. Glaubt denn irgend ein Gegner der Finanzreform, daß der Etat anders aussehen wird, wenn er dem neuen Reichstage vorgelegt wird, oder daß sich dann eine Möglichkeit bieten könnte, die vielgeliebte Ausdehnung der Erbschaftssteuer auf Witwen und Waisen einzuführen, die Einkommensteuer aber abzuschaffen? Für absehbare Zeit kann die Regierung nicht die Hand zu neuen Steuerexperimenten bieten. Und wenn sie es wollte: welche Partei könnte es wagen, die tatsächlich bei allen sehnsüchtigen Leuten so überaus unpopuläre Witwen- und Waisensteuer durchzusetzen? Das Verlangen danach — man sei doch endlich so ehrlich, es stillschweigend eingezustehen — war nichts anderes als ein parteilistischer Trick zur Niedrigzwangung der „Agrarier“. An und für sich ist diese Steuer mindestens ebenso drückend, wie jede andere direkte Steuer, und wer sie ohne Not einführen will, macht sich Feinde. Da es sich also im Jahre 1912 unter keinen Umständen um eine Vereinfachung der Finanzreform handeln kann, wird man auch vom Standpunkt einer Mittelpartei nicht bestreiten dürfen, daß es im Reichsinteresse liegt, wenn es möglich wäre, den Etat vor den Wahlen zu verabschieden. Ob die Regierung selber großen Wert darauf legt, wissen wir nicht; es wird behauptet und wir finden es begründlich; ebenso begründlich würden wir es im anderen Falle finden, wenn die wütenden Proteste der Sozialdemokratie und ihrer Helfershelfer die Regierung erst darauf brächten, daß der Gedanke gut und empfehlenswert sei.“

Die Konservativen wünschen demnach dringend, daß die Regierung in der Herbstsitzung noch dem scheidenden Reichstage den Reichsetat für 1912 vorlegt. Und die Regierung wird sicherlich in williger Anerkennung ihrer gottgegebenen Abhängigkeit von den Agrarkonservativen diesen Wunsch erfüllen. Doch kommt es weder allein auf die schönen Absichten und Wünsche der Konservativen noch der Regierung an, auch die oppositionellen Parteien des Reichstages haben ein Wort mitzureden.

### Zentrumstrategie Erzberger.

In die Regierung werden jetzt gar seltsame Ansinnen gestellt. Sie soll schon Verteidigungschriften über die letzte Reichsfinanzreform ausarbeiten lassen, die Reichsbilanzen freistellen, bilanzielle Reichshaushaltspläne aufstellen usw. Und jetzt kommt gar noch Herr

Erzberger aus Dultenhausen und verlangt, die Regierung solle energisch die offizielle Stimmungsmache für die aus der Kommission hervorgegangene Reichsversicherungsordnung betreiben. Derselbe Schwäger, der früher nicht genug über die Regierung und ihre liederliche Gesetzgebungsarbeit herfallen konnte, findet jetzt, daß bei der Versicherungsordnung alles getan sei, was sich bei ordnungsgemäßer Erledigung eines Gesetzes tun ließe und daß absolut nichts Neues mehr in der Sache vorgebracht werden könnte. In einem Artikel im „Tag“ (Nr. 95 vom 23. April) meint er, der den Reichstag mit seinen endlosen Redereien unzählige Stunden gelotet hat, mit der ihm eigenen Ueberhebung:

„In der Geschäftsordnung steht letzten Endes auch nichts geschrieben, daß alles das, was schon in der Kommission dreimal gesagt worden ist, nochmal im Plenum zu wiederholen sei. Wenn alle gesetzgeberischen Arbeiten so gut vorbereitet wären, wie es die Reichsversicherungsordnung heute ist, stände es gut. Dazu kommt noch ein weiterer Grund: eine große Mehrheit ist den Kommissionsbeschlüssen im allgemeinen gefolgt. Solange kann man nicht beraten, bis Einstimmigkeit erzielt ist. Rechte, Zentrum und Nationalliberale haben den festen und entschiedenen Willen bekundet, dieses Ziel zu verabsichtigen... Die schon vorhandene Zweidrittelmehrheit ist sich über sehr viele Punkte einig, von den anderen kann noch eine Einigkeit erzielt werden. Eine solche große Mehrheit wird auch vor einer Obstruktion nicht kapitulieren.“

In Vorbereitung seiner späteren Vorkämpen über die Vortrefflichkeit der Zentrumspolitik bei der Reichsversicherungsordnung hält es nun Erzberger für notwendig, an dieser Stelle schon von zahlreichen und ungemein großen Vorteilen für die Arbeiter zu schwärmen. Und der Abgeordnete der Zentrumspartei, die vor einigen Jahren gegen offizielle Stimmungsmache in den stärksten Formen wütete, verlangt nicht weniger, als daß die Regierung jetzt eine ungeheure Stimmungsmache für die Versicherungsordnung, natürlich zugunsten der Schwarzblauen, in Szene setze. Er schreibt:

„Das stärkste Motiv für die Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung liegt schließlich in den zahlreichen und ungemein großen Vorteilen, die für die Arbeiterklasse in dem Gesetze enthalten sind. Die Leistungen werden auf der ganzen Linie erheblich erhöht, die Hinterbliebenenversicherung wird neu eingeführt; wenn die Arbeiterklasse einmal alle Vorteile der Kommissionsanträge kennt, dann wird sie selbst am lautesten den Ruf nach ihrer sofortigen Verabschiedung erheben. Die Regierung sollte daher auch in einfacher und übersichtlicher Weise diese Fortschritte gegenüber dem bestehenden Gesetze zusammenstellen und durch Tausende von Kanälen in das Volk leiten; das wäre eine sehr verdienstvolle Arbeit, die dem deutschen Volke erst recht die Bedeutung dieses Werkes klarmacht. Dann müßte die Sozialdemokratie verstummen, auch wenn sie weiß, daß die Neuregelung 4000 sozialdemokratische Organisationsmitglieder — die roten Angehörigen der Krankenkassen — nicht mit dem Wohlwollen behandelt, das dem erkrankten und invaliden Arbeiter zuteil wird. Es fehlt den breitesten Volksschichten noch viel zu sehr an der Kenntnis der weitgehenden Kommissionsbeschlüsse.“

Die Sozialdemokratie wird in der nächsten Zeit dafür sorgen, daß diese Kenntnis den Arbeitern in umfangreichster Weise vermittelt wird, und die Arbeiter werden dann bei den Neuwahlen den Schwarzblauen den Dank für die Entrechtung und für die versträppte Sozialreform ebenso heinzahlen, wie Herrn Erzberger für seine Unverschämtheiten.

### Chauvinisten an der Geharbeit.

Der „Aldersche Verband“ hat am Sonntag eine Versammlung abgehalten, in der der bekannte Reichsverbandsgeneral v. Liebert über die politische Situation referierte und gegen die Polen und Elß-Lothringer scharf machte. Dann wurden Maßregeln verlangt, die den Eintritt in die französische Fremdenlegion unmöglich machen sollten. Den Gipfel chauvinistischer Torheit aber erreichte die Tagung, indem sie einen Antrag für die Aufstellung Marokkos annahm. Dabei müßte das ganze atlantische Marokko dem Deutschen Reich zufließen, damit Deutschland endlich eine Siebelskolonie erhalte.

Wenn die Pariser Boulevardblätter den alldeutschen Karren den Gefallen tun sollten, ihre Redereien ernst zu nehmen, kann eine ganz nette chauvinistische Hege herauskommen.

### Das neue heftige Landtagswahlrecht.

Nachdem jetzt der Gesetzgebungsausschuß der Ersten Kammer des heftigen Landtages den Beschlüssen der Zweiten Kammer zugestimmt hat, kann man die Reform des heftigen Landtagswahlrechts endlich als vollendet ansehen. Von den vier sächsischen Staaten hat Hessen das weitest schlechteste Wahlrecht erhalten, ein in mancher Beziehung sogar noch schlechteres, als es selbst in norddeutschen Staaten, wie z. B. Oldenburg, nach seiner Reform gilt. Nach dem neuen Gesetz sind alle Personen männlichen Geschlechts wahlberechtigt, die zur Zeit der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet haben, wenigstens drei Jahre in Hessen wohnen, seit mindestens einem Jahre die heftige Staatsangehörigkeit besitzen und seit dem Beginn des Rechnungsjahres, in dem die Wahl vorgenommen wird, zu einer direkten Staats- und Gemeindesteuer herangezogen sind. Jeder mindestens 60 Jahre alte Wähler erhält eine Zusatzstimme. Das Wahlrecht kann von den Wählern nicht ausgeübt werden, die zur Zeit der Wahl mit dem letzten fälligen Teil der Staats- oder der Gemeindesteuer im Rückstand sind. Die Wahl ist direkt und geheim. Für die Wahlhandlung gelten im wesentlichen die gleichen Bestimmungen wie bei der Reichstagswahl. (Wahllorenz, Isolierraum usw.) Wenn im ersten Wahlgang kein Kandidat die absolute Mehrheit auf sich vereinigt, ist Stichwahl zwischen den beiden „Höchstbestimmten“ erforderlich. Die Abgeordneten der Zweiten Kammer werden auf sechs Jahre gewählt; alle drei Jahre scheidet die Hälfte aus. Die Zweite Kammer wird in Zukunft 88 statt 80 Mitglieder zählen. Die Städte Darmstadt, Mainz, Offenbach, Wiesbaden und Worms, von denen die beiden ersten bisher je zwei, die anderen bisher je einen Abgeordneten wählten, erhalten nach der Wahlreform je einen Abgeordneten mehr. Ebenso wird in jeder der drei Provinzen des Großherzogtums je ein ländlicher Wahlkreis neu gebildet.

Die nächsten Landtagswahlen finden im kommenden Herbst statt. Es scheidet 8 Antisemiten, 8 Nationalliberale, 6 Merkale, 8 Sozialdemokraten (Verhöld, Fulda, Raab) und ein Freisinniger aus. Mit den neu geschaffenen 5 sächsischen und 3 ländlichen Mandaten sind also diesmal 88 Mandate neu zu besetzen.

### Die Dortmunder Handelskammer über die erhöhte Biersteuer und den Bierkonsum.

Die Blätter des Schanapsbodes bringen in letzter Zeit wieder eine Nachricht über die andere von den „fegensreichen Wirkungen“ der letzten Finanzreform. Was in Wirklichkeit daran ist, lehrt erneut der vor kurzem erschienene Jahresbericht der Dortmunder Handelskammer. Ueber die Lage der Brauindustrie heißt es in dem Bericht, das Jahr 1910 sei für die Brauindustrie eine Probe auf ein sehr bedeutendes und schwieriges Exempel gewesen. Es habe sich herausstellen müssen, ob es gelingen würde, sich mit der erhöhten Brausteuer „abzufinden“. Es sei indes gelungen, unter dem Druck der Verhältnisse mit dem größten Teil der rheinisch-westfälischen Brauereien einen Vertrag über die Erhöhung der Bierpreise zustande

zu bringen. Es wird dann zwar von einer „gewissen Gefährdung“ der wirtschaftlichen Lage der Brauereien geredet, das kann aber höchstens für die engen Unternehmerinteressen gelten. Das die Ende kam bei der Preissteigerung nach. Der Bericht erwähnt, es sei erwartet worden, daß mit Ende des Jahres 1909 die rückgängige Bewegung im Bierabsatz den Tiefpunkt überschritten haben würde. Diese Hoffnung habe sich jedoch nicht erfüllt. Im Berichtsjahr ist der Bierabsatz noch erheblich hinter dem des schlechten Jahres 1909 zurückgeblieben, was aus den Maßverbrauchsfiguren von 16 Dortmunder Brauereien deutlich hervorgeht. Nach dem Bericht der Handelskammer betrug der Maßverbrauch dieser Brauereien im Jahre 1908/09 547 978 Zentner, im Jahre 1909/10 464 323 Zentner, das sind 83 650 Zentner oder zirka 15 Proz. weniger.

In dem Bericht wird dann weiter gegen die „beinahe zur Modefahne gewordene“ Antialkoholbewegung gewertet. Die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung, heißt es, sei zwar infolge der Verbesserung der wirtschaftlichen Konjunktur im allgemeinen größer gewesen, aber dieser günstige Moment sei durch die Bauarbeiterausperrung und durch andere Streiks „stark beeinträchtigt“ worden. Auch der frühe und regnerische Sommer wird erwähnt. „Der schlechte Bierverbrauch“, heißt es weiter, „hat im Berichtsjahre zur Folge gehabt, daß verhältnismäßig viele Brauereien zur Substitutions kamen, welche von den daran beteiligten Brauereien meist erworben werden mußten, damit nicht größere in ihnen investierte Kapitalien in Verlust gerieten.“

Die „Hauptfrage“ der Brauereien ist die, ob sie die Preisföndation erneuern können. Es wird für eine „Lebensfrage“ der Brauindustrie erklärt, ob die erhöhten Preise beibehalten werden können. Andersfalls soll die Brauindustrie „nicht bestehen“ können. Die Frage, ob die Waare der Konsumenten bei den Wucherpreisen „besitzen“ kann, kümmert die Unternehmer ja nicht.

### Der Segen des Brotwuchers.

Das der Stadt Rostock in Mecklenburg gehörige Gut Willers- hagen brachte bisher jährlich 7100 R. Paacht. Jetzt ist die Pach- periode abgelaufen. Bei der nunmehrigen Wiederverpachtung blieben drei Viertel im Hauptgebot. Sie boten 13.000, 13.100 und 13.200 R. jährlich. Daran kann man ersehen, was der Brotwucher den Besitzern von Art und Haum für Vorteile gebracht hat!

### Nationalliberaler Terrorismus.

Unsere Genossen in Neuh. J. haben im reichlichen Überflusse, dem Schmerzkinde der Partei, in den letzten Wochen eine eifrige Agitation zur Gewinnung neuer Abkommen für unser Genera- lparteiblatt betrieben, die schöne Erfolge erzielte. Zugleich wurden wertvolle Verbindungen angeknüpft und in einigen Orten wurden die Saalbesitzer bewogen, uns ihre Säle für Versammlungen zu überlassen. So sollte dieser Tage eine öffentliche Versammlung in Gulin bei Saalburg stattfinden. Sofort setzte der bekannte Terrorimus der Nationalliberalen ein, der dem der Konservativen und des Zentrums nichts nachgibt. Der Saal wurde uns prompt abgetrieben. Der Wirt erhielt von dem Vor- sitzenden des Militärvereins, einem fürstlichen Waldwärter, ein Schreiben, das wörtlich lautet:

Wernsdorf, den 19. April 1911.

Herrn Heinrich!

Ich weiß nicht, ist was dran oder nicht, ich habe gehört, bei die sollte am Sonntag eine Soziale-Versammlung abgehalten werden, wenn das so wäre, dann mache ich dich Heinrich auf die Folgen darauf aufmerksam, 1. ist keine Abendunterhaltung bei dir, unter Verein muß dein Lokal als Vereinslokal ausgeben und du wirst jedenfalls als Kamerad vom Militärverein ausgeschlossen werden, ich als Vorstand müßte dies dem Verband anzeigen, sonst fälle ich selber rein. Lieber Heinrich! Ich teile selbst darüber, den solche Dinge räumen sich nicht mit dem Militärverein zusammen. (Wits bewahre diese Zeilen auf).

Mit Kameradschaftlichen Gruß

G. Weigang, Vorsitzender.

Das sind die geistigen Waffen, mit denen man uns im Nach- bereiche des Reichstagsabgeordneten Horn zu bekämpfen sucht. Bei den Wahlen sehen wir uns wieder.

### Protestversammlung gegen die Kommissionsbeschlüsse zur Reichsversicherungsordnung.

In Oera (Neuh.) fand am Samstag, den 22. April, eine vom Gewerkschaftsrat einberufene öffentliche Versammlung statt, die sehr stark besucht war. Nach einem instruktiven Vortrage des Genossen Albert Kohn, Berlin, der die arbeiterfeindliche Tendenz der Kommissionsbeschlüsse scharf hervorhob und nach einer Diskussion, in der die Genossen, Landtagsabgeordneter Vetterlein, Gewerkschafts- sekretär K. a. u. s. und Arbeitersekretär Frankel besonders die reaktionäre Stellungnahme des Abgeordneten Horn, Neuh. be- leuchteten, wurde einstimmig durch eine Resolution der Entwurf der Reichsversicherungsordnung in seiner gegenwärtigen Gestalt für un- annehmbar erklärt.

Der Abgeordnete Horn war schriftlich eingeladen worden, hatte aber abgelehnt. — Die Resolution wird an das Präsidium des Reichstages und an den Abgeordneten Horn gesandt.

### Wie Insubordination entstehen.

Der Mann Göpfert vom Manenregiment Nr. 17 in Oshag hörte eines Tages nach dem Einrücken, daß einem Kameraden vom Sergeanten Strande Festungsstrafe in Aussicht gestellt worden war. „Was hast Du denn aufgefressen?“ fragte Göpfert seinen Kameraden. Als der Sergeant erklärte, die Sache ginge ihn nichts an, antwortete Göpfert: „Es gehört sich nicht, daß Unteroffiziere solche Ausdrücke gebrauchen!“ Darauf entgegnete der Sergeant: „Sie sind ja auch nur als Lump zum Militär gekommen!“ Durch diese Beleidigung aufs höchste erzregt, erwiderte G.: „Ich bin als anständiger Mensch zum Militär gekommen, und wenn ich ein Lump geworden bin, dann nur durch die Unteroffiziere und Arreststrafen!“ Göpfert wurde sofort arrestit und gemeldet. Der Sergeant erhielt auf dem Disziplinarwege zwei Tage Arrest wegen der Beleidigung; der Soldat wurde hingegen vom Dresdener Kriegsgericht zu achtzehn Tagen strengem Arrest wegen Ungehorsams verurteilt. Man hatte dem Soldaten den Gehalt des § 98 des Militär-Straf- gesetzbuchs gewährt, wonach die Strafe bedeutend ermäßigt werden kann, wenn ein Untergebener vom Vorgesetzten gereizt worden ist. Auf der anderen Seite hat man aber die große „Mangelhaftigkeit“ und „Disziplinlosigkeit“ bekräftigt! Beantragt waren zwei Monate Gefängnis!

### Die Anklagen wegen Nötigung auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung.

hüfen sich in Mühlhausen i. G., seitdem die Zentrums- presse wegen jeder Kleinigkeit ein Nordgeschrei über „Terrori- mus“ erhebt und die Zentrumsfraktion des Gemeinderates sogar eine besondere Bestimmung ins städtische Statut aufnehmen ließ, welche die Unternehmer gegen die Streitigkeiten unter der Arbeiterkraft wegen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zur Organisation scharf macht. Letzten Freitag hatte sich die Stra- ßenkammer mit zwei Verurteilungen gegen schöffengerichtliche Urteile auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung zu befassen. In dem einen Falle war der Geschäftsführer Groß vom Deutschen Metallarbeiterverband zu zwei Tagen Ge- fängnis verurteilt worden, weil er im September vorigen Jahres zu zwei Streikbrechern gesagt haben soll: „Wenn Ihr die Arbeit nicht niederlegt, bekommt Ihr keine Arbeit und Euro Meister keine Arbeiter mehr.“ Groß bestreitet die Behauptung, die er in dieser Form gar nicht getan haben kann. Die Straßenkammer hielt ihn auf Grund der konstanten Aussagen eines Zeugen doch für überführt und erhöhte die Gefängnisstrafe, da auch die Staatsanwaltschaft Bewe- gung eingeleitet hatte, von zwei Tagen auf zwei Wochen!

Im zweiten Falle kamen zwei Holzarbeiter als Angeklagte etwas besser davon: ihre Strafe von je drei Tagen Gefängnis wurde auf 20 R. Geldstrafe ermäßigt, da nur „versuchte Nötigung“ vorliege.

### Oesterreich.

#### Ein Mandatsverlust der Christlichsozialen.

Die Christlichsozialen haben abermals ein niederösterreichisches Landtagsmandat verloren, aber diesmal braucht es sie nicht so zu grämen, wie Schumeyers Wahl in Zuegers Bezirk. Trotzdem die Landstädte des „Erllandes“ nicht liberal sind, war der industrielle Städtewahlbezirk Mödling bei Wien in der Privilegienliste seit langem Christlichsozialer Besitz. Nun ist der Deutschnationale Tammuffino gewählt worden. Die in der Welschmark wenig zahlreichen Sozialdemokraten stimmten für den Herrn als kleineres Übel. Die niederösterreichischen Deutschnationalen tun nämlich sehr anständig, so lange bis sie von den Arbeitern heraus- gehauen sind. Uebrigens hat bei dieser Wahl der Wettbewerb zweier Weindüggenden um die Gunst des Wiener Rathausleiters kaum eine geringere Rolle gespielt als der Antiklerikalismus.

### Spanien.

#### Ein barbarisches Urteil.

Madrid, 24. April. Das Kriegsgericht in Barcelona verurteilte den Journalisten Pansa, den Redakteur der Zeitung „Progreso“, heute wegen Beleidigung der Armee zu drei Jahren sechs Monaten Gefängnis.

#### Für die Revision.

Madrid, 28. April. Die Senatoren und Deputierten, die der republikanischen und der sozialistischen Partei ange- gehören, haben ein Manifest an das Land gerichtet, in dem sie erklären, innerhalb und außerhalb des Parlaments die auf die Revision des Prozesses Ferrer und anderer Prozesse abzielende Kampagne fortsetzen zu wollen. Ebenso erklären sie, sie seien durchaus gegen eine militärische Intervention in Marokko.

### Türkei.

#### Ein Handreich der Rebellen.

Sofide, 24. April. Krater, zu den Anhängern des Said J. d. i. s. gehörig, haben in den Häfen von El Wessin und El Birt im Roten Meer zwei Fahrzeuge weggenommen und ge- plündert, die mit Proviant für die Besatzungen von Affyr beladen waren. Der türkische Offizier sowie sechs Soldaten wurden ge- fangen genommen und ins Innere des Landes gebracht. Sechs osmanische Kanonenboote wurden ausgeschickt, um die verloren ge- gangenen Fahrzeuge wiederzuerlangen, mit dem gleichzeitigen Befehl, die Häfen zu bombardieren und die Städte zu zer- stören.

### Mexiko.

#### Der Waffenstillstand geschlossen.

El Paso, 23. April. Der Führer der Aufständischen, Madero, und der Regierungsvizepräsident Cabarro haben einen fünfjährigen Waffenstillstand unterzeichnet, der heute mittag seinen Anfang nahm. Die Friedens- unterhandlungen werden sofort aufgenommen werden.

### Soziales.

#### Betriebsunfall.

Der Arbeiter A. hatte eine Verletzung des linken Auges erlitten. Er erhob bei der Norddeutschen Textil-Berufs- genossenschaft Anspruch auf Unfallrente, wurde aber abgewiesen, weil der Unfall kein Betriebsunfall gewesen sei. Denn einmal habe A. gesagt, daß er sich das Auge mit seinen eigenen Finger- nägeln verletzt habe. Bei der polizeilichen Unfalluntersuchung hat A. den Vorgang wieder so dargestellt, daß er sich das Auge in- folge eines Anrufes durch seinen Mitarbeiter an dessen erhobenen Finger verletzt habe. Weder die erstere Darstellung noch die zweite enthalte die Merkmale eines Betriebsunfalles. Nach der letzten Darstellung handele es sich nur um einen unglücklichen Zufall, wie er jedem Menschen an jedem Orte, wo ihn ein Be- lannier anpricht, widerfahren kann.

Die von A. beim Schiedsgericht für Arbeiterversicherung, Stadtfreis Berlin, eingeleitete Berufung wurde ohne Beweisaufnahme zurückgewiesen. Gegen die Urteil legte der Verletzte beim Reichsversicherungsamt Rekurs ein. Das Reichsversicherungs- amt hatte zum Verhandlungstermin, der vor kurzem stattfand, die beiden Mitarbeiter des A. zur Vernehmung geladen. Der erkennende Senat (10) hörte die Zeugen eingehend ab. Durch die eiblichen Aussagen wurde erwiesen, daß die Verletzung des linken Auges des A. tatsächlich im Betriebe erfolgt ist. Der Un- fall war dadurch entstanden, daß der Mitarbeiter A. sich nach dem Arbeitstisch des A. begab, um von diesem eine „Prise“ zu fordern, dabei sah er, daß A. hinter dem linken Ohre einen Kessel von dem Material, das in der Fabrik verarbeitet wird, stehen hatte. A. sagte darauf zu A.: „Was hast Du da am Kopfe?“ Infolge des Anrufes lehnte A. sich um, bei dieser Gelegenheit fiel er mit dem linken Auge in den erhobenen Finger der Hand des Mitarbeiters T. Auf wiederholtes Befragen durch den Senatsvorsitzenden wurde festgestellt, daß Tatsächlichkeiten oder Redereien zwischen dem Mitarbeiter T. und dem Unfallverletzten nicht stattgefunden hätten.

Der Rekurs des Verletzten hatte Erfolg. Der erkennende Senat verurteilte die Norddeutsche Textil-Berufsgenossenschaft zur Zahlung der Rente, da hier das Vorliegen eines Betriebs- unfalles angenommen werden müsse. Bei der Begründung des Urteils wurde etwa folgendes ausgeführt: Würde sich der Ar- beiter an einer Maschine im Betriebe gestochen haben, dann läge zweifellos ein Betriebsunfall vor. Hier hat sich der Verletzte nun an der Hand eines Mitarbeiters das Gesicht gestochen und dabei das linke Auge verletzt. Der Mitarbeiter gehöre indessen zum Betriebe, nur im Interesse des Betriebes sei er in der Fabrik be- schäftigt; er bilde damit füglich auch einen Bestandteil des Be- triebes. Durch den Bestandteil des Betriebes sei indessen der Unfall entstanden, er müsse daher auch als Betriebsunfall an- gesprochen werden.

#### Lieferungsfrist.

Der Schneider Hartung war von der Firma Blum als Heim- arbeiter beschäftigt worden. Er sagte gestern vor der Kammer I des Gewerbegerichts auf Zahlung von 165 R. Lohn für 110 An- gänge gegen einen Arbeitslohn von 125 R. des Stüd. Die Beklagte begründete ihre Zahlungsverweigerung damit, daß der Kläger die Anzüge innerhalb einer Woche liefern sollte; er habe aber am 1. März und am 1. April je 30 und am 12. April die restlichen 50 Anzüge geliefert. Durch die verspätete Lieferung habe sie die Anzüge nicht mehr verwenden können. Dadurch sei ihr ein Schaden entstanden, der sich zum mindesten auf dieselbe Höhe wie die Lohnforderung beziffere. Der Kläger bestritt, die behauptete Lieferungsverpflichtung eingegangen zu sein. Sie zu halten wäre ihm auch unmöglich gewesen. Ein Schaden könne der Firma nicht erwachsen sein. Das Gewerbegericht unter Vorsitz des Magistrats- rats Dr. Leo verurteilte die Beklagte zur Zahlung der 165 R. Dem Einwande der Schadenszurechnung sieht das Verbot der Aufrechnung gegen Lohn im § 304 des Bürgerlichen Gesetzbuchs entgegen. Da die Sachen noch vor Ostern geliefert werden sind, sozen sie überdies nach Ansicht des Gerichts auch verwertbar. Da gegen die Qualität der Arbeit nichts eingewendet worden ist, liegt kein Grund zur Beperrung der Zahlung vor.

### Kommunale Arbeitslosenversicherung.

Die bürgerlichen Kollegien von Gmünd haben als erste württembergische Stadtverwaltung die Einführung einer Arbeits- losenversicherung nach dem Genet System beschlossen.

### Die Gesellschaft für Soziale Reform

hält ihre Generalversammlung vom 11. bis 13. Mai d. J. in Berlin ab. Die gesamte Tagung wird das Thema: „Die gemein- lichen Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts im Alter von 14 bis 18 Jahren“ behandeln. Am Donnerstag, 11. Mai, abends 8 Uhr, spricht in einer Versammlung der Berliner Ortsgruppe Stabi- schkeit Dr. Michaelis über das Berliner Fortbildungsschulwesen; am Freitag, 12. Mai, 9 1/2 Uhr, beginnen die Verhandlungen der Hauptgesellschaft mit einem Vortrag vom Obermedizinalrat Dr. v. Gruber-München über: „Verwundung der jugendlichen Arbeiter“, am Sonnabend, gleichfalls um 9 1/2 Uhr beginnt, werden sprechen Reichstagsabgeordneter Oberbürgermeister Guno-Hagen über: „Die Fortbildungsschule“ und Walter Glahn, Leiter des Volksheims in Hamburg, über: „Jugendpflege“. Die Versammlung am Donner- stagsabend findet im Lehrereisenhaus am Alexanderplatz statt; die Verhandlungen am Freitag und Sonnabend im Bürgeraal des Rathauses, Königstraße. In die Referate schließt sich Dis- kussion an. Der Eintritt ist frei für jedermann. Alle auf die Tagung bezüglichen Anfragen und Mitteilungen sind an den Generalsekretär Professor Dr. E. Brande, Berlin W. 30, Rollendorf- straße 29/30, zu richten.

### Die Arbeiter-Stenographen.

Am 16. April tagten im Kasseler Gewerkschaftshause die Ver- treter sämtlicher im deutschen Sprachgebiete bestehenden Arbeiter- Stenographen-Organisationen. Nach eingehender Aussprache wurde die Einsetzung eines Ausschusses von sechs Mitgliedern beschlossen, der die Vorarbeiten zur Schaffung einer einheitlichen Arbeiter- Stenographen-Organisation übernehmen wird. Vorsitzender des Ausschusses ist der Buchdruckereirektor F. G. Diebler, Leipzig, Sternwartenstraße 73, 1 Tr. 1.

### Aus Industrie und Handel.

#### Deutschlands Ein- und Ausfuhr im Jahre 1910.

Nach den Veröffentlichungen des Kaiserl. Stat. Amtes hat sich die Ein- und Ausfuhr Deutschlands nach den einzelnen Erdteilen im letzten Jahre folgendermaßen gestaltet:

	Einfuhr aus		Ausfuhr nach	
	1909	1910	1909	1910
Europa . . . .	4001,1	5196,9	4092,1	5623,9
Afrika . . . .	383,0	418,0	143,9	181,3
Asien . . . . .	806,4	828,3	268,1	332,3
Amerika . . . .	2288,6	2190,7	1089,3	1255,0
Australien . . .	245,7	293,0	66,4	71,8

Die Einfuhr aus Europa ist also nur wenig gestiegen, die aus Amerika sogar zurückgegangen, während die anderen Erdteile größere Steigerungen aufweisen. — Die Ausfuhr dagegen hat nach allen Erdteilen erheblich zugenommen, am meisten nach Amerika.

#### Eine neue Interessengemeinschaft.

Wie die „Frankf. Btg.“ aus Köln hört, sind die Verhandlungen zwischen der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Konzerngesellschaft in Bochum und dem Rammelinger und St. Ingberter Hütten- und Stahl- werks in Rümelingen auf Eingehung einer Interessent- gemeinschaft so weit gediehen, daß der formelle Abschluß des Vertrages in der aller nächsten Zeit zu erwarten steht. Es kommt hierbei zunächst lediglich ein Pachtvertrag mit einer Dividenden- garantie in Frage. Der Inhalt zu dem Abkommen besteht in der Hauptsache in dem Bestreben Rammelingers, sich mit eigener Kohle zu versorgen.

#### Deutscher Roggen.

Auf dem Markte der wichtigsten Getreideausfuhrländer, Ruß- land und der Vereinigten Staaten von Amerika, macht sich der deutsche Roggen immer mehr bemerkbar. In Rußland ist es schon so weit gekommen, daß der billige deutsche Roggen zur Viehfütterung be- nutzt wird, ganze Wäldergrenzdistrikte bestehen, welche von Deutsch- land ausgeführte Roggenmengen vermahlen und die hochwertigen Kleie zollfrei wieder nach dem Herkunftslande des Rohproduktes zurücktransportieren, wo sie mit Erfolg der teureren und viel mehr ausgemahlten deutschen Kleie scharfe Konkurrenz machen. Wenn auch nach den Vereinigten Staaten nicht nur deutscher Roggen, sondern ebenfalls schon argentinischer Hafer eingeführt worden ist und damit der Beweis erbracht wurde, daß das Land der „unbe- grenzten“ Möglichkeiten bald bei dem Moment anlangen wird, wo es keine Getreideüberschüsse mehr auf den Weltmarkt senden kann, seine tiefere Ursache hat diese deutsche Roggenausfuhr in der agrarischen Beschöpfung des Deutschen Reiches.

Jede Tonne Roggen wird von Rußland wegen durch einen Ein- fuhrzoll mit 50 R. bezahlt, wenn sie über die deutsche Grenze hinausgeht. Roggen kostet jetzt innerhalb der Schwarzweizen- grenzgebiete rund 150 R., im Ausland fällt dieser Preis um den Zollbetrag, den die deutsche Regierung den Exporteuren schenkt. Es sind seit einigen Jahren immer rund 100 bis 120 Millionen Mark und noch mehr, die so dem Fonds für die Witwen- und Waisen- versicherung verloren gehen! Für Rußland ist diese durch den deutschen Zolltarif begünstigte Exportsituation von Roggen besonders ge- nützlich. War doch bis vor kurzem das Jazenzeld mit seiner riesigen — durchschnittlich die Hälfte der Weltrente — be- zugsweise Exporteur dieser Getreideart. Deutschland hat jetzt, trotz- dem es nur ein Viertel der Weltproduktion schafft und im eigenen Lande den Roggen sehr nötig braucht, Rußland weit überflügelt. Rußland schafft im Erntejahre — August bis Juli — 1909/10 4,9 Mil- lionen Doppelzentner Roggen über seine Grenzen, 1908/09 waren es 2,8 Millionen. Dagegen exportierte Deutschland in den beiden Jahren 0,8 und 8,4 Millionen Doppelzentner Roggen! In der Zeit vom 1. August 1910 bis Ende März 1911 waren es bei Rußland 4,3 Millionen und für das Deutsche Reich 6,1 Millionen Doppelzentner, die das Produktionsland verlieren.

Wie schon gesagt, der deutsche Roggen ist nur deswegen zu einem solch großen Ausfuhrobjekt geworden, weil die deutsche Schutzgesetzgebung dafür gesorgt hat, daß im Auslande eine Tonne Roggen jetzt für rund 100 R. gekauft werden kann, während in Deutschland selbst die gleiche Menge 150 R. kostet.

Wie sehr im besonderen Rußland durch diese Dinge getroffen wird, zeigt sich auch darin, daß jetzt das russische Reichsdummling- kreisparlament, der Vorsitzender des Moskauer Duma-Komitees ist, eine Denkschrift für das Parlament ausgearbeitet hat, die sich aus- schließlich mit diesem Problem befaßt. Sogar die „Kreuzzeitung“ (keine darüber, allerdings mit der sehr interessanten Einfor- dung, daß sie kein Wort von dem eigentlichen Grunde des Übels erwähnt. Die ungewerliche Einrichtung der Einfuhrzölle, die das deutsche Volk systematisch von guten Vorkriegsweizen entläßt, sie um ein Drittel billiger auf den Auslandsmarkt treibt und die Differenz den Agrariern als Liebesgabe schenkt, verschweigt man einfach. Und die deutschen Arbeiter sollen dabei noch zufrieden sein, daß ihr Roggen in Rußland für 97 R. verkauft wird, während die russische Futtergerste auf dem Weltmarkte 119 R. kostet. Es ist klar, daß der russische Viehfütterer lieber die deutschen Roggen- mengen zum Viehfüttern benutzt. Eine Gefahr, russische Reichs- konturrenz zu bekommen, besteht ja für die Agrarier Deutschlands nicht, das Reichsbesitzergesetz und die Einfuhrbestimmungen ge- nügen da schon als „Sant“. Und daß die Witwen- und Waisen- versicherung immer weiter hinausgeschoben wird, schadet ja den Herren nichts. Zudem war ja der Zentrumsantrag, bestimmte Zollüberschüsse dafür als Grundfonds anzusammeln, bei den Be- ratungen von 1909 gar nicht so ernst gemeint.

Volksberatung hier und Liebesgabe dort, das ist das A und O der deutschen Regierungspolitik.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Der Arbeiterinnenstreik bei der Firma Bergmann

Hat durch die am Sonnabend begonnenen Verhandlungen sein Ende noch nicht erreicht. Die Streikenden hatten sich gestern Morgen wieder ebenso zahlreich wie vordem zur Streikversammlung eingefunden, was abermals ein Beweis dafür ist, daß sie einmütig bis zum regelrechten Abschluß des Lohnkampfes ausharren werden. Aus dem Bericht der Kommissionsvertreter ist zu entnehmen, daß die Verhandlungen mit der Direktion am Sonnabend noch nicht beendet werden konnten und man übereinkam, sie am Montagvormittag fortzusetzen. Es sollen inzwischen von beiden Parteien Feststellungen über die bisherigen Löhne der Arbeiterinnen sowie über die Löhne gemacht werden, die sich nach den von der Firma angeforderten Aufzeichnungen ergeben. Die Direktion wünschte übrigens die Verhandlungen schon am Sonntagvormittag fortzusetzen; die Vertreter der Arbeitnehmer meinten aber, daß die Angelegenheit nun doch wohl nicht mit einem Male so übergrößer Eile habe, daß man sich deswegen gerade diesen schönen Sonntag nehmen lassen sollte. Die Direktion erklärte sich dann auch mit der Fortsetzung der Verhandlungen am Montag einverstanden und gab ferner das Versprechen, daß Montag und Dienstag Neueinstellungen nicht stattfinden sollen. Ferner erklärte die Direktion, daß die Entlassungen männlicher Arbeiter nicht wegen Verweigerung von Streikarbeit vorgenommen wurden, sondern lediglich wegen Arbeitsmangel, der für sie infolge des Streiks der Arbeiterinnen entstehen mußte. — Die Versammlung war mit dem Verhalten ihrer Kommission durchaus einverstanden und beauftragte sie, weiter zu verhandeln. Die Streikenden werden sich heute von neuem versammeln, um den Bericht über den weiteren Verlauf der Verhandlungen entgegenzunehmen.

## Die Kraftdroschkenführer Groß-Berlins gegen das 24-Stundenfahren.

Eine außerordentlich zahlreich besuchte Versammlung der im Transportarbeiterverband organisierten Kraftwagenführer Berlins und Vororte nahm zu dem Vierundzwanzig-Stundenfahren Stellung. Wie der Bevollmächtigte Veder ausführte, habe das Vierundzwanzig-Stundenfahren der Chauffeure einen derartigsten Umfang angenommen, daß gegen dieses Unwesen energisch vorgegangen werden müsse. In großen und größten Garagen werde eine derartige Ausdehnung der Arbeitszeit gefordert. Von 75 Unfällen, die in letzter Zeit vorgekommen, sei die große Mehrzahl nachgewiesenermaßen auf die lange Arbeitszeit der Fahrer zurückzuführen. Nachdem in der Aussprache diese Ausführungen bestätigt, gelangte ein Beschluß zur einstimmigen Annahme, in welchem es heißt: „Die Versammelten erklären das dauernde Vierundzwanzig-Stundenfahren für den Fahrer geeignet, die Gesundheit zu untergraben. Sie erblicken in der damit verbundenen übermäßig langen Arbeitszeit eine Gefahr für die Berufscollegen und das Publikum, da erzwungenermaßen der größte Teil der Unfälle durch lange anstrengende Tätigkeit der Chauffeure hervorgerufen wurde. Die Versammelten verpflichten sich, das Vierundzwanzig-Stundenfahren mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen und diejenigen Kollegen, welche bei wiederholter Verwarnung davon nicht ablassen, aus der Organisation auszuschließen.“

Weiter soll über alle diejenigen Betriebe, wo die Fahrer das dauernde Vierundzwanzig-Stundenfahren von den Chauffeuren verlangen, die Sperre verhängt werden.

Die Namen der ausgeschlossenen Chauffeure sollen im Verbandorgan, dem „Courier“, veröffentlicht werden.

Der Streik der Hafnarbeiter bei der Firma Kurt Thomas zu Spandau dauert unverändert fort. Der Unternehmer lehnt jede Verhandlung mit der Organisationsleitung und vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts ab. Allem Anscheine nach will er mit den „Essener Arbeitswilligen“ sein Glück noch weiter versuchen, und hat zu diesem Zwecke auf der städtischen Hafenanlage einen Holzschuppen erbauen lassen, in dem die „nützlichen Elemente“ beschäftigt und beschäftigt werden. Als Lagerstätte dient ein Strohsack und eine einfache Kollbede. In dem Schuppen befindet sich weiter noch eine Küche, wofür ein Koch seines Amtes waltet.

Es ist nur verwunderlich, daß die Polizeiverwaltung hiergegen nicht einschreitet, da dies gesehlich unzulässig ist. Wo bleibt hier die Gewerbeinspektion?? Wenn ein Arbeiter sich erlaubt, auf seinem Stückchen gepackten Laubland in seiner Laube zur Herrichtung eines warmen Mittag- oder Abendbrotes einen Ofen aufzustellen, so wird das sofort seitens der Polizeiverwaltung verboten. Hier jedoch, wo es sich um einen tarifbrüchigen Unternehmer handelt, geschieht alles, selbst gesehlich Verbotenes, unter den Augen der Polizei. „Vor dem Gesetz sind alle gleich.“

Die „Herren Arbeitswilligen“ sind natürlich, nach den Berichten der bürgerlichen Presse, die „harmlosesten und friedfertigsten Menschen“. Dagegen erscheint fast täglich im Anzeiger für das „Vollland“ eine Notiz über: „Ausfahrungen der Streikenden.“ Diese Berichte sind zum Teil erfunden oder aber in größtenteils Weise entstell. Daß aber die Herren Streikbrecher im Laufe der Osterwoche einen Wäckerjungen auf dem Salzberg ohne jeden Anlaß geschlagen und getreten haben, davon weiß die „bürgerliche Presse“ nichts zu melden. Es ist tief bedauerlich, daß man in Arbeiterwohnungen solche Treiberzeugnisse, die in einem derartig berechtigten Kampfe gegen die Arbeiter scharfmachen, dieselben herabwürdigend verächtlich und in einseitiger Weise Unternehmerinteressen vertritt, noch antrifft. Hoffentlich trägt diese „Offenheit“ ihre Früchte, indem die Spandauer Arbeiter derartige Zeitungen aus ihren Wohnungen entfernen.

Auch die Polizei legt sich nach wie vor für das „bedrohte Kapital“ über alle Wachen ins Zeug. Die Streikposten erhielten fast alle wegen Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung Strafverfügungen und wurden zum Teil verhaftet.

Die Streikenden haben beschlossen, im Kampfe weiter auszuhalten, bis die Firma Thomas sich zu Verhandlungen bequemt und den Forderungen der Streikenden weitgehend Rechnung trägt.

**Achtung! Schallplatten- und Isolationspresser!** Bei der Firma M. Abrahamson, Wienerstr. 50, stehen die Kollegen seit 14 Tagen wegen Tarifbruchs im Streik. Die Firma fertigt speziell Schallplatten „Verby-Norwoods“ und solche mit grünen und roten neutralen Etiketts (sogenannte 85 Pf.-Platten).

Der Betrieb ist gesperrt. Wir ersuchen, denselben streng zu meiden.

Deutscher Metallarbeiterverband.  
Ortsverwaltung Berlin.

**Achtung, Schuhmacher!** Bei der Firma Geh. u. Dörr, Andreasstraße 40, haben die Kollegen infolge Lohnminderungen und Vorkregelungen die Arbeit eingestellt. Eine von Seiten der Ortsverwaltung angeknüpfte Verhandlung war resultatlos. Die Firma ist daher gesperrt.

Zentralverband der Schuhmacher.  
Ortsverwaltung Berlin.

## Deutsches Reich.

### Zur Tarifbewegung im Reich: Weissenfels: Altenburger Braunkohlenbergbau.

Die Verhandlungen der Arbeiterausschüsse und Belegschaftskommissionen haben, wie vorausgesehen war, auf fast allen Werken ein negatives Resultat gehabt. Ein Teil der Werksverwaltungen erklärte, daß auf Grund des eingereichten Tarifvertrages weitere Verhandlungen nicht möglich wären. Der Vertrag sei durch die Antwort der Werksverwaltungen und die Bekanntmachung auf den Werken abgelehnt. Es sei im Bergbau unmöglich, Tarifverträge abzuschließen. Eine Lohnhöhung sei auch nicht angängig, da der Berechnungspreis des Sandfahrs in den letzten zwei Jahren um

10 M. pro Doppelwaggon (a 10 Tonnen) herabgesetzt sei. Andere Werksverwaltungen erklärten, daß die Forderungen im Tarifvertrag zu weit gingen; die Belegschaften sollten den Vertrag zurückziehen, dann könnte zu dieser und jener Frage erneut Stellung genommen werden. Die Werksverwaltungen der den Koboldischen Montanwerken angehörenden Gruben nahmen die Forderungen und Wünsche entgegen und sagten, daß sie sich erst mit der Generaldirektion in Halle in Verbindung setzen müßten, und sollen die Arbeiter später Antwort haben. Auf einigen Werken wurde zu diesem Zwecke zum Donnerstag, den 27. April, eine erneute Sitzung angesetzt. Einige kleinere Werke machten etliche Zugeständnisse in der Lohnfrage; der Tarifvertrag wurde aber abgelehnt. Das Schlussergebnis ist somit: Alle von den Arbeiterorganisationen und den Belegschaften bezw. den Ausschüssen unternommenen Versuche, auf friedlichem Wege eine Verständigung herbeizuführen, müssen als gescheitert betrachtet werden.

Die Situation hat sich durch die ablehnende Haltung der Werksverwaltungen wesentlich verschärft. Während die Arbeiter und deren Organisationen alles getan haben, um eine friedliche Lösung herbeizuführen, stellte der Verband der Braunkohlenindustriellen sich durchaus auf den Herrenstandpunkt. Uns ist bekannt, daß manches kleine Werk mit den Arbeitern Frieden schließen möchte; die Werksverwaltungen dürfen aber nicht auf der Grundlage des Tarifvertrages verhandeln, weil der Unternehmerverband dies verboten hat. Unter keinen Umständen Anerkennung der Arbeiterorganisationen und der Tarifverträge, denn das würde der Ruin der Braunkohlenindustrie sein — so und ähnlich lauten die Veröffentlichungen des Unternehmerverbandes in der bürgerlichen Presse. Weiter lassen sie verlauten, daß noch große Kohlenvorräte vorhanden wären, und daß die Arbeiter früher den Arbeitern einen schlechten Dienst erwiesen, wenn sie sie jetzt „in den Streik heheln“. Hinter den Braunkohlengrubenbesitzern ständen die gesamten Grubenbesitzer Deutschlands. Es ist den Arbeitern längst bekannt, daß kürzlich eine Konferenz sämtlicher Grubenkapitalisten getagt hat und dort beschlossen wurde, unter keinen Umständen Tarifverträge abzuschließen, denn diese wären im Bergbau nicht durchführbar. Im übrigen wird mit dem Verede nur der Zweck verfolgt, die Öffentlichkeit irrezuführen und die Arbeiter bange zu machen.

Wenn die Unternehmer wirklich den Frieden wollen, dann ist es jetzt höchste Zeit, daß sie einlenken und mit den Organisationsvertretern in Verhandlungen eintreten. Die Arbeiter lassen sich jetzt nicht mehr länger hinhalten. Die notwendigen Vorbereitungen zum Kampfe sind von den Organisationen getroffen, und werden die Arbeiter den ihnen aufgezwungenen Kampf zu führen wissen. Ueberall zeigte es sich, daß die Arbeiter mit Spannung der kommenden Dinge harren, und daß sie lieber heute wie morgen den Kampf beginnen möchten.

Die entscheidende Konferenz fand am Sonntag, den 23. April, vormittags, in Reiz statt. Die Organisationsleitungen berichteten über das Ergebnis der eingegangenen Kündigungen. Die Zusammenstellung ergab ein befriedigendes Resultat. Es wurde schließlich einmütig beschlossen, daß auf den Werken mit vierzehntägiger Kündigungsfrist die Kündigungen am Montag, den 24. April, vor Beginn der Tagesarbeit eingereicht werden soll. Auf den Werken, wo nur wöchentliche Kündigung besteht, wird die Kündigung eine Woche später erfolgen. Die Ausschüsse wurden ersucht, die angebahnten und noch nicht beendeten Verhandlungen weiterzuführen. Schließlich wurden noch eine Reihe organisatorischer Fragen für den bevorstehenden Kampf besprochen und entsprechende Beschlüsse gefaßt.

Für Sonntagvormittag waren im Revier mehrere Versammlungen einberufen, die alle äußerst stark besucht waren und einen geradezu imposanten Verlauf nahmen. Die Beschlüsse der Konferenz wurden einmütig gutgeheißen. Kampfesmut und Begeisterung blühten aus den Augen der Versammelten; sie bewiesen, daß sich Organisationsleiter, Vertrauensleute und Arbeiter einig sind.

### Ausperrung auf der Schichau-Werft in Danzig.

Die Schichau-Werft in Danzig hat am Sonnabend eine Bekanntmachung erlassen, nach der die Betriebsstörung durch den Streik zu groß sei und alle jetzt noch beschäftigten Arbeiter entlassen werden, wenn sie den Anordnungen der Streikleitung Folge leisten. Darauf hielten die noch im Betriebe befindlichen Arbeiter am Sonntag eine Versammlung ab und ließen der Firma eine Entschädigung überreichen, nach der sie wohl arbeiten wollen, aber unter keinen Umständen Streikarbeit verrichten. Darauf hat die Firma alle Arbeiter entlassen, mit Ausnahme von etwa 50 Mann, die minderwertige Arbeitskräfte und zum Teil invalide sind. Der Betrieb ruht also gänzlich. Der Betriebsleiter hat sich aber gleichzeitig bereit erklärt, nunmehr mit dem Arbeiterausschuß über die Forderungen zu verhandeln.

### Zur Ausperrung im Hamburger Holzgewerbe.

Der Arbeitgeberverband macht auch jetzt noch geradezu verzweifelte Anstrengungen, der Ausperrung eine größere Ausdehnung zu geben. In der letzten Woche hat er sein Heil wieder mit Bezirksversammlungen in allen Teilen des Hamburger Städtekomplexes versucht und auch eine besondere Versammlung der Inhaber der Spezialbetriebe einberufen, um auch diese zur Ausperrung zu veranlassen. Der „Hauptmann“ Gurliitt operiert dabei mit der Androhung sehr terroristischer Mittel gegen die Unternehmer, die nicht parieren wollen. Weiter hat er ihnen vorgeschlagen, der Arbeitgeberverband würde alle Lohnmaschinenbetriebe aufkaufen und stilllegen, damit diejenigen Tischlermeister, die nicht über eigene Maschinen verfügen, die Arbeit einstellen müßten. Den „Hauptmann“ ärgert es nämlich ganz besonders, daß die mittleren Betriebe sich seinen Anweisungen gar nicht fügen, sondern ruhig weiterarbeiten. Wenn der Ankauf der Maschinenbetriebe mit Gurliittschen Phrasen erfolgen könnte, wäre das Geschäft vielleicht möglich; wenn aber der Arbeitgeberverband sich einen Kredit von 100 000 Mark beim Industriellenverband einräumen lassen muß, um seinen dringenden Verpflichtungen nachkommen zu können, dann nimmt diese Großsprecherei niemand ernst. Die Inhaber der Spezialbetriebe haben dann nach stundenlangem „Massagen“ versprochen, auszusperren, wenn — die übertragenen Akordarbeiten fertiggestellt seien; das würde aber immer noch einige Wochen dauern. Eine sofortige Ausperrung lehnten sie ab. Die Tischlermeister verlangen immer mehr, daß ihre Führer nun endlich das ansähen, was sie seit Wochen versprochen haben, nämlich den noch in den Werkstätten arbeitenden „Rest“ der Holzarbeiter auszusperrten. Nur zwei weitere Betriebe mit insgesamt 12 Mann haben noch ausgesperrt und nur wenig über 700 Mann sind insgesamt ausgesperrt. Mit einer Anzahl Firmen, die nicht ausgesperrt haben, hat der Holzarbeiterverband jetzt Einzelverträge abgeschlossen, die die sofortige Durchführung der achteinhalbstündigen Arbeitszeit vorsehen. Bis jetzt sind schon 30 solcher Verträge abgeschlossen und wird die Zahl sich in den nächsten Tagen mindestens verdreifachen. Die Unternehmer bemühen sich kampfhaft, Streikbrecher zu bekommen. Die internationalen Streikbrecheragenten Auguste Müller, der „gelbe“ Kammarell uim. wollen „Ware“ besorgen. In Berlin und Hannover sind die Kasse und Herbergen abgegründet worden; aber auch die internationalen Streikbrecherbände in der Holzindustrie, die Leute, die bei der Firma Saalfeld in Helmstadt, in Kurich, in Rastatt und in Delmenhorst tätig waren, sind für Hamburg angeworben und bereits eingetroffen. Bei der Firma Marthus u. Franke sind in einer Werkstätte Lattenverträge hergestellt, und zwar für 100 Mann, je drei Mann übereinander gelagert. Diese durch rote Dachlatten hergerichteten Lagerstätten sind mit einem Strohsack und einer Pferdebede versehen, und hier sind nun 84 dieser Elemente zusammengesperrt unter Aufsicht einiger Seelenverkäufer, die mit Revolvern ausgerüstet, jeden bedrohen, der ihnen macht, die „gottliche“ Stätte zu verlassen. Die als materielle Arbeitswillige in ganz Deutschland bekannten Gebrüder Schwa u. Spielen auch in Hamburg wieder ihre unzulässige Rolle. Den Unternehmern sind diese Elemente zu gönnen. Zum Arbeiten sind die nicht nach Hamburg gekommen. Obgleich die

Leute erst wenige Tage hier sind, ist es unter ihnen schon zu argen Schlägereien gekommen, und die Betriebsinhaber und die Werkmeister trauen sich kaum noch in ihre eigenen Werkstätten.

Die Polizei stellt sich natürlich ganz in den Dienst der Unternehmer. Schon die wenigen, ruhig gesprochenen Worte: „Kollegen, hier wird gestreikt!“ genügen für einen Streikenden, verhaftet und stundenlang auf der Wache festgehalten zu werden. Duzende solcher Verhaftungen sind in den letzten Tagen erfolgt, wobei den Inhaftierten immer erklärt wurde, wenn sie sich wieder bilden lassen, sperre man sie 24 Stunden ein.

Die Hamburger Holzarbeiter lassen sich durch diese Vorgänge nicht beirren. Sie führen den Kampf mit aller Entschiedenheit weiter. Abgereist sind bisher 750 ledige und verheiratete Kollegen.

Holzarbeiter Deutschlands, sorgt für Fernhaltung des Zuganges und gußt den Streikbrecheragenten auf die Finger.

### Erfolgreicher Landshäfigsgärtnerstreik in Stuttgart.

Am 27. März hatten die Gehilfen und Arbeiter der Landshäfigsbranche in Stuttgart die Arbeit eingestellt, weil die Unternehmerorganisation jedes Entgegenkommen abgelehnt hatte. Nach einigen Tagen schloß die größte Firma Herz u. Schwede mit der Arbeitnehmerorganisation einen Tarifvertrag für zwei Jahre ab, der für Gehilfen einen Stundenlohn von 48 Pf. in diesem, von 50 Pf. im nächsten Jahre bringt. Der weitere Verlauf des Kampfes gestaltete sich weniger günstig; zwar bewilligten noch ein paar kleinere Firmen, aber es stellten sich allmählich auch aus den umliegenden Ortschaften Arbeitswillige (Weinbergbauern) ein. Außerdem hatten die Unternehmer durch einen „Bluff“ eine Anzahl Gehilfen ins Bodhorn gejaagt, indem sie beim Gewerbeamt Klagen „wegen Kontraktbruchs“ anstrengten und „Schadenersatzansprüche“ erhoben. In einem Verhandlungstermin am 10. April ist dann allerdings durch Sachverständigen- und Zeugenvernehmung festgestellt worden, daß es in Stuttgart ortsbüchlich sei, daß eine Kündigungsfrist ausgeschlossen ist. Immerhin waren durch diesen „Bluff“ einige Ausständige wandern geworden. Da die Unternehmer jetzt allgemein den 48 Pf.-Stundenlohn für Gehilfen, den 45 Pf.-Stundenlohn für Arbeiter bewilligt haben, so wurde der Streik jetzt für beendet erklärt. Das Gesamtergebnis ist immerhin befriedigend, nach vorläufigem Ueberschlag ist eine Lohnhöhung von 8 bis 4 M. pro Woche für etwa 150 Mann erreicht.

(Wiederholt, weil nur in einem Teil der Ausgabe.)

## Versammlungen.

Maifeier im Baugewerbe.

Der hiesige Zweigverein des Deutschen Bauarbeiterverbandes hielt am Sonntag eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich eines guten Besuchs erfreute und sich zunächst mit der Maifeier beschäftigte. Wie der Vorsitzende Hanke berichtete, hat sich eine Vertreterversammlung bereits mit der Frage beschäftigt, und bringt dieselbe der Generalversammlung folgende Resolution in Vorschlag:

„Die am Sonntag, den 23. April, tagende außerordentliche Generalversammlung des gesamten Zweigvereins beschließt, den 1. Mai wie bisher durch Arbeitsruhe zu feiern, und ist es Pflicht jedes feiernden Kollegen, die am Vormittag des 1. Mai stattfindenden Mäierversammlungen zu besuchen.“

Alle wegen der Feier am 1. Mai ausgesperrten, wie alle zurzeit arbeitslosen Kollegen haben sich vom 3. Mai an in den hierzu von der Zweigvereinsleitung eingerichteten Meldestellen zur Kontrolle zu melden. Als Ausweis über die Teilnahme an der Maifeier dient die in den Versammlungen zur Verteilung kommende Mäimarkte und der darüberstehende Mäistempel der Organisation. Kollegen, die über diesen Ausweis nicht verfügen, werden in den Kontrolllisten nicht aufgenommen.

Alle arbeitslosen Kollegen werden bis Sonnabend, den 6. Mai, und alle ausgesperrten für die Dauer von drei Wochen aus Mitteln der Lokalkasse unterstützt. Die Höhe der Unterstützung regelt sich nach dem Verbandsstatut.

Kollegen, die den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe begangen haben, sind moralisch verpflichtet, einen Beitrag zu dem von der Partei und den Gewerkschaften geschaffenen Mäifonds zu sammeln, der sich nach der Höhe ihres Verdienstes richtet.“

Nach einigen Erläuterungen Hankes über den Zweck dieses Mäifonds, wobei noch darauf hingewiesen wurde, daß es nicht die Pflicht sei, auch die Feiern der zur Sammlung der Mittel für den Fonds anzuhalten, wurde die vorgeschlagene Resolution in allen Teilen angenommen. Ueber den letzten Satz der Resolution, den Hanke selbst als „Schönheitsflüsterchen“ bezeichnete, war gesondert abgestimmt worden, weil er von einem Teil der Versammelten für überflüssig gehalten wurde, da es nach ihrer Annahme wohl kaum organisierte Bauarbeiter geben dürfte, die den 1. Mai nicht durch Arbeitsruhe feiern würden.

Die Versammlung schritt darauf zur Aufstellung von Kandidaten für die Wahl der Delegierten zum achten Gewerkschaftskongress, der im Juni d. J. in Dresden stattfinden wird. Der konstituierende Verbandstag des Bauarbeiterverbandes zu Leipzig hatte bestimmt, daß sich der Verband nur durch 30 Delegierte auf dem Gewerkschaftskongress vertreten lassen solle, obwohl ihm eine stärkere Vertretung zustehe. Von den 30 Delegierten sind 6 den leitenden Verbandsinstanzen zuerkannt und 24 sollen durch die Mitglieder gewählt werden. Der Vorstand hat hierfür den gesamten Verband in acht Wahlabteilungen eingeteilt, von denen jede drei Delegierte zu wählen hat. Die zweite Wahlabteilung umfaßt die Provinzen Brandenburg und Schlesien. Hanke schlägt deshalb im Auftrage der Vertreterversammlung vor, in Anbetracht der Größe der Wahlabteilung, die etwa 300 Zweigvereine umfaßt, nur zwei Kandidaten seitens des Berliner Zweigvereins aufzustellen, wovon einer aus den gelehrten Berufen entnommen und der andere dem Stande der Bauhilfsarbeiter angehören soll. Aus den Reihen der gelehrten Bauarbeiter wurde der Maurer Otto Hanke von 688 anwesenden Mitgliedern gegen zwei Stimmen aufgestellt. Aus den Reihen der Hilfsarbeiter erhielt Oswaldi 21, Paul Böker 431 (nicht, wie sofort bekanntgegeben wurde, 691) Stimmen.

## Letzte Nachrichten.

Der deutsche Rundflug.

Nordhausen, 24. April. Wie die „Saale-Ztg.“ meldet, bewilligten die hiesigen Stadtverordneten in ihrer heutigen Sitzung 5000 M. für den geplanten Rundflug durch Deutschland. Von diesem Betrage sind 2000 M. für die Errichtung eines Preisfonds und 2000 M. für den Garantiefonds des hiesigen Luftschiffervereins bestimmt, der gelegentlich des Rundfluges flugtechnische Veranstaltungen arrangieren wird. Nordhausen wird Etappenstelle für den Ueberzugsflug. Die sportlichen Veranstaltungen werden mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Arbeiterrisiko.

Magdeburg, 24. April. (W. S.) Auf den hiesigen Krupp-Grusonwerken fand heute der Dreher Max Fleming, der an einer nahezu 200 Zentner schweren Panzerplatte zu arbeiten hatte, dadurch einen schrecklichen Tod, daß sich die Platte plötzlich aus ihrer Befestigung löste und den Dreher fast buchstäblich zerquetschte. Die Leiche war nur noch eine unförmliche Masse.

Revolverattentat auf einen kündigenden Gesellen.

Schneidemühl, 24. April. Nach einer Meldung der „Schneidemühler Zeitung“ gab der Fleischermeister Abraham auf seinen Gesellen, als dieser ihm erklärte, daß er mit der Arbeit aufhören und nach Berlin fahren wolle, einen Revolvererschuß ab, der den Gesellen in den Brust traf und ihn schwer verletzete. Der Fleischermeister ist geflüchtet.

# Hermann Borgmanns Begräbnis.

## Der Aufmarsch.

In der Dyhener Straße hatten sich die Ordner, die der sechste Kreis stellte, in den frühen Vormittagsstunden in großer Zahl eingefunden, und bald schon fanden sie Gelegenheit, in Aktion zu treten. Von zehn Uhr ab kamen die Deputationen mit Kränzen und anderen Blumenpenden und mehrten sich in einer Stunde so, daß sie Aufstellung in Reihen nehmen mußten wie die Wagen, die unablässig heranrollten und Leidtragende nach dem Trauerhause brachten. Die eine Seite der Straße in der Umgebung des Hauses war für das Publikum abgesperrt; desto dichter drängten sich die Massen auf der anderen Seite bis zur Danziger Straße, die von einer Menschenmauer eingefast war soweit man blicken konnte. Vor dem Trauerhause herrschte die größte Ruhe und Ordnung. Die Schulleute, die an der Ecke der Danziger Straße und weiterhin zahlreich postiert waren und merkwürdigerweise alle den Revolver am gelben Gurt trugen, besichtigten sich der größten Zurückhaltung und nirgends kam es zu einer Störung nennenswerter Art.

Von 11 Uhr ab begannen die Genossen aus den einzelnen Wahlkreisen sich nach ihren Standplätzen zu begeben. In Massen marschierten die Genossen vom sechsten Kreise auf, die in der Dyhener Straße sich hinter den Deputationen aufstellten.

## Im Trauerhause.

Das Haus Dyhener Str. 132 ist eines jener Häuser, wie sie der volkreiche Norden Berlins viele hat. Von drei Seiten blicken Fenster auf den nicht großen Hof herab. Hier ist Hermann Borgmann auf dunklem Katafalk aufgebahrt. Zimmergrüne Blattpflanzen umranken den schwarzen Sarg, der unseren Toten birgt. Ein Kranz blühenden Flieders, verbunden mit einem Palmwedel, schmückt den Sarg. Er zeugt von der Liebe der Familie, die den schmerzlichsten Verlust erlitten hat. Ein lehrer Gruß von der Frau und den Kindern, so findet in Silberschrift die herabwallende schwarze Schleife.

Anderer Kranz Blumen und die meist roten Schleifen bringen freundliche Farbtöne in den Ernst der dunkelgrünen Blätterwand. Da ist der Kranz des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, gewidmet „dem Führer der ersten sozialdemokratischen Landtagsfraktion Preußens“.

Des geehrten Kollegen gedenkt die sozialdemokratische Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung auf der Schleife ihres Kranzes. Blumenarrangements und Kränze, zwei mit roter und einer mit schwarzer Schleife, widmen auch die Bewohner des Hauses ihrem Hauswirt. Die Sektion 2 (Kanalarbeiter) des Verbandes der Gemeindearbeiter hat einen großen Kranz mit breiter Schleife niedergelegt. Die Inschrift wendet sich an „unser Deputationsmitglied“ und sagt weiter:

„Du hast gekämpft für Freiheit und Recht und uns zum Siege verholfen. Wir gedenken Dein.“

Duftende Maiglöckchen zieren den daneben liegenden Kranz mit weißer Schleife, den der „Dankbare Verein für Kindervolksküchen dem Förderer seiner Bestrebungen“ widmet, indem er auf der zweiten Schleife hinzufügt:

„Hermann Borgmann danken die Berliner bedürftigen Kinder.“

Je weiter die Stunde vorrückt, je mehr füllt sich der stille Hof, auf dem inzwischen auch die beiden erwachsenen Söhne des zu früh Verbliebenen erschienen sind. Neben zahlreichen Stadtverordneten, unter ihnen auch die bürgerlichen Herren Geh. Justizrat Cassel, Rodler und Dr. Knauer, sieht man die Parteivertreter von Groß-Berlin und der Landeskommission der preussischen Sozialdemokratie. Auch diese überbringen prächtige Kränze. Geh. Justizrat Cassel legt am Sarge einen großen Kranz mit weißer Schleife nieder, der die Inschrift trägt:

„Ihrem verehrten Kollegen, Herrn Stadtverordneten Borgmann, die Fraktion der Linken der Stadtverordnetenversammlung.“

— Es kommen Mitglieder des Parteivorstandes. Dann Karl Liebknecht, Adolf Hoffmann, Hirsch und Ströbel, die Mitstreiter Borgmanns in der kleinen, aber trügigen Fraktion des preussischen Landtages, die ebenfalls den toten Kampfgenossen durch eine Kranzspende ehrt.

Die Genossen des Reichstags-Wahlkreises Königsberg in der Neumark, in dem Borgmann kandidierte, sind durch Deputationen vertreten. Ihrem lieben Freunde und Genossen, dem Kandidaten des Kreises, bringen sie lehrer Grüße. Je einen Kranz legen nieder der Kreiswahlverein Königsberg-Neumark, das Gewerkschaftsamt von Cüstrin und Altdreiwitz, der Wahlverein Altdreiwitz und der sozialdemokratische Lokalverein Neudamm.

Genosse Adolf Braun-Dien, früherer Redakteur in Berlin am „Vorwärts“, bis ihn preussischer Polizeigeist hinauswies, ehrt in seiner Kranzwidmung den toten Vorkämpfer. — Das Personal der städtischen Volksbadeanstalt Oberberger Straße sagt auf der schwarzen Schleife seines großen Kranzes: „Unserm Kurator in Dankbarkeit und Verehrung!“

Es ist gegen Mittag. Tiefes Schweigen, nur unterbrochen von den Schmerzenslauten der Familienangehörigen, die jetzt von Freunden an den Sarg geführt werden. Es gilt den Abschied von der Stätte, zu der sonst der Teure stets zurückkehrte nach den Kämpfen draußen im öffentlichen Leben.

Wenn sich zwei Herzen scheiden, die sich dereinst geliebt, so ist ein großes Leiden.“

Niemand kann sich der ergreifenden Wirkung des Liedes entziehen, das ein Doppelquartett anstimmt.

Dann ertönt:

„O wie herbe ist das Scheiden, wenn nur eines geht von beiden, die sich treu gewesen sind.“

Die schlichte Feier ist vorbei.

## Der Abmarsch.

Punkt 12 Uhr, wie es im Programm vorgesehen war, war der Zug marschbereit. Schwere Trauermusik ertönte und bald darauf setzte sich die Spitze des Zuges, die Genossen vom Bezirk 528, in Bewegung. Dem Leichenwagen folgten, nach den Verwandten, die Landtags- und Reichstagsfraktion, der Parteivorstand, die Redaktion; einer langen Reihe von blumengeschmückten Wagen folgten Deputationen zu Fuß mit ihren Kränzen und Blumenpenden, die von etwa 200 Fabrikanten und Betrieben, von Gewerkschaften und Arbeitervereinen gefandt waren. Die Genossen des sechsten Kreises, etwa in der Zahl von 5000, schlossen diesen Teil des Zuges, der erst nach 1/2 1 Uhr die Dyhener Straße verließ, obgleich er mit ganz wenigen Ausnahmen in steter Bewegung blieb.

An der Ecke der Schliemannstraße standen die Genossen vom 4. Kreise mit einem Musikchor an der Spitze in ruhiger Erwartung und schlossen sich dem Zuge in einer Stärke von nahezu 3000 Personen an. An der Dunderstraße stießen die Genossen aus dem ersten, dem zweiten und dem dritten Kreise, ebenfalls mit Trauermusik, zu dem Zuge, den sie um weitere 500 bis 600 Teilnehmer vermehrten.

Den Schluß des Trauerzuges bildeten die Genossen aus dem fünften Kreise, aus Teltow-Beeskow und Nieder-Varnim, die in der Gensefelder Straße versammelt waren und ebenfalls mit einem Musikchor dem Zuge folgten. Es war gegen 1/2 2 Uhr, als diese letzte Abteilung in einer Stärke von 1200 bis 1800 Personen sich anschloß. Das Leichengefolge bestand im ganzen aus etwa 11 000 Personen, ein stattlicher Zug, der sich ruhig und stetig durch die breiten Straßen, die zum Friedhof führten, bewegte.

## Die Zuschauer.

Nach den Erfahrungen beim Begräbnis des Genossen Singer hatten sich die Massen der Zuschauer diesmal nicht so frühzeitig eingefunden wie damals. Aber bald nachdem die Mitte des Tages überschritten war, sammelten sich auch diesmal wieder dichte Reihen und Gruppen an, den Leichenzug zu erwarten. Frauen und Männer, auch Kinder, meist Leute aus dem Arbeiterstande, deren Platz eigentlich im Zuge selbst gewesen wäre, die es aber aus dem einen oder andern Grunde vorzogen, sich mit der Rolle des Zuschauers zu begnügen. Namentlich an der Ecke der Petersburger Straße und Frankfurter Allee war die Menge ziemlich zahlreich. Die Polizei war an dieser Stelle unnötig stark vertreten. Wenn man ihrer überhaupt bedurfte, hätte wohl ein Schutzmann vollauf genügt, statt der zehn, die da standen und eigentlich nichts zu tun hatten. Das Publikum, das sei es auch nur als Zuschauer, am Begräbnis eines Sozialdemokraten teilnimmt, ist so kultiviert, daß es mit Recht sagen kann: Wir brauchen keine Polizei. Wir sind uns selbst Polizei genug.

Man brauchte diesmal nicht lange zu warten auf den Zug. 1/4 1 Uhr hörte man die Trauermusik kommen, und bald war auch der Leichenzug da. Die Männer entblöhten ihr Haupt, und aller bemächtigte sich eine feierliche Stimmung. In Ehrerbietung bot man dem toten Kämpfer, der sein Leben geweiht hatte der Befreiung des Volkes aus den Fesseln der Knechtschaft, den letzten Gruß dar. Dann betrauerte man die vielen Kränze, einer prächtiger als der andere, und bemühte sich eifrig, die Inschrift der Schleifen zu lesen, was aber nur hier und da gelang. Mit gedämpfter Stimme machte man einander aufmerksam auf die bekannten Persönlichkeiten, die der Leiche folgten, wie auf die Organisationen, die nun in unabhärem Zuge heranmarschierten. Die vielen, vielen Tausende von Männern und Frauen, Mitgliedern der Wahlvereine, zogen ziemlich schnellen Schrittes vorüber, und dennoch dauerte es bis nach 1/3 1 Uhr, ehe der Zug sein Ende erreichte. Obwohl die vorüberziehenden Massen in ihrem Anblick wenig Abwechslung boten und die spärlich vertretenen Musikkorps meist nicht spielten, wenn sie diese Stelle passierten, hielten die Massen aus, bis der ganze Zug vorüber war, offenbar weniger als Schaulust, als vielmehr in dem Gefühl, dem Genossen Borgmann wenigstens in dieser Weise ihre Ehrerbietung und Anerkennung für seine Lebensarbeit zu bezeugen. Bald zeigte die Straße wieder dasselbe Bild wie an anderen Sonntagnachmittagen, nur daß hier und da Gruppen der Leidtragenden bereits vom Friedhof wieder zurückkehrten. Die meisten hatten es aber offenbar vorgezogen, bei dem herrlichen Frühlingswetter weiter hinaus zu ziehen in die zu neuem Leben erwachte Natur.

## Vor dem Friedhofe.

Am Eingangstor hatten sich schon frühzeitig die Funktionäre aufgestellt, während den Weg entlang Ordner bereit standen, nötigenfalls den Verkehr zu regeln.

Die Sonne brannte in sommerlicher Glut auf Häuser und Straßen und über der weiten Gegend lag die bräunliche Mittagssonne. Noch war von dem Kondult nichts zu sehen. Aber schon hat eine zahlreiche Schar vor dem Friedhof Aufstellung genommen, die sich durch neuen stetigen Zuzug immer mehr verstärkte.

Nach 2 Uhr wird es lebendiger. Die Spitze des Leichenzuges hat die Verbindungsbahn passiert — noch eine Weile, dann dringen abgerissene Klänge eines Trauermarsches zu den Wartenden herauf. Der Leichenzug wird sichtbar, hinter ihm die Genossen vom 528. Stadtbezirk. Banner ragen über das Trauergesolge hinweg, Blumen und Schleifen bringen in die dunkle Schar des Trauergesolges eine farbenprächtige Stimmung.

Die goldenen Ketten der Stadtverordneten glimmern und funkeln im Sonnenlicht, Equipagen mit trauernden Verwandten und Freunden des totenen Enschlafenen rollen vorbei — klagen verhalten die Klänge des ersten Musikchors hinter den Forten des Friedhofs. Die einzelnen Kreise rücken dicht hintereinander an, vor der Pforte staut sich die Menge und die Ordner haben Mühe, die vielen Menschen in Reih und Glied zu halten. Und noch immer nimmt der Zug kein Ende. Ein unabsehbarer Strom wälzt sich die Straße herauf, dem Friedhof zu. Tausende sind an der Wiegung des Weges abgesehen, aber viele andere Tausende harren mit rührender Ausdauer auf die Beendigung der Grabfeier, um im Vorbeifahren an der offenen Gruft ihrem toten Vorkämpfer einen letzten Gruß nachzusenden. Die Sänger sind verstummt. Die ersten

vom Gefolge verlassen durch den Seiteneingang die Stätte der Verstorbenen. Und nun ergießt sich der Strom der Ansehenden nach dem Grabe des Genossen Borgmann. Lange, nachdem die Feier beendet ist, wimmelt die Straße von Leidtragenden, ein Beweis, wie stark die Person des Verbliebenen im Proletariat von Groß-Berlin gewurzelt hatte.

## Zwischen den Gräbern.

Feierliche Stille ringsum. Die Einsamkeit im frühlingfrischen Reiche der Toten weckt Erinnerungen. Wer kennt nicht den kleinen Hügel unweit des Lores, wo wir vor wenigen Wochen neben Liebknecht und Kuer den Genossen Singer in die kühle Gruft senkten. Jeder Genosse, der den Friedhof betritt, besucht auch diese Grabstätte. Doch weiter schweifen die Gedanken von hier aus hinüber zu den Gräberreihen, wo schon so mancher wackere Parteigenosse, so manche tüchtige Parteigenossin unter den Rasenhügeln schlummern. Sie alle, wenn sie auch nicht auf weithin sichtbarem Posten standen und nicht von Tausenden zu Grabe geleitet wurden, setzten ihre Kraft ein für unsere Ideale, für die hohen Ziele unserer Partei. Wenn auch die Namen dieser wackeren Genossen nicht der Geschichte angehören, so sind sie doch nicht vergessen. Wir gedenken ihrer zur Stunde, wo hier wieder ein frisches Grab ausgehoben ist, um einen der Besten aus unseren Reihen aufzunehmen.

Stunden vergehen. — Da tönt von fernher Trauermusik. Sie kündigt das Nahen des Leichenzuges. Kurz nach 2 Uhr durchschreitet die Spitze des Zuges das Tor. Der Leichenzug, von Palmenträgern begleitet, folgt. Ihm schließen sich die Angehörigen des Verstorbenen an, dann die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten, der Parteivorstand und eine lange Reihe von Deputationen mit prächtigen Kränzen.

Auf dem Platz vor der Leichenhalle haben sich unter anderen Teilnehmern der Totenfeier auch einige bürgerliche Stadtverordnete und Magistratsmitglieder eingefunden. Die Freitreppe der Halle ist in einen Hain von Vorbeerbäumen und anderen Blattpflanzen verwandelt. Hier, auf einem schwarzbedeckten Katafalk wird der schlichte Metallfarg niedergelegt. Ein Kranz mit blühendem Flieder und schwarzer Schleife, von den Angehörigen des Verstorbenen gestiftet, schmückt den Sarg. Die Deputationen, welche dem Leichenzug folgten, legen zum Teil ihre Kränze an der Böschung nieder, die von dem Plateau vor der Halle zu dem breiten Mittelweg abfällt. In kurzer Zeit ist die Böschung vollständig mit Kränzen bedeckt. Das leuchtende Rot der Schleifen und Blumen überstrahlt das zarte Grün, womit der junge Frühling Bäume, Sträucher und Rasenteppich überstreut hat.

Ernst und schweigend umfließt der engere Kreis des Trauergesolges den Sarg. Da ertönt, vorgelesen vom „Männerchor Norden“, die bekannte Weise: „Es stand Deine Wiege im niedrigen Haus“. Als die letzten Töne des Refrains: „Ein Sohn des Volkes wollt er sein und bleiben“, verklungen waren, trat Genosse Zubeil an den Sarg.

Er gedachte Borgmanns in seiner Tätigkeit in Partei und Gewerkschaft sowie namentlich als Stadtverordneter.

Nach ihm ergriff Genosse Hirsch für die kleine Fraktion der sozialistischen Abgeordneten im preussischen Landtage das Wort, der ihn als Mitkämpfer auf diesem schwierigen Terrain und als Mensch feierte.

Genosse Waldeck Manasse wandte sich namentlich an die Familie des Verstorbenen und zeigte, wie er dieser gegenüber eine rührende Sorge und nie ermüdende Liebe entwidelt hatte. Er gab das Versprechen ab, daß Borgmanns Freunde die nicht verlassen würden, die in dem unermüdeten für die Partei Tätigen eine so starke Stütze verloren hätten.

Wieder wird ein Lied intoniert: „Stumm schläft der Sänger“. Dann trägt man den Sarg, begleitet von den Klängen eines Trauermarsches zur Gruft. Inmitten grünen Büsche ist das Grab aufgeworfen, in das man unseren Toten hinabsetzt, während die ernste Weise des Liedes: „Zum Reich der Gräber rief uns die Fremdespflicht“ durch die Frühlingluft klingt. —

Den Blicken für immer entschwunden ist die Hülle, welche den Leib unseres wackeren Mitkämpfers birgt. „Da unten ist Frieden im stillen Haus“ tönt es herüber von den Sängern.

In langem, langem Zuge zieht die Schar der Leidtragenden an der letzten Ruhestätte Borgmanns vorüber. Ein lehrer Scheidegruß dem so früh aus unseren Reihen dahingerafften Genossen, ein stilles Gebühde, sein Andenken dadurch zu ehren, daß man gleich ihm aus ganzer Kraft mitarbeitet an dem Werke, welches das Lebenswerk Borgmanns war: der Befreiung der Arbeiterklasse.

Unsere stets hilfsbereite Arbeiter-Samariter-Kolonie war fast vollständig erschienen. Die schon in den Vormittagsstunden einsetzende schwüle Temperatur gab zu Besichtigungen allen Anlaß. Der Hof des Trauerhauses, in dem zahllose Genossen am Sarge vorbeizugliederten, ebenso die in Betracht kommenden Straßen mußten rechtzeitig besetzt werden, um sofort Hilfe bringen zu können. Die den Zug begleitenden Samariter leisteten Hilfe in 43 Fällen (Ohnmacht, Unwohlsein) Hilfe, während die auf dem Friedhof selbst eingerichtete Rettungswache zwei Fälle von Herzkrämpfen und einige Fälle von vorübergehender Unfähigkeit zu behandeln hatte. Drei Erkrankte mußten durch Samariter in ihre Wohnungen transportiert werden.

# Das Projekt des Charlottenburger Opernhauses.

Die Vorlage betreffend die Errichtung eines Opernhauses ist der Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung zugegangen. Als Hauptplatz ist ausersehen ein Terrain in der Bismarckstraße zwischen Seifenkammer und Krummestraße, die Grundstücke 100 und 101 sind auf 1/2 Millionen veranschlagt, die durch eine Anleihe aufgebracht werden sollen. Falls die Genehmigung der Aufnahme der Anleihe nicht rechtzeitig zu erlangen ist, sollen die erforderlichen Geldmittel durch ein planmäßig zu tilgendes Darlehen beschafft und das Opernhaus bis zur Höhe dieses Darlehens verpfändet werden. Die Stadtgemeinde will das Haus selbst bauen, den Betrieb der Oper dagegen überträgt sie der zu diesem Zweck gebildeten Opernbaubetriebs-Gesellschaft „Deutsches Opernhaus“, sie schlägt also dem Weg ein wie bei der Schaffung des Schiller-Theaters, wo bekanntlich auch das Haus von der Stadt gebaut, aber an die Schiller-Theater-Gesellschaft verpachtet ist. Die Erwägungen, aus denen herans der Magistrat zur Einbringung der Vorlage gekommen ist, sind in der Hauptsache darin zu erblicken, daß die Einwohner Groß-Berlins hinsichtlich der Versorgung mit guten Opernvorstellungen (schlechter gestellt) sind, als die Einwohner aller anderen großen und mancher mittleren Städte in Deutschland. So kommen zum Beispiel auf je einen Platz in der Oper in Hamburg 408 Einwohner, in Wien 411, in München 815, in Dresden 806, in Leipzig 303, in Köln 281, in Frankfurt a. M. gar nur 217, während auf je einen Platz im Berliner königlichen Opernhaus etwa 2400 Einwohner Groß-Berlins entfallen. Selbst nach dem Neubau der königlichen Oper würden, das weitgehendste Projekt mit 2750 Plätzen angenommen, auf einen Platz noch immer 1946 Einwohner kommen. Die tägliche Erfahrung lehrt, wie in der Begründung mit Recht hervorgehoben wird, daß das königliche Opernhaus zurzeit auch nicht annähernd das Bedürfnis zu befriedigen vermag, zumal wenn man berücksichtigt, daß sein ungeänderter Besuch durch seinen Charakter als Hofoper in vielen Beziehungen für die große Mehrzahl der Interessenten erheblich eingeschränkt ist.

Gegen die in der Öffentlichkeit geltend gemachten Gründe, daß derartige Unternehmungen allein der privaten Geschäftstätigkeit überlassen bleiben müßten, macht der Magistrat geltend, daß die Geschichte des Theaterwesens zeige, daß regelmäßig nur dort eine Entwicklung zu höchsten Kunstleistungen stattgefunden hat, wo Staat oder Gemeinde ihm unterstützend zur Seite standen. Theater und Oper seien Kunstinstitute, die als Objekte wirtschaftlicher Ausnutzung und lohnender Kapitalanlage nur in Ausnahmefällen mit Ehren bestehen können. Für ein öffentliches Gemeinwesen dürften Städte der Kunst kein gewinnbringendes Unternehmen sein. Eine Stadt dürfe sich damit begnügen, daß ihr die in ein solches Unternehmen investierten Kapitalien lediglich in der Höhe der von ihr zu machenden Aufwendungen verginst und in einer nicht zu langen Zeit amortisiert werden, sie könne so die Vorbedingungen zu einem Unternehmen schaffen, das breiten Schichten der Bevölkerung zugute kommt. Werde dagegen ein solches Unternehmen allein mit Hilfe des Privatkapitals ins Leben gerufen, so sei es außerstande, dem Kunstbedürfnis der breiteren Schichten zu genügen: die hohe Verzinsung des Anlagekapitals und das begriffliche Bestreben, größere Gewinne zu erzielen, würden zu Eintrittspreisen führen, die sogar für den besserstehenden Mittelstand unerschwinglich sind. Daß dabei auch die Kunst nur zu häufig zu kurz kommt, ist eine hinlänglich bekannte Tatsache.

Die Opernbaubetriebs-Gesellschaft ist bereit, den Kaufpreis mit 20 000 M. zu verginsen. Dieser Betrag reicht aus, um ein Kapital von 5 Millionen mit höchstens 4 Proz. zu verginsen und mit 1 Proz. zu amortisieren. Es bleiben also etwa 1/2 Million ungedeckt, und diesen Betrag beantragt der Magistrat, endgültig der Stadtgemeinde zur Last zu legen und seine Verzinsung und Tilgung auf den laufenden Etat zu übernehmen. Es bedeutet das eine jährliche Belastung von rund 90 000 M. Sehr eingehend hat der Magistrat die wirtschaftlichen Grundlagen des Unternehmens geprüft, er hat dieser Prüfung nicht nur die Zahl der eingegangenen Abonnementanmeldungen und den Voranschlag zugrunde gelegt, sondern auch noch ein Gutachten von einem Sachverständigen eingeholt. Nach menschlichem Ermessen erscheint der Bestand des Unternehmens gesichert.

Der Pachtvertrag, der zwischen Stadt und Gesellschaft abgeschlossen ist, ist in seinen Hauptbestimmungen dem mit der Schiller-Theater-Gesellschaft geschlossenen Vertrage nachgebildet. Wir heben daraus unter anderem die Bestimmung hervor, daß die künstlerischen Vorbereitungen sich auf einer Höhe bewegen müssen, die dem festgelegten Gegenstand entspricht und den Ansprüchen genügt, die an ein großstädtisches Opernhaus mit ersten künstlerischen Zielen zu stellen sind. Die Eintrittspreise einschließlich der Gebühr für Garderobe und Theaterzettel bewegen sich im Abonnement zwischen 1,20 M. für den dritten Rang und 4,80 M. für den Orchesterplatz, die Kostenpreise zwischen 1,70 M. für den dritten Rang und 5 M. für den Orchesterplatz. Außerdem sind noch auf der Galerie Plätze vorgehalten zum Preise von 80 Pf. einschließlich Zettel und Garderobe. Eine Veränderung des Tarifs und der Abonnementsbedingungen sowie eine Verminderung der für Abonnements vorgehaltenen Zahl der Plätze ist nur mit Genehmigung des Magistrats zulässig. Weiter ist die Wächterin verpflichtet, auf Ersuchen des Magistrats jährlich bis zu vier Nachmittagsvorstellungen unentgeltlich für Zöglinge der Fort-

bildungsschule und Schüler und Schülerinnen der Charlottenburger Gemeindeschulen und zehn weitere Nachmittagsvorstellungen zu leisten von 10 Pf. bis 1,25 M. zu veranstalten. Hinsichtlich dieser Vorstellungen steht dem Magistrat ein Vorkaufsrecht zugunsten der Schüler und Schülerinnen der übrigen Charlottenburger öffentlichen und privaten Schulen zu. Von besonderer Bedeutung ist es, daß der Wächterin bestimmte Vertragsformulare, insbesondere auch bezüglich der Bestimmungen über Krankheitsfälle und Kostümlieferung, als Grundlage für ihre Verträge mit den Mitgliedern der Oper vorgeschrieben sind. Weiter ist zu erwähnen, daß wenn in einem Geschäftsjahre eine Superdividende, d. h. mehr als 5 Proz. Dividende an die Aktionäre verteilt wird, ein ebenso großer Betrag für Wohlfahrtsvereinigungen zugunsten des Personals der Oper zur Verfügung gestellt werden muß, und zwar in erster Reihe für die Ausstattung von Unterrichtsstufen, deren je eine für die Orchestermitglieder, für die Chor- und Solomitglieder und für das technische Personal zu bilden ist. Die Grundzüge, nach denen Wohlfahrtsvereinigungen für das Personal geschaffen werden, unterliegen der Genehmigung des Magistrats. An die Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft dürfen Entlohnungen nicht gezahlt werden, sie haben ihre Tätigkeit unentgeltlich auszuüben.

Für später ist auf demselben Grundstück ein Restaurations- und Saalbau geplant, der Wächterin des Opernhauses steht hierfür ein Vorkaufsrecht zu. Als Termin der Eröffnung des Opernhauses ist die Saison 1912/13 gedacht. Die Vorlage, die bereits am Mittwoch die Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung beschäftigen wird, bedarf also großer Beachtung, wenn das Haus rechtzeitig in Betrieb genommen werden soll.

## Gerichts-Zeitung.

### Kindesmißhandlung.

Grauerregende Einzelheiten aus der Lebensgeschichte eines Kindes, welches durch eine Stiefmutter in der scheußlichsten Weise gequält und mißhandelt worden war, kamen gestern in einer Verhandlung zur Sprache, die unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten in der 7. Strafkammer des Landgerichts I stattfand. Wegen schwerer Körperverletzung im Sinne des § 224 des Strafgesetzbuches hatte sich die aus der Untersuchungshaft vorgeschickte Arbeiterfrau Maria Schmitt geb. Drung zu verantworten. — Der Arbeiter Friedrich Schmitt, der in einer Siemens'schen Fabrik beschäftigt ist, verlor vor etwa zwei Jahren seine Ehefrau durch den Tod. Schon vor Ablauf des Trauerjahres heiratete er die jetzige Angeklagte, um seinen Kindern eine Pflegerin zu geben und sie nicht zu fremden Leuten in Pflege geben zu müssen. Die aus erster Ehe stammenden Kinder, der sechsjährige Wilhelm und die dreijährige Rosa, wurden jedoch von der Stiefmutter bald nach der Eheschließung schlecht behandelt. Als sie dann in der Ehe selbst ein Kind zur Welt brachte, begann ein wahrhaft entsetzliches Martyrium für die beiden Kinder. Ihr eigenes Kind verhätschelte sie, zog es nett an und ging mit ihm spazieren. Leidlich gut hatte es auch der sechsjährige Wilhelm, der zur Schule ging und dadurch einer gewissen Kontrolle durch fremde Leute unterlag. In der scheußlichsten Weise wurde dagegen die kleine Rosa von der Angeklagten gequält und gemartert. Das unglückliche Kind mußte bei bitterster Winterkälte in einer mit schmutzigem und fauligem Stroh gefüllten Kinderstube schlafen, aus welcher die körperlichen Ausscheidungen des Kindes nie entfernt wurden. Die Folge war, daß es buchstäblich von Schmutz und Kot starrte und mit Ungeziefer dicht bedeckt war. In dieser Situation mußte es Tag und Nacht aushalten, es wurde nie an die Luft geführt, so daß die Hausbewohner lange Zeit hindurch gar nicht wußten, daß die Schreitenden Teile noch ein drittes Kind hatten. Außerdem erhielt das nur notdürftig in Lumpen gehüllte arme Wesen nur mangelhafte Nahrung, so daß es schließlich fast nur noch aus Haut und Knochen bestand. Infolge dieser mangelhaften Ernährung trat bei dem Kinde noch die englische Krankheit hinzu, welche das Knochengerüst völlig porös und brüchig machte. Da das Kind sich selbst überlassen war, fiel es öfter aus dem „Bett“ heraus und zog sich Verletzungen zu. Wie sich später ergab, hatte die kleine Rosa an beiden Armen Knochenbrüche. Da keinerlei ärztliche Hilfe hinzugezogen wurde, wuchsen die Knochen schief an, so daß das arme Wesen, als die Schandtat der Angeklagten aufgedeckt wurde, völlig krumm und verwaschene Gliedmaßen hatte. — Nachdem dieses Martyrium des Kindes schon fast zwei Jahre gedauert hatte, mußte wohl endlich in dem Hause etwas bekannt worden sein, denn der Hausbesitzer selbst wandte sich an die Lichterberger Polizei. Am 2. August vorigen Jahres erschien der Kriminalschuttmann Küfel vor der Wohnung der Angeklagten, die sich aber weigerte, zu öffnen. Erst als er drohte, durch einen Schloßer gewaltsam öffnen zu lassen, ließ ihn die Angeklagte in die Wohnung hinein. Der Beamte fand das Kind, welches am Kopf und auf dem Körper blau-grün verfarbte Stellen hatte, vor Schmutz starrend auf dem fauligen Stroh liegend. Trotzdem der Beamte sofort einen Bericht an die Behörde gab, in welchem er die vorgefundenen Zustände schilderte, wurde nach seiner Richtung hin etwas veranlaßt. Erst als im Januar dieses Jahres der „Zentrale für Jugendfürsorge“ eine Mitteilung zugeing, wurde das arme Wesen von seinen Qualen erlöst. Die von der Zentrale als Vormünderin eingesezte Dame fand das Kind in einem Zustande, der jeder Beschreibung spottete. Als das Kind aus dem Stroh herausgenommen wurde, wimmelte es von Ungeziefer. Es war so

entkalkt, daß es sich überhaupt nicht bewegen konnte und ganz teilnahmslos ins Beere starrte. Als von der Angeklagten Wäsche oder Kleider für das Kind verlangt wurden, verweigerte sie dies. Die Vormünderin mußte sich deshalb von einer in dem Hause wohnhaften Wäschermeisterin einen Tuch borgen. Auf Veranlassung der Dame wurde dann auch der sechsjährige Wilhelm aus der Wohnung herausgeholt und nach dem Waisenhause in der Alten Jakobstraße gebracht.

Als die Scheußlichkeiten der unmenschlichen Mutter in der Öffentlichkeit bekannt wurden, sammelte sich vor dem Hause Frankfurter Allee 197 eine gewaltige Menschenmenge an, welche die Angeklagte lynchen wollte. Die empörten Leute schlugen die Tür ein und verprügelten die Angeklagte, daß ihr Hören und Sehen verging. Wenn nicht die Polizei eingeschritten wäre, so wäre die Angeklagte von der wütenden Menschenmenge zu Tode geprügelt worden. Da die Angeklagte trotz alledem noch auf freiem Fuße belassen wurde, verhängten die Geschäftsleute in der dortigen Gegend einen Boykott und weigerten sich, ihr etwas zu verkaufen. — Vor Gericht befandete der als Sachverständiger geladene Professor Dr. Hinkelstein, daß die bei dem Kinde konstatierten Knochenbrüche nicht zweifelhaft auf Mißhandlungen zurückzuführen seien. Das Kind, welches damals fast nur noch ein Skelett gewesen sei, habe sich wieder erholt und bisher nur zugenommen. — Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren. Das Gericht hielt es nach dem Gutachten des Sachverständigen nicht für erwiesen, daß bei dem Kinde ein Siedtum im Sinne des § 224 vorliege. Dagegen hielt es für festgesetzt, daß die Angeklagte das Kind vorzüglich in der schändlichsten Weise vernachlässigt habe und hierin eine strafbare Körperverletzung zu erblicken sei. Das Urteil lautete auf 9 Monate Gefängnis.

### Eisenbahnhaftung.

Als die Gräfin Brunild von S. die vom Kreis Osterode a. S. betriebene Kleinbahn auf ihrer Gatzreise im Jahre 1906 benutzte, sprang plötzlich die nach der Plattform führende Tür ihres Coupés auf. Die Gräfin stand auf, um die Tür wieder zu schließen. Während sie sich mit der rechten Hand am Türrahmen festhielt, griff sie mit der linken nach der Türklinke. Im selben Augenblicke schlug die Tür von selbst wieder zu. Dabei ist der S. der Daumen der rechten Hand eingeklemmt und zerquetscht worden. Sie hat deshalb Klage gegen den Kreis Osterode auf Schadloshaltung erhoben. Zunächst fordert sie 204 M. Anwerkosten, sodann eine Rente für den Fall, daß sie einmal in der Lage kommen sollte, ein Erwerbsgeschäft ergreifen zu müssen, sowie Schmerzensgeld für den immateriellen Schaden in Höhe von 6000 M.

Das Landgericht Wittingen hat die Klage zur Hälfte als begründet erklärt, den Anspruch auf Schmerzensgeld dagegen gänzlich abgewiesen. Das Oberlandesgericht Gelle erkannte die Ansprüche der Klägerin im vollen Umfang dem Grunde nach als gerechtfertigt an. Das Oberlandesgericht führt begründend aus, daß ein Betriebsunfall im Sinne des Reichshaftpflichtgesetzes vorliegt. In den weiteren Darlegungen der Entscheidungsgründe verneint das Gericht ein mitwirkendes Verschulden der Klägerin an dem Unfälle. Denn es sei das Nächstliegende gewesen, sich am Türrahmen festzuhalten; wenn die Klägerin dabei infolge der Eile in den Türspalt hineingefahrt habe, so liege darin kein Verschulden. Es stellt das Oberlandesgericht durch Zeugen fest, daß die Coupésüren auf dieser Bahn mehrfach von selbst aufsprangen und bei Stürzen wieder zugeschlagen sind. Hierin erblickt es eine fahrlässige Schädensufügung im Sinne der §§ 523 bis 531 des Bürgerlichen Gesetzbuches, für die der besagte Kreis als Unternehmer der Bahn um so mehr zu haften habe, als es ihm unmöglich sei, bei zwei Angestellten der Bahn den Entlastungsbeweis der Brauchbarkeit im Sinne von § 831 des Bürgerlichen Gesetzbuches zu erbringen.

Das Reichsgericht hat am Sonnabend das Urteil des Oberlandesgerichts Gelle aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Oberlandesgericht zurückverwiesen, weil dieses das eigene Verschulden der Klägerin gänzlich verneint hat. Es sei eine grobe Unvorsichtigkeit, den Finger in den Spalt einer eben aufgeschlagenen Tür zu stecken. Jedenfalls mußte in diesem Falle die Klägerin nachweisen, daß sie deshalb kein Verschulden treffe. Die Haftung für den mangelhaften Verschluß der Türen an sich erkläre das Reichsgericht für begründet.

### Ein recht trübes ländliches Sittenbild.

Wird demnach die 1. Strafkammer des Landgerichts II beschäftigen. Ende Februar dieses Jahres ist der Lehrer Georg Arndt in Gaddendorf bei Trebbin in Untersuchungshaft genommen worden, weil er in dem dringenden Verdacht stand, sich an einer Anzahl der ihm anvertrauten Schulkinder unzüchlich vergangen zu haben. Der Verdacht hat sich bestätigt, und es ist nun Anklage gegen diesen Jugendverderber erhoben worden. In nicht weniger als 15 Fällen soll er mit minderjährigen Schülerinnen in unzüchlicher Weise verkehrt haben, in zwei Fällen sollen die Opfer seiner Lüste noch nicht 14 Jahre alt gewesen sein. Bei einem der Mädchen sind die Folgen dieses Verkehres nicht ausgeblieben und haben den Angeklagten zu Verbrechen gegen lebendes Leben gegen ihn veranlaßt haben. Dieser empfehlenswerte Schulmeister ist 38 Jahre alt, verheiratet und Vater mehrerer Kinder. Er ist seit etwa 6 Jahren in Gaddendorf tätig und hatte sich in letzter Zeit infolge körperlicher Leiden und großer nervöser Erregtheit vielfach dem Morphinum genutz hingegen.

# Einladung zum Frei-Konzert!

Hierdurch erbiten wir von Ihnen die Erlaubnis, in Ihrer Wohnung ein Konzert veranstalten zu dürfen, wie Sie es wahrscheinlich noch nicht gehört haben.

Die Veranstaltung erfolgt völlig kostenlos für Sie und hat den Zweck, Sie zu einem Abonnement auf diese Konzerte zu veranlassen, falls das Probekonzert, das Sie während der Dauer von 5 Tagen völlig unentgeltlich haben sollen, Ihnen und Ihren Angehörigen Freude bereitet hat. Unter Angebot wird Sie gemäß interessieren, und deshalb bitten wir Sie, uns einige Minuten Geduld zu schenken:

Wir wollen Ihnen — zunächst kostenlos auf 5 Tage — einen Spezial-Kursus-Sprechapparat mit echter Vokal-Schalldose und 20 ausgewählte Stücke auf 10 doppelseitig bespielten, 29 cm großen Vokalplatten anbieten. Diesen Apparat und diese Platten können Sie während der Dauer von 5 Tagen belieben lassen und probieren, so oft und so viel Sie wollen.

Wir sind sicher, daß Sie von den Leistungen des Apparates, dessen hervorragende Ausstattung jeden Bogenraum füllt, entzückt sein werden, da die Vokal-Schalldose, die Seele des Apparates, das Vollendteste ist, was auf diesem Gebiete existiert.

Unabhängig davon sind die von uns gelieferten Vokal-Platten, die nicht nur um ein Drittel größer als die allgemein bekannten Vokalplatten, sondern auch im Gegensatz zu diesen nahezu unzerstörbar sind und ferner ohne Nadelwechsel, mit einem niemals auszuwechsellernen polierten Edelstein gespielt werden.

Was diese Steuerung bedeutet, kann nur derjenige beurteilen, der schon einmal einen Sprechapparat besitzen hat, der den üblichen Nadelwechsel kennt und der weiß, wie rasch sich jede, auch die teuerste Nadel-

platte, von Anfang an abnutzt, um schließlich gänzlich gestört zu werden.

Die Vorzüge unserer Vokal-Platten sind aber nicht nur hinsichtlich der Haltbarkeit, sondern auch hinsichtlich ihres Inhaltes so gewaltig, daß niemand, der diese Platten gehört hat, den Wunsch haben wird, andere Platten zu besitzen. Da gibt es die neuesten

## Opern, Operetten, Märsche, Walzer

und andere Tänze, Overtüren und Potpourris, alle nur möglichen Instrumentalfüll, wie Flügeln, Violon, Klarinette, Euphonon etc., ernste und lustige Orchesterstücke, Solos und Duette, humoristische Vorträge und Couplets, und zwar auf allen Gebieten das denkbar Beste.

Denn das große Vokal-Repertoire umfaßt mehr als 25 000 Nummern, lauter Originalausnahmen, von den größten Künstlern gesungen und gespielt.

Haben Sie sich nun während der Dauer von 5 Tagen von alledem, was wir vorstehend gesagt haben, persönlich überzeugt, so steht es Ihnen frei, unsere Sendung käuflich zu erwerben.

In diesem Falle haben Sie für Apparat und Platten nur einen Betrag von 3.— M. monatlich an uns zu zahlen. Der Apparat kostet einschließlich der ersten Vokal-Schalldose nur 45.— M., während wir die Platten zu dem von der Fabrik vorgeschriebenen Verkaufspreise von 3.30 M. pro Doppelplatte (also für 2 Stücke) in Rechnung stellen.

Weitere Platten können Sie in einem ebenfalls nur ganz geringe Monatszahlungen erfordernden Abonnement in beliebigen Mengen nachbezahlen.

Wenn man bedenkt, wie leicht und einfach man 10 Minuten täglich für gleichgültige oder vergängliche Dinge ausgibt, wird niemand zögern, sich und den Seinen den von uns gebotenen unergänzlichen Genuss zu verschaffen.

Die zahllosen und täglich ohne Aufforderung zukommenden, zum Teil in Worten des höchsten Lobes gehaltenen Fulchriften sind der beste Beweis dafür, daß nicht nur die von uns gelieferten Fabrikate, sondern auch die Vergünstigungen, welche wir gewähren, in den weitesten Kreisen Anerkennung finden.

### Machen Sie also einen Versuch,

der Sie nichts kostet als die minimalen Spesen für die Post- und event. Rücksendung, und werden Sie den eingedruckten Bestellschein, den Sie nur mit Ihrer Unterschrift zu versehen brauchen, in den nächsten Briefkasten.

Sie erhalten dann schnellstens unsere Sendung, durch die Sie alles das Bestellte finden werden, was wir gesagt haben. Gestalt Ihnen der Apparat aber nicht, so können Sie die ganze Sendung 5 Tage nach Empfang wieder an uns zurückgehen lassen.

Wir sind aber überzeugt, daß auch Sie uns, wie viele Tausende unserer Kunden, dankbar sein werden, daß wir Sie auf unsere Vergünstigungen aufmerksam gemacht und Ihnen Gelegenheit geboten haben, von denselben Gebrauch zu machen.

**BIAL & FREUND**  
Breslau II, Postfach 120/28

Besten Dank für den Vokal-Apparat. Derselbe spielt wunderbar und abertrag die betreffende Klangschönheit alles Dagewesene. Ich bin stolz auf den betreffenden Apparat.

Die mir gelieferte Vokal-Sendung übertrifft bei weitem meine Erwartung und kann ich Ihr Fabrikat jedem aus warmem Empfehlen.

Ich habe die beliebigen Vokal-Platten gespielt und bin mit denselben sehr zufrieden. Erkennen Sie in ich sowie meine Familie über die Tonfähigkeit.

### Bestellschein 120/28

Hierdurch erlaube ich die Firma Bial & Freund in Breslau II, mir den angebotenen Vokal-Sprechapparat mit echter Vokal-Schalldose sowie 20 Stücke auf doppelseitig bespielten Vokal-Platten ohne Anzahlung, ohne Anzahlung, ohne jede Einzahlungsberechnung, insbesondere ohne jede Kauverpflichtung zur Probe zu senden. Ich versichere mich, diese Sendung, falls ich sie nicht zu behalten wünsche, innerhalb 5 Tagen, vom Tage des Empfanges an gerechnet, franco zurückzugeben, andernfalls behalte ich sie und zahle unter Anerkennung des Eigentumsrechtes monatlich 3 M. vom Ablauf der Probezeit beginnend, bis der Wert des Apparates von 45.— M. und der der 10 Doppelplatten à 3.30 M. beglichen ist.   
Erzählungsart: 120/28

Ort und Datum: Vor-, Name und Beruf:

Orts-Krankenkasse

Gürtler zu Berlin.

General-Versammlung

Verichtigung

Gesellschaft für Möbel und Juuen-Architektur

Informieren Sie sich

Informieren Sie sich

Informieren Sie sich

Informieren Sie sich

Gartenstadt Hohen-Neuendorf

Gartenstadt Hohen-Neuendorf

Gartenstadt Hohen-Neuendorf

Gartenstadt Hohen-Neuendorf

Gartenstadt Hohen-Neuendorf

Gartenstadt Hohen-Neuendorf

Esperanto.

Parteigenossen! Mit labelloster Schnelligkeit hat die internationale

Robert Baumgarten

Damen-Konfektion

Unserem sehr aufopferungs-

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 25. April

Berliner Theater.

Berliner Theater.

Neues Theater.

Neues Theater.

Theater des Westens.

Theater des Westens.

Berliner Volksoper

Berliner Volksoper

Residenz-Theater.

Residenz-Theater.

Fernands Ehekontrakt.

Lustspielhaus.

Der Registrator auf Reisen.

Luisen-Theater.

Luisen-Theater.

Aus erster Ehe.

Aus erster Ehe.

ROSE-THEATER

ROSE-THEATER

Metropol-Theater.

Metropol-Theater.

Schiller-Theater O.

Schiller-Theater O.

Schiller-Theater

Schiller-Theater

Schiller-Theater

„CLOU“

BERLINER KONZERTHAUS

Heute nachmittag:

Gr. Promenaden-Konzert.

Außerdem abends:

Kapelle des Garde-Fußartillerie-Regiments,

Obermusikmeister Jolly, bei freiem Eintritt.

Potsdamer Sport-Palast

Potsdamer Sport-Palast

Größter Eispalast der Welt.

Allabendlich:

Glanzös sportliche Vorführungen und die Ausstattungs-Feier

„Eisfest an der Nawa.“

„Eisfest an der Nawa.“

Eintritt bis 5 Uhr 50 Pf.

Nach 5 Uhr M. 1.—, reservierter Platz M. 2.—.

Urania.

Zirkus Busch.

Wittwoch, den 26. April:

Wittwoch, den 26. April:

Zirkus A. Schumann.

Zirkus A. Schumann.

Automobil-Überholungs-

Automobil-Überholungs-

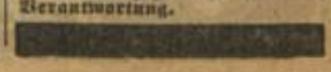
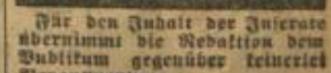
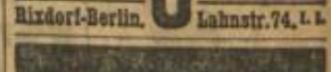
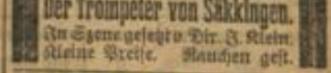
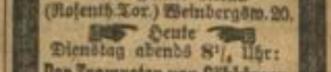
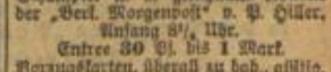
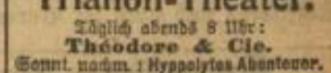
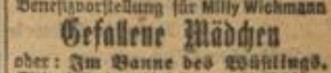
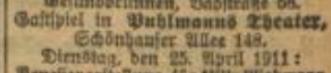
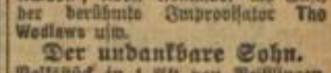
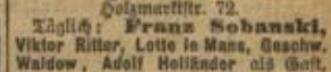
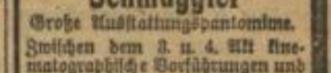
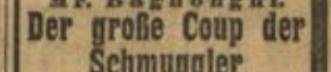
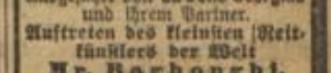
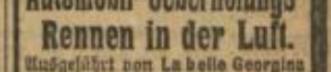
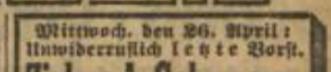
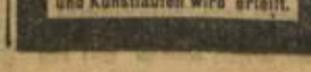
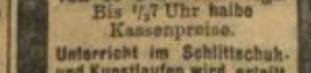
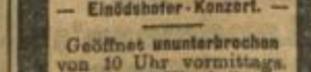
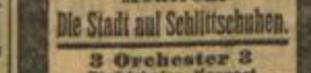
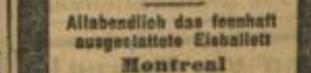
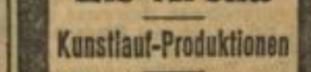
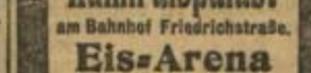
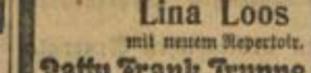
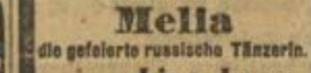
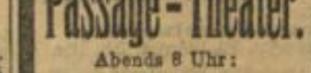
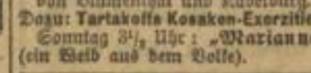
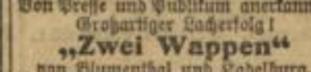
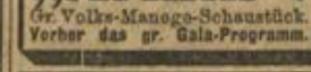
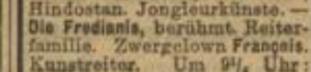
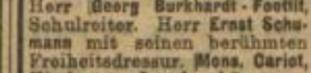
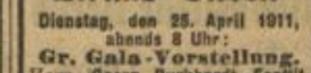
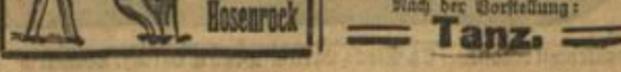
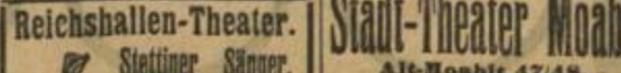
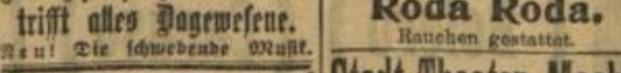
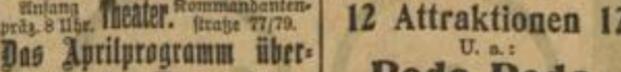
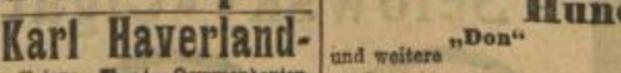
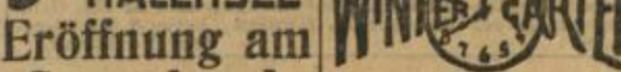
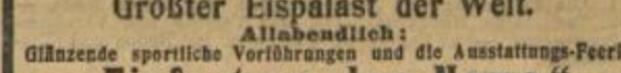
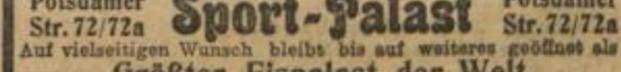
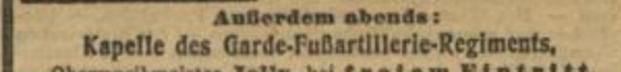
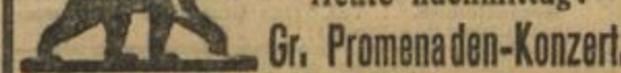
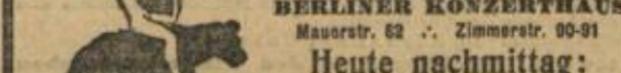
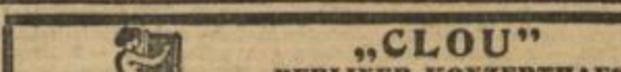
Rennen in der Luft.

Rennen in der Luft.

Der große Coup der

Der große Coup der

Schmuggler



Large advertisement for Luna-Park featuring a large stylized logo and text about the opening on Sunday, April 29th.

Advertisement for 'Armin' featuring a bear illustration and text about a circus performance.

Advertisement for 'Casino-Theater' with text about performances and ticket prices.

Advertisement for 'Passage-Theater' with text about performances and ticket prices.

Advertisement for 'Folies Caprice' with text about performances and ticket prices.

Advertisement for 'Admiralspalast' with text about performances and ticket prices.

Advertisement for 'Königstadt-Kasino' with text about performances and ticket prices.

Advertisement for 'Voigt-Theater' with text about performances and ticket prices.

Advertisement for 'Noacks Theater' with text about performances and ticket prices.

Advertisement for 'Walthalla-Theater' with text about performances and ticket prices.

# Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Wittwoch, den 26. April cr., abends 8 1/2 Uhr, in der Berliner Hofbräuerei, Bismarckstraße 2.

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Claus über „Fortbildungsschulwesen“.  
2. Diskussion. 3. Kreisangelegenheiten (Parteiliste im Westen u. a.).  
Mitgliedsbuch legitimiert.  
Um zahlreichen Besuch bitten Der Vorstand.

## Deutscher Buchbinder-Verband.

Luxuspapierbranche Berlin.  
Donnerstag, den 27. April 1911, abends 8 Uhr  
„Fürstehof“, Köpenicker Straße 137:  
Allgemeine

## Presserbranchen-Versammlung

aller Arbeiter und Arbeiterinnen der Presserei-Abteilungen der Luxuspapier-, Zelluloidwaren- und Plakatabrillen sowie Preßergoldanstalten, Kranzschleifen-, Krawatten- u. Sulfurniturrepressereien.

Tages-Ordnung:  
1. Unsere Forderungen an die Unternehmer.  
2. Diskussion und Beschiedenes.  
In Anbetracht der hochwichtigen Tagesordnung ersuchen wir um pünktliches Erscheinen aller in der Branche Beschäftigten.  
Die Tarifkommission. J. L. R. Kempte.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsbüro Berlin. Hauptbüro: Col. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Col. III. Amt 3, 1987.

Wittwoch, den 26. April 1911:

## Bezirks-Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin

in folgenden Lokalen:

- Norden: Pharus-Säle, Müllerstraße 142, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Obligos Festsäle, Schwedter Straße 23, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Schmidts Festsäle, Prinzen-Allee 33, abends 8 1/2 Uhr.
- Norden: Swinemünder Gesellschaftshaus, Swinemünder Str. 42, abends 8 1/2 Uhr.
- Tegel: Wohlfahrts Festsäle, Reinickendorfer-Deff., Eichbornstraße 18, abends 8 Uhr.
- Moabit: Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49, abends 8 1/2 Uhr.
- Westen und Schöneberg: Goffs Festsäle, Schöneberg, Hauptstr. 5, abends 8 1/2 Uhr.
- Osten und Lichtenberg: Littins Festsäle, Memeler Straße 67, abends 8 1/2 Uhr.
- Stralau u. Rummelsburg: Blume, Alt-Vorhagen 56, abends 8 1/2 Uhr. Bericht und Neuwahl der Bezirksleitung.
- Südenbezirke: Hohentausensäle, Kottbuser Damm 76, Ausgang links, Saal 1, abends 8 1/2 Uhr.
- Weißensee: Peukerts Restaurant, Berliner Allee 251, abends 8 1/2 Uhr.
- Rixdorf: Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, abends 8 1/2 Uhr.
- Charlottenburg: Volkshaus, Rosinenstr. 3, abends 8 1/2 Uhr.
- Siegliß: Restaurant Schellhase, Hörnstraße 15a, abends 8 1/2 Uhr.
- Köpenick u. Friedrichshagen: Restaur. Tapfer (Tindengarten), Friedrichshagen, Friedrichstr. 74, abends 8 1/2 Uhr.
- Ober-Schönebeide: Restaurant Hasselwerder, Pfeifferwerderstr. 16, abends 8 1/2 Uhr.
- Spandau: Restaurant Böhle, Havelstr. 20, abends 8 1/2 Uhr.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

- Bericht von der außerordentlichen Generalversammlung.
- Stellungnahme zur nächsten ordentlichen Generalversammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert. 115/17  
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

Die laut Beschluß von zuständiger Stelle aus-gegebenen Waimarken sind in allen Zahlstellen, bei allen Kassierern und auch im Bureau zu haben.  
Die Ortsverwaltung.

## Branchen-Versammlung der

## Stickerei-Arbeiterschaft

am Mittwoch, den 26. April cr., abends 8 Uhr, in den Prachtshäusern „Alt-Berlin“, Blumenstr. 9.

Tages-Ordnung:

- Vortrag des Branchenleiters: „Die Schädlichkeit der Lohnstufung in unserem Berufe und die Entlassungen in der stillen oder Ruhezzeit.“
- Diskussion. 3. Beschiedenes. 197/5\*

Kollegen und Kolleginnen! Angesichts der gegenwärtigen Tarifverhandlungen, welche von einschneidender Bedeutung für uns alle sein werden, halten wir es für eine Ehrenpflicht aller, in dieser Branchenversammlung zu erscheinen!  
Mit Gruß Die Branchenleitung.



**Warnung vor Betrug!**  
Meine Packung ist nur echt mit der Aufschrift:  
**Dr. Landmann's**  
Messer-Putzpulver.

Voll 10 U. Streubühle 30 und 50 U. Nur echt in Original-Verpackung in allen besseren Geschäften zu haben.  
Dr. H. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 5 A.

# Sozialdemokratischer Wahlverein des sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreises

Dienstag, 25. April 1911, abends 8 1/2 Uhr:

## Außerordentliche General-Versammlung

in den Germania-Sälen, Chausseest. 110.

Tages-Ordnung:

- Wahl eines dritten Angestellten.
- Vortrag: „Die Sozialdemokratie im Dreiklassenparlament.“  
Referent: Landtagsabgeordneter **Dr. Karl Liebknecht.**  
Mitgliedsbuch legitimiert.

227/3\*

Der Vorstand.

## Arbeiter-Bildungsschule Berlin.

Schullokal: Grenadierstr. 37, Hof geradezu 1.  
Lehrplan für das II. Quartal 1911.

Sonntag: Nationalökonomie. (Bank-, Börsen- und Kartellwesen.)

1. Das Wesen und die Entwicklungstendenzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. — Das Finanzkapital. — Die Technik des Bankwesens. — Die deutschen Großbanken. — 2. Begriff und Geschichte der Börse. — Ihre kapitalistische Notwendigkeit, ihre Einteilung und Organisation. — Die Börsentechnik und das allgemeine Publikum. — 3. Begriff und Geschichte der Kartelle. — Die Kartelle und Trusts in ihrer Bedeutung für die kapitalistische Weltwirtschaft.  
Vortragender: Max Grunwald.

Montag: Deutsche Wirtschaftsgeschichte. I. Teil. (Von der Urzeit bis zum Ausgang der Staufer.)  
Begriff der Wirtschaftsgeschichte. — Urzeit: Nahrung, Wohnung, Kleidung usw. — Arbeit, Wirtschaftsverfassung. — Soziale Zustände. — Die Wanderungszeit. — Entstehung der fränkischen Königsmacht. — Die Bildung des großen Grundeigentums im fränkischen Reich. — Umbildung der Klassenordnung. — Soziale Zustände zur Zeit der Karolinger. — Die Lohnordnung der früheren Kaiserzeit. — Der Kampf zwischen Kaisertum und Papsttum. — Ursprung des deutschen Adels, Entstehung und Wesen der ritterlichen Gesellschaftsordnung in der Blütezeit des Mittelalters.  
Vortragender: Julian Borchardt.

Dienstag: Geschichte. (Alte Geschichte.)  
1. Geschichtliche Anfänge. Völkerfamilien. Das alte Babylonien. — 2. Ägypten. — 3. Phönizier, Juden. — 4. Das assyrische Reich. Die Perser. — 5. Das ältere Griechenland. — 6. Griechenland in den Zeiten der Perserkriege, des Perikles und des Peloponnesischen Krieges. — 7. Der Niedergang der griechischen Freistaaten, die mazedonische und hellenistische Zeit. — 8. Rom bis zur Eroberung von Karthago. — 9. Rom zur Zeit der Bürgerkriege. — 10. Die römische Kaiserzeit und die Anfänge des Christentums.  
Vortragender: Dr. Alexander Conrady.

Mittwoch: Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus. I. Teil. (Die Grundsätze des wissenschaftlichen Sozialismus.)  
Die Entstehungsgründe der modernen Sozialdemokratie. — Die ökonomischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. — Das Wesen der kapitalistischen Produktion. — Utopischer und wissenschaftlicher Sozialismus. — Die historischen Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. — Der Klassenkampf als Triebfeder der sozialen Umwälzungen. (Historischer Materialismus.) — Die sozialistische Taktik. — Der „Zukunftstaat“.  
Nach jedem Vortrag wird Gelegenheit zu freier Diskussion gegeben.  
Vortragender: Julian Borchardt.

Donnerstag: Rednerschule.  
1. Die Bedeutung und Notwendigkeit der freien Rede. — 2. Technische Hilfsmittel. — 3. Das Vereins- und Versammlungswesen. — 4. Praktische Übungen im Reden und Diskutieren.  
Vortragender: Max Grunwald.

Freitag: Gewerkschaftswesen. (Aus Theorie und Praxis.)  
Einleitungsvortrag.  
Grundsätze der modernen Gewerkschaften. — Gewerkschaftliche Demokratie und Disziplin. — Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks. — Die Unternehmerorganisationen. — Tarifverträge. — Arbeitsnachweise. — Gewerkschaft- und Genossenschaft. — Entwicklungstendenzen der deutschen Gewerkschaften.  
Vortragender: Emil Dittmer.

Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie am Sonntag, den 23. April. Wirtschaftsgeschichte: Montag, den 24. April; zweiter Abend: Sonnabend, den 29. April. Geschichte: Dienstag, den 25. April. Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus: Mittwoch, den 19. April. Rednerschule: Donnerstag, den 20. April. Gewerkschaftswesen: Freitag, den 21. April.

Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 8 1/2 Uhr und endet pünktlich um 10 Uhr. Der Sonntagkurs beginnt pünktlich um 10 Uhr und endet pünktlich um 11 1/2 Uhr. Der Fortschrittskursus findet im Gewerkschaftshaus, Zimmer 11, statt. Die reichhaltige Bibliothek ist an den Abenden von 7 1/2—8 1/2 Uhr geöffnet. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt bei Beginn jedes Kursus im Schullokal Grenadierstraße 37, Hof geradezu 1 Treppe, und in nachstehenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Vogel, Lortzingstr. 37; W. Kaczorowski, Ravenstr. 6; Horsch, Engelauer 15.

Alle Zuschriften an den Vorsitzenden Hermann Lammé, Berlin-Rixdorf, Steinmetzstraße 51 III, Geldsendungen an den Kassierer H. Königs, Berlin S. 59, Hasenheide 56.  
Der Vorstand.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Charlottenburg.  
Mittwoch, den 26. April 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstraße 3, kleiner Saal:

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Kassenbericht. 2. Stellungnahme zur Kaffee- 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.  
Mitglieder-Versammlungen:

## Ginseker.

Mittwoch, den 26. d. M., abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5 (Arbeitslokalraum).  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht vom I. Quartal. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

## Bodenleger.

Mittwoch, den 26. April, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 3.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Kaffee. 3. Branchenangelegenheiten.

## Schirmmacher.

Mittwoch, den 26. April, abends 8 Uhr, bei Lehmann, An der Spandauer Brücke 3.  
Tages-Ordnung:  
Kaffee, Branchenangelegenheiten, Wahl von Kommissionsmitgliedern.

## Jalousiearbeiter.

Mittwoch, den 26. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Anton Boeker, Weberstraße Nr. 17.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die Statistik der im Deutschen Reich vorhandenen Jalousiebetriebe und -Arbeiter. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

## Bürsten- u. Pinselmacher usw.

Mittwoch, den 26. April 1911, abends 8 1/2 Uhr, bei F. Preuß, Polzmarktstraße Nr. 65.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Leopold. 2. Die Kaffee. 3. Branchenangelegenheiten.  
82/11

## Deutscher Bauarbeiter-Verband.

Zweigverein Berlin.  
Sektion der Gips- und Zementbranche.  
2 große Mitglieder-Versammlungen.

## Gipsbaubranche.

Rabibühner, Spanner und Träger.  
Dienstag, den 25. April 1911, abends 8 Uhr, in den Arminkäulen, Kommandantenstraße 58/59.

## Betonbaubranche.

Zementierer, Einshaler und Hilfsarbeiter.  
Mittwoch, den 26. April 1911, abends 8 1/2 Uhr, bei Jannasch, Snelstraße 10.  
Tages-Ordnung:  
1. Stellungnahme zum I. Nat. 2. Branchenangelegenheiten.  
Zahlreichen Besuch erwartet Der Sektionsvorstand.

## Borussia-Festsäle.

Ackerstr. 6-7, an der Elsasserstraße.  
Telephon Amt III, 2074.  
Empfehle den verehrlichen Vereinen und Gewerkschaften meine 4 Säle, 150—1000 Personen fassend, von denen zwei mit modern eingerichteten Bühnen versehen sind, desgleichen 2 Vereinszimmer (bis 80 Personen). Auch gestalte ich mir, auf den 600 Personen fassenden, prächtigen Naturgarten mit Bühne hinzuweisen.  
Anlaufes Entgegenkommen.  
Ergebenst  
Georg Wolffgramm.  
NB. Nat und Suni mehrere Sonnabende und Sonntage frei.

## Neu erschlossen! ca. 600 Morgen

Seeparzellen  Rute von 10 Mark an  
Fließparzellen " " " " " "  
Waldparzellen " " " " " "  
Ackerparzellen " " " " " "  
Kulturst. und Bläse kostentlos.  
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

# Selowsky-Cigaretten

Bolero

Caruso

Zenith

als erstklassig anerkannt!

Der Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie.

Während der Woche vor Ostern fand im Volkshaus zu Stockholm der 18. Kongreß der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Schwedens statt.

Der Parteivorsitzende Granting bemerkte in seiner Eröffnungsrede, daß der Kongreß von besonders großer Bedeutung sei.

Erster Punkt der Tagesordnung war der Bericht des Parteivorstandes. Die Mitgliederzahl war am Jahreschluss 1910 55 248. Im Jahre 1911 hat sich wieder ein bedeutender Fortschritt geltend gemacht.

Im Anschluß an die internationalen Kongresse in Paris und Amsterdam erklärt der Kongreß, daß der Eintritt von Sozialdemokraten in ein bürgerliches Ministerium nicht anzuraten ist.

Der Bericht der Reichstagsfraktion wurde schließlich mit 77 gegen 29 Stimmen uneingeschränkt gutgeheißen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung war das Parteiprogramm, das in einzelnen Teilen revidiert und ergänzt werden sollte.

Hier handelt es sich zunächst um die Frage, in welcher Form man den republikanisch-demokratischen Charakter der Partei festlegen wollte.

Nach Auffassung des Kongresses muß ein demokratisches Verwaltungssystem notwendigerweise zum Einkammersystem führen.

Die Abrüstung ist das prinzipiell Wesentliche, das mit aller Kraft angestrebt werden muß, während die sukzessive Minderung der Militärlasten wohl ein energischer Versuch ist.

Die Abrüstung ist das prinzipiell Wesentliche, das mit aller Kraft angestrebt werden muß, während die sukzessive Minderung der Militärlasten wohl ein energischer Versuch ist.

Von der landwirtschaftlichen Bevölkerung Schwedens machen die Kleinbauern, Häusler sowie Landarbeiter den unterhältnismäßig größten Teil aus.

aus den Wäldern verschwinden — dann wird auch die Jenseit mit anderem Gerümpel dahin wandern, wohin sie gehört, auf den — Reichtum!

zur Sozialisierung. — Weitere Ausdehnung des Bodenschatzes des Staates und der Kommunen. Der Boden ist entweder zum Großbetrieb an Genossenschaften, oder unter bestimmten Garantien für die Arbeiter an Privatleute zu überlassen.

Volle Befriedigung hat das hier in Kürze wiedergegebene Agrarprogramm nicht erweckt. Ueber manche Punkte waren in der Debatte abweichende Meinungen hervorgehoben worden.

Der Parteitag beschäftigte sich dann noch mit einer ganzen Reihe anderer Fragen und beschloß unter anderem über ein umfangreiches und gründlich durchgearbeitetes Kommunalprogramm.

„Belämpfung des Alkohols in allen öffentlichen Schulen durch Unterweisung über die Natur des Alkohols und seine Wirkungen auf das Individuum und die Gesellschaft.“

In den Parteivorstand wurden als Vorsitzender Hjalmar Granting, als Kassierer Widman wiedergewählt.

Siebzehnter Parteitag der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Hollands.

Utrecht, 16. April. (Fig. Ver.) Erster Tag. Nachmittags.

Bei den fortgesetzten Besprechungen über die Tätigkeit der Kammerfraktion und des Parteivorstandes schließt sich Tas-Amsterdam IV. der Kritik der Kammerfraktion wegen ihres Auftretens beim „Sittlichkeitsgesetze“ an.

Wüller-Arnheim bedauert gleichfalls, daß die Kammerfraktion geschwiegen habe, als in der Kammer scharfmacherische Mahnungen gegen Ausständige verlangt worden seien.

Verbeek-Rieuwendaam bedauert das Ausschleiden der Genossin Roland-Golst aus der Redaktion des „Weekblad“, auch daß diese, weil sie ihre Ansichten nicht durchsetzen konnte, sich von ihrer Tätigkeit für die Arbeiterbewegung zurückgezogen habe.

balles leisten darf. Es ist gleichsam eine Zeitung in Bildern; auch der Schauerromon, die usige Novelle fehlt nicht. Und auf einmal ist das Kino, das man nicht ernst nimmt, ernsthaft geworden.

Humor und Satire.

Der alte Herr ruft auf zum Sturm. Gottchen, da hat im Herrenhause (In Preußen natürlich) so ein Greisichen

Sich aufgerappelt mit seinem Steißchen Und dieses gehulst (Achtungspause):

Tätä — ich kann nun nicht mehr schweigen — Pf — pf — ich fühle die Lust mir entweichen (und Irde doch an verhaltenen Winden),

Sturzum: die Blüten des Umsturzes steigen! Ich fühl's: es haben sich Katastrophen!

Dem — deh — der Geiser der roten Genossen Ist — pf — nun schon bis zum Landrat geschossen! Kein Ferkel styt mehr gerühmt am Ofen!

Witzgeise, Perrens und Patrioten — Gedenk — tätä — der Pariser Kommune! Nicht mächtig vom Leder — hup — die fühne Haltung entwaffnet schon die Roten!

Gottchen, so sprach im Herrenhause (In Preußen natürlich) so ein Greisichen Und setzte sich aufgeregt aufs Steißchen Und verlangte nach einer kalten Bräuse.

(Peter Eger im „Simplicissimus“.)

Notizen.

— Musikchronik. Die Komische Oper wird im Mai unter Garas Leitung zehn Festspielabende veranstalten, an denen eine Anzahl auswärtiger Gäfte mitwirken werden.

Kleines Feuilleton.

Kunst und Zensur. Im „Tag“ schrieb dieser Tage der Kesthet Oscar A. S. Schmitz über die Zensur. Schmitz ist für den Gegner der Bourgeoise wertvoll, weil er fast der einzige aus ihrem Lager ist, der sich unverblümt mit den unglücklichsten Ansichten herbeiwagt.

Menschen mit höherem Einkommen sind sozial nicht leicht erregbar. . . . Es ist bekannt, daß die Privilliegier der höheren Gesellschaftskreise nicht annähernd so bedenklich im Interesse der Allgemeinheit ist wie die Verberbernis im Mittelstand oder gar im Volke.

Die Frage wird verkommen, ob Jolas Mama gut oder schlecht ist. Natürlich ist sie gut, aber zu einer Mark pro Band in Warenhäusern verkauft, ist sie ein großes Uebel.

Als die Fähigkeit, Schmutz von Kunst zu unterscheiden, wäre eine Frage des Einkommens? Jedem Arbeiter sein Gebetbuch und jedem Legationsrat seine Aufstuden! — Die Erziehung zur Kunst geschieht natürlich nicht durch „Verbieten“, sondern durch Vesserung des Unterrichts (Schulelend, Herr Schmitz!)

Wegen sich die Damen im Residenz-Theater jeden Abend vor der angenehmen gelipelten Zuhörerschaft an- und ausziehen, wenn nur nicht eine „Freie Volkshölle“ es sich einfallen läßt, ein soziales Drama aufzuführen!

Das Fraktionsmitglied Heisingen habe dargelegt, der Fraktion sei es darum zu tun, die Slaverei in den Vorstellen abzuheben.

Abgeordneter Eugenholz meint, er müsse sich doch wohl sehr schlecht ausgedrückt haben, wenn selbst Genosse Troelstra ihn nicht verstanden hätte. Die Sache aber stehe so, daß das holländische Ministerium des Inneren sich in den letzten Jahren ganz besonders freundlich gegenüber Deutschland verhalten habe. Um die Liebertätigkeit der Freundschaft Deutschland gegenüber festzustellen, habe Redner gemeint, daß der Minister, für den das Königspaar der Vertreter von Belgien sei, etwas über dessen Besuch in der Thronrede habe sagen müssen. Vielleicht habe er, Redner, sich bei seiner Kritik zu kurz gefaßt.

Abgeordneter, Parteivorsitzender Genosse Vliegen erklärt betreffs des Amsterdamer Austritts, daß das Eingreifen der Fraktion in diese Angelegenheit allerdings seine Sache gewesen sei. Ganz bewusst, sagte der Redner, habe er aber dies unterlassen. Gerne nehme er die Vertretung von Arbeitern, die im Kampfe stehen, auf sich. Aber hier hätten die Streikenden zu drei Vierteln unrecht gehabt. Er habe nicht erst zugehört können, daß die Parteigenossen als Streikbrecher behandelt worden seien und danach ein paar Entschuldigungen für die Streikenden sammeln können. Die Kammerfraktion nehme die Angelegenheit nicht auf ihre Rechnung. Der Minister habe den beiden Abgeordneten, die verschärfte Maßregeln gegen Streikende forderten, nichts zugesagt. Die anarchistischen Gewerkschaften machten sich nichts aus den anderen Organisationen, proklamierten auf eigene Faust Streiks und behandelten dann die Mitglieder der anderen Organisationen als Streikbrecher. Das Tun der Streikenden habe man zu drei Vierteln mißbilligen müssen und die reaktionären Herren hätten gewiß aus den Worten des Fraktionsredners Nahrung geschlagen. Das Schweigen der Fraktion sei keine Unterlassung gewesen, sondern es sei abichtlich geschehen. Die Freiheit bringe in Gefahr, wer sie mißbrauche; glücklicherweise hätten die modernen Organisationen Anwendung von Gewalt nicht nötig. Sollte man aber von bürgerlicher Seite mit irgendwelchen schädlichen Maßregeln antworten, dann werde die Fraktion sich widersetzen. Redner, der den Streik einen anarchistischen Anwalt nennt, sagt, daß hieraus niemand eine Waffe gegen die Arbeiterbewegung schöpfen dürfe.

Der Beschlusses wegen des geringen Fortschritts der Partei sei unangebracht. Das Jahr 1910 sei ein stilles gewesen. Habe man letztes Jahr über den ungünstigen Wahlausfall auf dem Lande geklagt, so seien jetzt dort Organisationen entstanden. Nun flage man über den Stillstand in den Städten. Redner erwartet von der Aktion für das Wahlrechtspetitionnement günstige Resultate.

Hieraus wird über die Redaktion von „Het Volk“ und dessen marxistische Wochenbeilage „Het Weckblad“ verhandelt.

Wolda-Leiden gibt seiner Bemerkung Ausdruck über die Art und Weise, in welcher die „Volk“-Redaktion die Arbeiter bekämpft, wobei sie die richtigen sozialistischen Ansichten propagiere. Den Liberalen gegenüber jedoch gehe dies nicht in gleicher Weise. Betreffs des Wahlrechtskampfes habe sie nicht auseinandergelegt, daß die Liberalen ebenfalls Gegner des unveränderten Wahlrechts seien als die Sozialisten. „Het Volk“ dürfe nicht sagen, die alte Wahlrechtsliebe der Liberalen erwache wieder und dergleichen. Die richtige Schlussfolgerung von „Het Volk“ müsse sein, daß es den Liberalen darum zu tun sei, die Arbeiter bei den Wahlen von 1913 vor ihrem Wagen zu spannen. Genossen, die in bestimmten Fällen eine abweichende Meinung hätten, dürften nicht als Schammeister und Nichtswisser heruntergemacht werden. Das Verhalten der „Volk“-Redaktion gegenüber der S. D. P., deren Austritt schädlich sei für das Proletariat, müsse scharf sein, aber nicht beschimpfend; es seien Sozialdemokraten und Verbitterung dürfe nicht erweckt werden. (Beifall.) Es sei danach zu streben, daß die augenblickliche unglückliche Uneinigkeit eine spätere Wiedervereinigung nicht unmöglich mache. (Beifall.)

Vleming-Jwolle spricht seine Anerkennung für die das sozialistische Vertiefen befördernden Beiträge der Genossen Wibaut, Dr. Heegmans u. a. aus.

Kupper-Blaricum tritt namens seiner Abteilung für die Ernennung eines Chefredakteurs für „Het Volk“ ein, welchen Antrag er als Kritiker der gegenwärtigen Redaktionsführung aufgeführt wissen will. Die redaktionelle Leistung genüge nicht den Anforderungen, welche die Partei an sie stellen könne. Man brauche ein Blatt, das die sozialistische Einsicht vertiefe und den Idealismus stärke. Redner führt Beispiele an aus Artikeln, welche eine Verkennung der wissenschaftlichen Heranbildung und Auffklärung zeigen. Ein wissenschaftliches Fundament sei für einen Redakteur unentbehrlich. Die Genossen Kautsky, Troelstra, Wibaut und — außerhalb der S. D. P. — Genosse Vorier verstanden es, in sehr einfacher Weise wissenschaftliche Fragen zu behandeln. Gabe Wibaut für gelehrte Theoretiker auch nichts Neues im Blatte, so gewähren seine Beiträge doch nicht nur der ungeschulten Masse, sondern auch den Intellektuellen Genuss. (Beifall.) Die Redaktion kann mit solchen ausschließlich niederen Menschen, wie die Redakteure jetzt sind, nicht auskommen. Viel zu wenig Artikel über den Sozialismus erschienen in „Het Volk“. Da es aber momentan an einem geeigneten Chefredakteur fehle, so habe Redner seinen Antrag dahin abgeändert, eine Redaktion aus den Genossen Troelstra, Vliegen und Wibaut einzusetzen.

Vorsitzender Vliegen beantragt, daß die Redaktion nunmehr zum Worte komme und damit die Diskussion geschlossen werde.

Keefing-Amsterdam III widerspricht dem. Schluß der Debatte könne den Eindruck erwecken, daß die Redaktion die Kritik fürchte.

Vorsitzender Vliegen hält als solcher Schluß erwünscht, weil das Gesagte unüberwindlich vorgebracht ist und man heute morgen beschlossen habe, diesen Teil der Tagesordnung noch heute zu behandeln. (Proteste.)

Vleming-Jwolle: Laßt die übrigen Parteivorstandsmitglieder sich auch ausprechen!

Vorsitzender Vliegen: Der Parteitag muß beschließen, ob die Diskussion geschlossen werden soll.

Durch Handrücken wird von einer starken Mehrheit unter Beifall und zustimmenden Zurufen die Fortsetzung beschlossen. Vorsitzender Vliegen protestiert gegen dieses „gehässige Gejübel“. Er fürchte sich vor keiner Kritik.

Schließlich werden jedem Redner 5 Minuten Redezeit zugestanden. Nach weiterer Debatte wird schließlich die Fortsetzung der Diskussion auf morgen vertagt.

Utrecht, 17. April. (Fig. Ver.)

Zweiter Tag. Vormittag.

Vorsitzender ist heute Gen. J. S. Schaper. Die Diskussion über „Het Volk“ wird fortgesetzt. H. Spielman-Notterdam erklärt, seine Noterdamer Korrespondenzen nicht mehr schreiben, aber seine weitere Mitteilung an „Het Volk“ aber mit der Redaktion verhandeln zu wollen. Er verteidigt im übrigen die Redaktionsführung.

H. M. Wibaut, Mitglied des Parteivorstandes und Redakteur von „Het Weckblad“, würde, falls in der Partei die geeignete Persönlichkeit hierfür zu finden sei, für einen Chefredakteur eintreten, doch nicht für eine kollektive Redaktion. Zwar sei „Het Volk“ wohl noch zu verbessern, doch sei es ein gutes Blatt, besonders wenn man den wenig zahlreichen Redaktionsstab und die geringen finanziellen Mittel in Betracht ziehe. Die Verbesserung müsse jedoch in anderer Richtung gesucht werden.

Troelstra erklärt sich ebenfalls gegen eine kollektive Hauptredaktion. „Het Volk“ sei natürlich nicht mit dem „Vorwärts“ oder der „Wiener Arbeiterzeitung“ zu vergleichen, es stehe aber hoch über der Parteipresse anderer Länder. Der Kampf der Arbeiter in der Partei habe in den letzten Jahren die Bildungsorganisation verhindert, doch sei nun freie Bahn geschaffen, und wenn das Weid vorhanden sei, fände das auch „Het Volk“ zugeht. Der Parteivorstand werde dann aus eigener Initiative das Nötige tun.

H. S. Vliegen beantragt namens der Redaktion die geübte Kritik. Es seien alte Töne, die man jedes Jahr höre. Die Fortsetzung des Delegierten von Leiden, die Redaktion müsse gegen die

Liberalen ebenso scharf vorgehen, wie gegen die Sozialisten, sei unter den augenblicklichen Umständen eine unsinnige Forderung. Man könne nicht in gleicher Weise gegen die Parteien kämpfen, welche sich für das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen hätten, wie gegen dessen Gegner. Wir werden das nicht tun, auch wenn Ihr hundertmal mit Eurer Forderung kommt. Redner weist die Klagen über persönliche Bekämpfung einzelner Marxisten zurück. Kupper habe sehr geringe Fühlung mit den Arbeitern. Wollte man ein Programm für eine Veränderung in dem Parteiblatt, dann müsse man mit konkreten Dingen kommen. Wichtig sei, daß das Parteiorgan nicht genügend theoretische Artikel enthalte. Die Redaktion habe hierzu bei ihrer dringenden Tagesaufgabe keine Zeit. Theoretisch ausgebildete Genossen müßten Mitarbeiter von „Het Volk“ werden. Betreffs der Heranbildung von Propagandisten sei nicht alles vom theoretischen Unterricht zu erwarten; dazu gehöre auch ein wenig Mut der betreffenden Genossen. Die jetzige kollektive Redaktion sei die beste Form. Man dürfe den Genossen nicht fortwährend suggerieren, daß „Het Volk“ schlecht sei. Das dümpfe die Kampfeslust. „Het Volk“ sei mit dem „Vorwärts“ und der „Humanität“ nicht zu vergleichen, da die Redaktionskosten des ersteren 65 000 M., die der letzteren, mit der „Het Volk“ wohl konkurrieren könne, 90 000 Frank betragen. Die Verbesserungsmöglichkeit sei eine Geldfrage, d. h. mehr Raum und mehr Redaktionsmitarbeiter. Das Parteiorgan mache stetig Fortschritte in seiner Abonnentenzahl, wenn auch noch zu langsam. Mitarbeiter seien nötig, um „Het Volk“ zu einer scharfen Waffe im Klassenkampfe zu machen. (Beifall.)

Wibaut bespricht als Redakteur der marxistischen Wochenbeilage das Ausschreiben der Genossen Gertrude Roland-Holtz aus der Redaktion und ihre Ersetzung durch den Genossen van der Goes. Seiner Ansicht nach sei „Het Weckblad“ im vorigen Jahre als Kampfesblatt der marxistischen Richtung besser gewesen, dieses Jahr jedoch sei es besser für die Verbreitung der marxistischen Ansichten innerhalb der Partei. (Beifall.) Das könne aber auch an der Partei selbst liegen. Die marxistische Auffassung in Theorie und Praxis sei in der Partei verankert worden. Als Hauptaufgabe betrachte die Redaktion von „Het Weckblad“ die Vertiefung der tatsächlichen Auffassungen, und sie sei erfreut, daß sie in letzter Zeit keinen Kampf gegen die Auffassungen der Parteimehrheit zu führen habe.

Hiernach wird über verschiedene Anträge abgestimmt, wobei der Antrag betreffs Ernennung einer dreiköpfigen Hauptredaktion mit fast allen Stimmen verworfen wird, ebenso der auf Abschaffung der Korrespondenzen des Noterdamer Genossen Spielman.

Die jetzigen Redaktionen von „Het Volk“ und „Het Weckblad“ werden wiedergewählt.

Der nächstjährige Parteitag soll zu Leiden abgehalten werden.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Eine Frauenwahl.

Das „Centralblatt des Bundes deutscher Frauenvereine“ berichtet über einen vernünftigen Beschluß, den die Gemeindeverwaltung des kleinen Dries Herringhausen faßt.

Vor einiger Zeit verstarb die dortige Gemeindefrauen. Als Bewerberinnen für das verwaltete Amt meldeten sich acht Frauen; fünf von diesen setzte die Gemeindeverwaltung auf die engere Wahl. Die endgültige Auswahl wurde ihr jedoch so schwer, daß sie sich sagte: Wir wollen die Gebamme von unseren Frauen wählen lassen! Die Frauen Herringhausens wurden deshalb zur Gebammenwahl eingeladen. Es erschienen 24 und wählten durch Stimmzettel einstimmig dieselbe Kandidatin.

Man sieht, daß diese Frauen das ihnen zugestandene Wahlrecht offenbar sehr ernst nahmen, und hat das bestimmte Gefühl, daß sie bei ihrer Wahl auch das Nützte trafen. Den vernünftigen Gemeinderäten von Herringhausen ist es aber sicher nicht eingefallen, daß die Frauen auch an anderen Wahlen als an denen einer Gebamme ein nicht zu verkennendes Interesse haben, daß sie solchen Wahlen gewiß daselbst Verständnis entgegenbrächten und daß es ein Unrecht ist, sie von der Teilnahme an diesen zurückzuhalten.

### Aus aller Welt.

#### Schwere Grubenkatastrophe auf Zeche Lucas.

Auf der nahe Dortmund gelegenen Zeche Lucas brach in der Nacht zum Sonntag auf der ersten Sohle ein Grubenbrand aus. Eine Anzahl Arbeiter war damit beschäftigt, durch Vermauerung der Zugänge den Brand zu lokalisieren. Die im Stollen angesammelten giftigen Grubengase brachten die bei den Maurerarbeiten Beschäftigten in Gefahr. Ein Mann konnte noch rechtzeitig den Luftschacht erreichen und so der Betriebsleitung von der Katastrophe Mitteilung machen. Die sofort vorgeschickten Rettungsmannschaften unter Leitung des Bergwerksinspektors Klein gestalteten sich sehr schwierig, da die Rettungsmannschaften in Gefahr gerieten, von den giftigen Gasen betäubt zu werden und zu erstickten. Schließlich sanken elf Bergleute und der Inspektor ohnmächtig zusammen. Zur Hilfeleistung wurde die städtische Feuerwehr herangezogen, die durch Sauerstoffpompung die Bergleute ins Leben zurückrief. Die bei dem Bergwerksinspektor angestellten Wiederbelebungsversuche waren jedoch erfolglos. Alle Erkrankten wurden dem Krankenhaus zugeführt, auch zwei Feuerwehrleute, die bei den Rettungsarbeiten giftige Gase einatmeten, wurden dem Krankenhaus überwiesen. Im Laufe des gestrigen Tages konnten von den eingelieferteten Kranken neun die Anstalt verlassen.

Ueber die Verhältnisse auf der Unglücksgrube meldet uns ein Privattelegramm: Die Zeche Lucas gehört der Aktiengesellschaft für Bergbau, Eis- und Zinkfabrikation zu Stolberg. Dieser Gesellschaft gehört auch die Dortmund Zinkgrube, die in der letzten Zeit durch den Streik der Zinkhüttenarbeiter viel dadurch von sich reden machte, daß sie den krassesten Herrn-im-Hause-Standpunkt vertrat. Die Zeche Lucas selbst ist im gesamten Vordere durch verhältnismäßig häufige Unfälle bekannt. Im Dezember des vergangenen Jahres brach wegen dieser Verhältnisse ein Streik der gesamten Belegschaft aus. Damals wurde von der Verwaltung der Zeche mit Eifer betont, es beständen überhaupt keine Verhältnisse. An der Stelle, an der sich gestern das Unglück ereignete, sind vor einer Woche zwei Bergleute verunglückt. Ueber den Brand, der am Sonntag zu dem Unglück geführt hat, hat die „Arbeiter-Zeitung“ schon vor einigen Tagen berichtet. Die Arbeiter, die auf jener Stelle arbeiteten, bezeichneten den Ort als schon längst nicht geheuer. Die Morgensicht ist nicht angefahren. Ten Arbeitern in dem nicht gefährdeten Teil wurde das Anfahren freigestellt. Indessen fuhrten insgesamt nur 14 Mann an. Alle Bergleute, die seit 20 Jahren in die Grube fahren, sagen, sie hätten nicht gesehen mit einer solchen Fülle von Verhältnissen gesehen. In gegenständlichen Blättern konnte man in den letzten Monaten dagegen lesen, daß es auf Lucas keine Verhältnisse gebe. Ein offenbar von der Verhöhnung des bergbaulichen Vereins inspirierter Artikel durchlief unter der Überschrift „Ein frivoler Streik auf Lucas“ erst kürzlich die bürgerliche Presse. Die Herren sind mit ihren Behauptungen in plausibler Weise durch das jetzige Vorkommnis widerlegt.

### Wasserhaub-Nachrichten

Der Landeshaushalt für Gewässerhaub, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserhaub	am 23. 4.	seit 22. 4.	Wasserhaub	am 23. 4.	seit 22. 4.
Remel, Elbe	326	-14	Saale, Gochsitz	84	-6
Regel, Unterberg	-6	0	Saale, Spanbau	93	-7
Seigels, Elbe	164	-6	Saale, Rathenow	158	-2
Ober, Havel	240	-1	Spree, Sternberg	84	-2
Krossen	167	-3	Spree, Borsdorf	143	-2
Frankfurt	-	-	Spree, Müritzen	-70	-5
Wärthe, Schrum	90	-4	Wend. Müritzen	10	-4
Landberg	114	-6	Rhein, Magdeburg	205	+2
Rege, Borsdorf	53	-4	Raub	172	+1
Elbe, Lützelitz	72	+2	Raub	161	-1
Dresden	-53	+4	Redar, Gellbrunn	69	-8
Harbo	205	+2	Rain, Berthel	-	-
Wagdeburg	164	0	Wolke, Leier	-	-

) + bedeutet Waß, - Faß. - ) Unterpostel.

### Todes-Anzeigen

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. Köpenicker Viertel. Bezirk 208 II.**  
Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Wauer **Heinrich Kutner** Schleichstr. 25 gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.  
218/8

**Sozialdemokratisch. Wahlverein Bezirk Weißensee.**  
Am 22. d. Mts. verstarb unser langjähriger Parteigenosse, der Schanwitz **Wilhelm Dittmann** nach langem Leiden.  
Wir werden demselben ein dauerndes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 23. April, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Niederschönhausen-Neubau aus statt.  
18/3 Die Bezirksleitung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirksverwaltung Groß-Berlin. Nachruf.**  
Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkensläger **Albert Skibbe** am 15. d. Mts. im Alter von 71 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Droschkensläger **Johann Schimkus** am 21. d. Mts. im Alter von 63 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes, Müllerstraße, aus statt. 07/14  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksverwaltung.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitglidern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Julius Rohloff** am 21. April gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 23. April, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Friedens-Kirchhofes in Niederschönhausen-Neubau aus statt.  
22/12 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin. Nachruf.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Tischler **Carl Heyer** am 15. April er. an Blinddarmentzündung gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
115/18 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Groß-Berlin).**  
Den Mitglidern zur Nachricht, daß unsere Kollegin **Marie Funk** am 21. d. Mts. verstorben ist.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Biederfelder Gemeindefriedhofes, Rastendorfer Weg, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
60/13 Die Ortsverwaltung.

**Todes-Anzeige.**  
Am Samstag, den 22. April, früh 1 Uhr, entfiel nach langem, schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter **Anna Philipp** geb. Bussel.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
Hildorf, den 24. April 1911.  
Die trauernden Hinterbliebenen:  
Gottfried Philipp und Kinder.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, 23. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Hildorfer Gemeinde-Friedhofes, Rastendorfer Weg, aus statt.

**Dankjagung.**  
Für die herzliche Teilnahme und die vielen Kranzpenden bei der Beerdigung meiner unvergesslichen Mutter sage allen Bewandern, Bekannten und Freunden meinen tiefgefühltesten Dank.  
Krampeuburg, 24. April 1911.

**Dankjagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Beteiligten, insbesondere dem Deutschen Holzarbeiterverband, dem Wahlverein und den Kollegen der Henna Dammann u. Gröndorf meinen innigsten Dank.  
40623

**Robert Voigt.**

**Witwe A. Siebigt.**  
**Dankjagung.**  
Für die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unersetzlichen Dankes sagen wir dem Gewerksverein „Gehilfenverein Niederstapel“ unseren herzlichsten Dank.  
Witwe **Goebel** und Kinder.

In überwältigender Fülle sind uns beim Tode unseres lieben Gatten, Vaters und Schwiegervaters herrliche Worte der Anteilnahme und herrliche Zeichen der Verehrung entgegengebracht worden, daß wir außerstande sind, jedem einzelnen unseren innigen Dank auszusprechen.  
Insbesondere danken wir der Berliner Parteileitung, allen Organisationen und den zahlreichen Teilnehmern an dem imposanten Trauerrzuge sowie den Sängern und den drei Rednern.  
Berlin, Lychener Straße 132.  
**Frau Minna Borgmann** nebst Kindern.

**Florians Zahnpflege-Kasten,**  
Zahnpulver, Zahnbürste, Mundwasser (Preis zusammen nur 1 M.)  
Zu haben in Konsumvereinen, Genossenschaftlichen und einschlägigen Geschäften sowie 10 Stück M. 8.50, 24 Stück M. 18.—, franko Nachnahme durch das **Mediz. Warenhaus, Karlstraße** oder direkt durch die **Chemischen Werke, Florian u. Co., Britz-Berlin.**

Proben und Preisliste kostenfrei

# Bettfedern - I Gustav Lustig

Fabrik mit elektrischem Betriebe

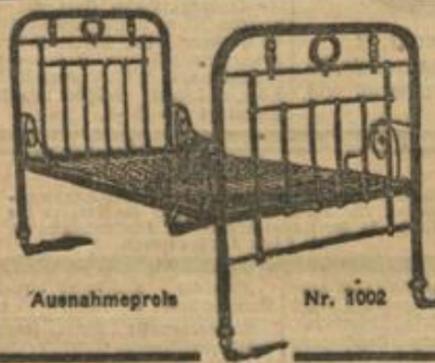
BERLIN S  
Prinzen-Str. 46 u. 47

## Bettfedern

zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25,  
2,50, 3,00, 3,50 bis 6,00 M. pro Pfund.

## Daunen

zu 2,85, 3,50, 4,50, 5,00, 6,50 bis 9,00 M.



**Metall-Bettstelle**  
Mit Zugfeder-  
Matratze,  
schwarz oder  
weiss lackiert,  
Ringe, Trallien  
im Kopf- und  
Fußteil von  
Messing,  
Pfosten 30mm  
stark,  
190 x 90 cm

Ausnahmepreis

Nr. 1002

**26<sup>00</sup>**  
M.

**Halbwollene Schlafdecken** 4<sup>00</sup>  
mit Streifenbordüre 140x190 cm . . . . . M.

**Kamelhaardecken** 9<sup>00</sup>  
140x190 cm . . . . . M.

**Steppdecken** von Seidenglanz-Satin,  
doppelseitig mit weisser  
Wattfüllung, Cordo oder oliv . . . . . M. 9<sup>50</sup>

**Oberbetten** 190x200 cm, echt tür-  
kisch rotes und dichtes  
Inlett, mit Menopoldauen gefüllt . . . M. 17<sup>00</sup>

**Daunensteppdecken** von tür-  
kisch  
gemustertem, daunendichtem Stoff, mit  
federfreien Daunen, in div. Mustern ab-  
gesteppt, 160x210 cm . . . . . M. 24<sup>00</sup>

**Daunensteppdecken** von Seiden-  
glanz-Daunensatin, mit federfreien Daunen,  
in div. Farben vorrätig, 160x210 cm . M. 29<sup>00</sup>

Ausnahmepreise nur gegen Vorzeigung des Inserats

## Fertige Betten

bestehend aus Oberbett, Unterbett und 2 Kissen  
zu 12, 15, 19, 24, 28, 31.50, 45, 54, 61, 75, 90 bis 120 M.

## Bettinlette

vom Stück das Meter zu 0,50, 0,75, 0,90, 1,00, 1,20,  
1,50, 1,70, 2,10, 2,40, 2,85, 3,50 bis 4,50 M.

Fertiggenäht zu gleichen Preisen wie vom Stück.



**Metall-Bettstelle**  
Mit Zugfeder-  
Matratze,  
schwarz oder  
weiss lackiert,  
190 x 90 cm

Ausnahmepreis

Nr. 1001

**13<sup>00</sup>**  
Mark

## Die dunkelste Ecke

wird taghell,

wenn Sie auf Ihrer Lampe

## Urania-Salonoel

brennen.

Wenn Sie die Sicherheit haben wollen, das seit Jahren rühmlichst bekannte

## Urania-Salonoel

(der Name ist gesetzlich geschützt)

zu erhalten, dann fordern Sie beim Einkauf nicht nur „Salonoel“, denn unter dieser Bezeichnung wird sehr oft ein Gemisch mit billigeren Sorten verkauft.

Nur der volle Name

## Urania-Salonoel

bietet Ihnen die Garantie, das unverfälschte  
amerikanische

## Sicherheits-Petroleum

zu erhalten. 215/5\*

## Urania-Salonoel

bietet größtmögliche Sicherheit gegen Ex-  
plosionsgefahr bei höchster Leuchtkraft.  
Keine Verwechslung mit österreichischem  
(galizischem) Petroleum.

Nebenehendes Plakat bezeichnet die Ver-  
kaufsstellen.



Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft.



In Dosen zu 10, 20 und 25 Pf. überall erhältlich.  
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

Der Verkauf der Abonnements-  
garderoben von J. Stock & Co.,  
größtes Abonnementshaus Berlins,  
befindet sich jetzt Chausseestr. 1,  
Eingang Elsasser Straße. Anzüge  
und Paletots von 10 Mark an. :: ::

## Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen zu Berlin.

Bilanz am 31. Dezember 1910.

	RM.	100
<b>Aktiva</b>		
Stück nicht eingelieferte Einzahlung von 75% auf den Aktien Nr. 40 001-50 000	7 500 000	—
Ban- u. Grundbesitz- Konto d. Bahnanlage	59 890 971	51
Ban- u. Grundbesitz- Konto d. Erweiterung- linien	15 851 189	14
Konto Kraftwerk und Betriebsstätten	8 129 624	25
Konto Betriebsmittel	7 013 097	06
Vorrät. Betriebsmater.	89 436	44
Grundstücke und Ge- bäude	4 391 855	26
Barreinebestand	1	—
Ruffe	75 820	43
Rezepturen	1 439 064	03
Guthaben bei der Deutschen Bank	4 063 928	88
Verchiedene Debitoren	6 805 889	65
	116 182 897	24
<b>Passiva</b>		
Stiftkapital	50 000 000	—
Gesetzl. Reservefonds	1 811 200	72
4% Schuldverschreib. Ausgabe 1899	7 749 500	—
3 1/2% Schuldverschreib. Ausgabe 1906	7 118 500	—
4% Schuldverschreib. Ausgabe 1907	10 000 000	—
4% Schuldverschreib. Ausgabe 1909	15 000 000	—
4% Schuldverschreib. Ausgabe 1910	10 000 000	—
Hypotheken auf erwer- benden Grundstücken	1 797 650	—
Bahnanlage Zugs- lands	612 700	—
Erneuerungsfonds	3 122 903	69
Fonds f. anlagenrechtl. Ausgaben im Betriebe	500 000	—
Rückstellg. f. d. Zalon- steuer	148 000	—
Im Jahr 1911 fällig werdende Schuldver- schreibungsfinsen für das Jahr 1910	708 448	83
Noch nicht eingel. gehoite Schuldversch. Kass nicht erhaltene Dividende und Zinsen a. Schuldverschreibg.	4 725	—
Verchiedene Kreditoren	95 859	25
Reisegeldm d. Jahres 1910	4 214 292	66
	3 070 930	89
	110 182 897	24

# MAGGI<sup>S</sup> Bouillon-Würfel zu 5<sup>Pf.</sup>

für  
1/4-1/3 Liter



sind allein echt

mit dem Namen **MAGGI** und dem Kreuzstern.



# MANOLI

Cigarettes

## Beliebte Specialmarken Abbas Dandy Gibson Girl

### Dr. Simmel

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

### Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei.  
Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und indischen  
Lanzkraut.) Dr. H. Unger in Würzburg.  
In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Grait-  
Apothek, Bernauerstraße 33. - Wänden: Schützen-Apothek. - Stutt-  
gart: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

# Möbel

liefert auf Teilzahlung  
bequeme Teilzahlung  
bei kleinster Anzahlung in be-  
kannter Güte  
(mit größter Rücksicht bei Krank-  
heit und Arbeitslosigkeit)  
E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

## Der Hausfrau Stolz!

Idealster Fensterputz ges. gesch. Spart Zeit, Geld  
und Arbeit. Kein Putzleder,  
Eimer und Schwamm mehr nötig. Kein Fasern  
und Schmirer. Fenster und Spiegel werden, un-  
abhängig von jeder Witterung, blitzschnell sauber.  
Preis 15 Pfennig

Idealster Metallputz ges. gesch. Sauber, sparsam  
frei von öligen, üblem Geruch.  
Macht Putzflächen nicht schmierig. Reinigt, ohne  
anzugreifen, alle Metalle blitzblank und schnell.  
Preis 20 Pfennig

MA-KE-HE darf in keinem Haushalt fehlen!  
Allein-Fabrikanten: MA-KE-HE Ges. m. b. H., Leipzig, Tel. 787.  
Ehrlich in den einschlägigen Geschäften.



# Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.  
Wolle-Reste! Moquette,  
Plüsch-Plüsch.  
Muster bei näherer Angabe  
franko.  
Berlin, Oranienstr. 158.

# Pollmanns Bandagen

Geschäft, nebst Artikel zur  
Gesundheits- u. Krankenpflege,  
Verbandstoffe, Gummiwaren etc.  
Berlin N., Köpplinger Str. 60.  
Lieferant für Krankenkassen.  
Eigene Werkstatt.

# Syphilis-Nachweis

in allen frisch u. veraltet, zwölffach.  
Fall durch wissenschaftl. Untersuchung.  
Sofort; desgl. Darm (bes. auf Go-  
norrhoe-Bakterien) u. Sputum-Analyse.  
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat.,  
Friedrichstr. 189, am Kronen-  
und Köpenickerstr., I. 8724. Verh. Abdr.  
biel. u. kostenl. Geöffnet von 8-8  
Sonntags von 12-1.

### Jedes Wort 10 Pfennig.

Das fettgedruckte Wort 20 Pfg. (zuzüglich fettgedruckte  
Worte). Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen  
5 Pfg.; das erste Wort fettgedruckt 10 Pfg. Worte  
mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

### ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahme-  
stellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis  
12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69,  
bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Radfahrer Rauerhoff, Kurze Straße 9, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Moritzplatz 58a im Rathaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavaliere getragene Jacketts, Rodanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenjackets, Kostümen, Kleidern, früher bis 100 Mark, jetzt 10 bis 20 Mark (hochlegant). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Bänder, Aussteuerwäse, Betten, enorm billig, Moritzplatz 58a. 2219R\*

Ottostraße 2, nahe der Turmstraße, im Laden, erhalten Sie solide gearbeitete Möbel jeder Art, wofür jede gewünschte Garantie übernehmen, zu außerordentlich billigen Preisen. Solide Leuten gewähre Teilzahlung mit nur geringem Aufschlag. Bei größerer Anzahlung auch ohne Aufschlag. Befestigung ohne Kaufzwang erbeten. B. Kirlein.

Woebel-Weibel, Moritzplatz 58. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhaus haben in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 104,-, 360,-, 492,-, modern 479,-, 2 Zimmer und Küche modern 501,-, 667,-, 721,-, Schlafzimmer, englisch 199,-, modern, echt Eiche 347,-, Wohnzimmer, modern 297,-, Speisezimmer 355,-, Herzzimmer 200,-, englische Bettstelle mit Matratze 44,-, Kleider- und Schrank 30,-, Truemeu, gelacktes 55,-, Umbau 10,-, Teppiche, Riefenlager. Befestigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Jagdverleichte- rungen. Gedruckt 8-8, Sonntag 8-2. Rein Laden. Verkauf nur im Jagdverleichte. Rusterbach F. groß 1905R\*

Gebrauchte Pianinos und neue 100 zur Auswahl. Panzerplatte, bestes Material, große Tonfülle. Teilzahlung, auch ohne Anzahlung. Befestigung ohne Kaufzwang. Hofpianosfabrik Rantke, Potsdamerstraße 27b. Billige neue Pianinos 400,- an.

Einfach möbliertes Zimmer Pariserstraße 17, Bad. 1462b  
Parteiengenoße (nicht freundlich) möbliertes Zimmer Köpplinger Str. 61, I. rechts. 1466b  
Saubere möbliertes Zimmer, 1. Nat. Friedrich, Abendsbergerstraße 23, dort IV, Ede Späme- münderstraße. 1460

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Radfahrer Rauerhoff, Kurze Straße 9, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Moritzplatz 58a im Rathaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavaliere getragene Jacketts, Rodanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenjackets, Kostümen, Kleidern, früher bis 100 Mark, jetzt 10 bis 20 Mark (hochlegant). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Bänder, Aussteuerwäse, Betten, enorm billig, Moritzplatz 58a. 2219R\*

Ottostraße 2, nahe der Turmstraße, im Laden, erhalten Sie solide gearbeitete Möbel jeder Art, wofür jede gewünschte Garantie übernehmen, zu außerordentlich billigen Preisen. Solide Leuten gewähre Teilzahlung mit nur geringem Aufschlag. Bei größerer Anzahlung auch ohne Aufschlag. Befestigung ohne Kaufzwang erbeten. B. Kirlein.

Woebel-Weibel, Moritzplatz 58. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhaus haben in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 104,-, 360,-, 492,-, modern 479,-, 2 Zimmer und Küche modern 501,-, 667,-, 721,-, Schlafzimmer, englisch 199,-, modern, echt Eiche 347,-, Wohnzimmer, modern 297,-, Speisezimmer 355,-, Herzzimmer 200,-, englische Bettstelle mit Matratze 44,-, Kleider- und Schrank 30,-, Truemeu, gelacktes 55,-, Umbau 10,-, Teppiche, Riefenlager. Befestigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Jagdverleichte- rungen. Gedruckt 8-8, Sonntag 8-2. Rein Laden. Verkauf nur im Jagdverleichte. Rusterbach F. groß 1905R\*

Gebrauchte Pianinos und neue 100 zur Auswahl. Panzerplatte, bestes Material, große Tonfülle. Teilzahlung, auch ohne Anzahlung. Befestigung ohne Kaufzwang. Hofpianosfabrik Rantke, Potsdamerstraße 27b. Billige neue Pianinos 400,- an.

Einfach möbliertes Zimmer Pariserstraße 17, Bad. 1462b  
Parteiengenoße (nicht freundlich) möbliertes Zimmer Köpplinger Str. 61, I. rechts. 1466b  
Saubere möbliertes Zimmer, 1. Nat. Friedrich, Abendsbergerstraße 23, dort IV, Ede Späme- münderstraße. 1460

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Radfahrer Rauerhoff, Kurze Straße 9, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Moritzplatz 58a im Rathaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavaliere getragene Jacketts, Rodanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenjackets, Kostümen, Kleidern, früher bis 100 Mark, jetzt 10 bis 20 Mark (hochlegant). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Bänder, Aussteuerwäse, Betten, enorm billig, Moritzplatz 58a. 2219R\*

Ottostraße 2, nahe der Turmstraße, im Laden, erhalten Sie solide gearbeitete Möbel jeder Art, wofür jede gewünschte Garantie übernehmen, zu außerordentlich billigen Preisen. Solide Leuten gewähre Teilzahlung mit nur geringem Aufschlag. Bei größerer Anzahlung auch ohne Aufschlag. Befestigung ohne Kaufzwang erbeten. B. Kirlein.

Woebel-Weibel, Moritzplatz 58. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhaus haben in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 104,-, 360,-, 492,-, modern 479,-, 2 Zimmer und Küche modern 501,-, 667,-, 721,-, Schlafzimmer, englisch 199,-, modern, echt Eiche 347,-, Wohnzimmer, modern 297,-, Speisezimmer 355,-, Herzzimmer 200,-, englische Bettstelle mit Matratze 44,-, Kleider- und Schrank 30,-, Truemeu, gelacktes 55,-, Umbau 10,-, Teppiche, Riefenlager. Befestigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Jagdverleichte- rungen. Gedruckt 8-8, Sonntag 8-2. Rein Laden. Verkauf nur im Jagdverleichte. Rusterbach F. groß 1905R\*

Gebrauchte Pianinos und neue 100 zur Auswahl. Panzerplatte, bestes Material, große Tonfülle. Teilzahlung, auch ohne Anzahlung. Befestigung ohne Kaufzwang. Hofpianosfabrik Rantke, Potsdamerstraße 27b. Billige neue Pianinos 400,- an.

Einfach möbliertes Zimmer Pariserstraße 17, Bad. 1462b  
Parteiengenoße (nicht freundlich) möbliertes Zimmer Köpplinger Str. 61, I. rechts. 1466b  
Saubere möbliertes Zimmer, 1. Nat. Friedrich, Abendsbergerstraße 23, dort IV, Ede Späme- münderstraße. 1460

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Radfahrer Rauerhoff, Kurze Straße 9, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Moritzplatz 58a im Rathaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavaliere getragene Jacketts, Rodanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenjackets, Kostümen, Kleidern, früher bis 100 Mark, jetzt 10 bis 20 Mark (hochlegant). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Bänder, Aussteuerwäse, Betten, enorm billig, Moritzplatz 58a. 2219R\*

Ottostraße 2, nahe der Turmstraße, im Laden, erhalten Sie solide gearbeitete Möbel jeder Art, wofür jede gewünschte Garantie übernehmen, zu außerordentlich billigen Preisen. Solide Leuten gewähre Teilzahlung mit nur geringem Aufschlag. Bei größerer Anzahlung auch ohne Aufschlag. Befestigung ohne Kaufzwang erbeten. B. Kirlein.

Woebel-Weibel, Moritzplatz 58. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhaus haben in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 104,-, 360,-, 492,-, modern 479,-, 2 Zimmer und Küche modern 501,-, 667,-, 721,-, Schlafzimmer, englisch 199,-, modern, echt Eiche 347,-, Wohnzimmer, modern 297,-, Speisezimmer 355,-, Herzzimmer 200,-, englische Bettstelle mit Matratze 44,-, Kleider- und Schrank 30,-, Truemeu, gelacktes 55,-, Umbau 10,-, Teppiche, Riefenlager. Befestigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Jagdverleichte- rungen. Gedruckt 8-8, Sonntag 8-2. Rein Laden. Verkauf nur im Jagdverleichte. Rusterbach F. groß 1905R\*

Gebrauchte Pianinos und neue 100 zur Auswahl. Panzerplatte, bestes Material, große Tonfülle. Teilzahlung, auch ohne Anzahlung. Befestigung ohne Kaufzwang. Hofpianosfabrik Rantke, Potsdamerstraße 27b. Billige neue Pianinos 400,- an.

Einfach möbliertes Zimmer Pariserstraße 17, Bad. 1462b  
Parteiengenoße (nicht freundlich) möbliertes Zimmer Köpplinger Str. 61, I. rechts. 1466b  
Saubere möbliertes Zimmer, 1. Nat. Friedrich, Abendsbergerstraße 23, dort IV, Ede Späme- münderstraße. 1460

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Radfahrer Rauerhoff, Kurze Straße 9, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Moritzplatz 58a im Rathaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavaliere getragene Jacketts, Rodanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenjackets, Kostümen, Kleidern, früher bis 100 Mark, jetzt 10 bis 20 Mark (hochlegant). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Bänder, Aussteuerwäse, Betten, enorm billig, Moritzplatz 58a. 2219R\*

Ottostraße 2, nahe der Turmstraße, im Laden, erhalten Sie solide gearbeitete Möbel jeder Art, wofür jede gewünschte Garantie übernehmen, zu außerordentlich billigen Preisen. Solide Leuten gewähre Teilzahlung mit nur geringem Aufschlag. Bei größerer Anzahlung auch ohne Aufschlag. Befestigung ohne Kaufzwang erbeten. B. Kirlein.

Woebel-Weibel, Moritzplatz 58. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhaus haben in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 104,-, 360,-, 492,-, modern 479,-, 2 Zimmer und Küche modern 501,-, 667,-, 721,-, Schlafzimmer, englisch 199,-, modern, echt Eiche 347,-, Wohnzimmer, modern 297,-, Speisezimmer 355,-, Herzzimmer 200,-, englische Bettstelle mit Matratze 44,-, Kleider- und Schrank 30,-, Truemeu, gelacktes 55,-, Umbau 10,-, Teppiche, Riefenlager. Befestigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Jagdverleichte- rungen. Gedruckt 8-8, Sonntag 8-2. Rein Laden. Verkauf nur im Jagdverleichte. Rusterbach F. groß 1905R\*

Gebrauchte Pianinos und neue 100 zur Auswahl. Panzerplatte, bestes Material, große Tonfülle. Teilzahlung, auch ohne Anzahlung. Befestigung ohne Kaufzwang. Hofpianosfabrik Rantke, Potsdamerstraße 27b. Billige neue Pianinos 400,- an.

Einfach möbliertes Zimmer Pariserstraße 17, Bad. 1462b  
Parteiengenoße (nicht freundlich) möbliertes Zimmer Köpplinger Str. 61, I. rechts. 1466b  
Saubere möbliertes Zimmer, 1. Nat. Friedrich, Abendsbergerstraße 23, dort IV, Ede Späme- münderstraße. 1460

Teppiche (Farbenfehler) Gelegenheitskauf. Radfahrer Rauerhoff, Kurze Straße 9, Moritzplatz, 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Moritzplatz 58a im Rathaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavaliere getragene Jacketts, Rodanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenjackets, Kostümen, Kleidern, früher bis 100 Mark, jetzt 10 bis 20 Mark (hochlegant). Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Bänder, Aussteuerwäse, Betten, enorm billig, Moritzplatz 58a. 2219R\*

Ottostraße 2, nahe der Turmstraße, im Laden, erhalten Sie solide gearbeitete Möbel jeder Art, wofür jede gewünschte Garantie übernehmen, zu außerordentlich billigen Preisen. Solide Leuten gewähre Teilzahlung mit nur geringem Aufschlag. Bei größerer Anzahlung auch ohne Aufschlag. Befestigung ohne Kaufzwang erbeten. B. Kirlein.

Woebel-Weibel, Moritzplatz 58. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhaus haben in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 104,-, 360,-, 492,-, modern 479,-, 2 Zimmer und Küche modern 501,-, 667,-, 721,-, Schlafzimmer, englisch 199,-, modern, echt Eiche 347,-, Wohnzimmer, modern 297,-, Speisezimmer 355,-, Herzzimmer 200,-, englische Bettstelle mit Matratze 44,-, Kleider- und Schrank 30,-, Truemeu, gelacktes 55,-, Umbau 10,-, Teppiche, Riefenlager. Befestigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Jagdverleichte- rungen. Gedruckt 8-8, Sonntag 8-2. Rein Laden. Verkauf nur im Jagdverleichte. Rusterbach F. groß 1905R\*

Gebrauchte Pianinos und neue 100 zur Auswahl. Panzerplatte, bestes Material, große Tonfülle. Teilzahlung, auch ohne Anzahlung. Befestigung ohne Kaufzwang. Hofpianosfabrik Rantke, Potsdamerstraße 27b. Billige neue Pianinos 400,- an.

Einfach möbliertes Zimmer Pariserstraße 17, Bad. 1462b  
Parteiengenoße (nicht freundlich) möbliertes Zimmer Köpplinger Str. 61, I. rechts. 1466b  
Saubere möbliertes Zimmer, 1. Nat. Friedrich, Abendsbergerstraße 23, dort IV, Ede Späme- münderstraße. 1460

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wacht, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Giese, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft, Berlin. Druckerei u. Verlagsanstalt Raul Singer u. Co., Berlin SW.

Zur Agitation gegen die reaktionäre Reichsversicherungsordnung.

Die Flugblattverbreitung erfolgt am Dienstag, den 25., im 2. Berliner Wahlkreis am Mittwoch, den 26., im 1., 3., 4., 5. u. 6. Berliner Kreis und in folgenden Vororten, ebenfalls am 26., für Teltow-Bezirk...

Alle Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder der vorgenannten Bezirke müssen sich beteiligen und gleichzeitig für Besuch der am 27. stattfindenden Versammlungen agitieren.

Der Aktions-Ausschuß. Der Ausschuß der Berliner Gewerkschaftskommission.

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Morgen Mittwoch, abends pünktlich 9 Uhr, findet der Vortrag des Genossen Eichhorn in Wilkes Festsaal, Sebastianstr. 39, statt.

Fünfter Kreis. 1. Abteilung. Mittwoch, den 26. d. Mts., abends 7 Uhr pünktlich Flugblattverteilung...

1a. Abteilung. Donnerstag, den 27. d. Mts., abends 8 Uhr pünktlich Versammlung in den Luna-Sälen, Neue Königstr. 7.

1b. Abteilung. Freitag, den 28. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr Versammlung im bekannten Lokal. In allen Versammlungen: Wahl der Abteilungsführer.

Charlottenburg. Heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus (großer Saal): Generalversammlung des Wahlvereins.

Schöneberg. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr: Wahlvereinsversammlung in den Neuen Kathansälen, Meiningen Str. 8.

Zehligen-Rummelsburg. Mittwoch, den 26. April, abends 7 Uhr, von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung.

Johannisthal. Mittwoch abend von 7 1/2 Uhr ab: Flugblattverbreitung von Gobin, Roonstr. 2 aus.

Röpenitz. Am Mittwoch, abends 7 Uhr, für die am Donnerstag, 27. April, abends 8 Uhr, im Stadttheater stattfindende öffentliche Versammlung: Flugblattverbreitung von den bekannten Stellen aus.

Ober-Schöneweide. In der am Donnerstag stattfindenden öffentlichen Versammlung Mittwoch abend 8 Uhr von den Bezirkslokale aus Flugblattverbreitung.

Adlershof. Heute, Dienstag, den 25. April, im Lokal von Pöper, Bismarckstraße 10, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Konsumentenorganisation und der Verein der Gewerbetreibenden.

Zegel. Morgen Mittwoch, abends von 7 Uhr ab, für die am Donnerstag in Trappes Festsaal, Schönhoferstr. 1, stattfindende öffentliche Versammlung: Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokalen aus.

Spandau. Mittwoch, den 26. April, abends 6 1/2 Uhr von allen Bezirkslokalen aus: Wichtige Flugblattverbreitung.

Berliner Nachrichten.

Die Luftverkehrssteuer. Bekanntlich hat die Stadtverordnetenversammlung am 6. d. M. noch einer sehr erregten Debatte mit 65 gegen 57 Stimmen beschlossen, die Luftverkehrssteuerordnung an den Ausschuß zurückzugeben...

Man konnte der gestrigen Ausschuhssitzung mit besonderem Interesse entgegensehen.

Bekanntlich hatten unsere Genossen schon in der ersten Sitzung des Ausschusses die Anregung gegeben, den Magistrat zu ersuchen, sich über die Verhältnisse bezüglich der Heranziehung der königlichen Theater zu informieren...

Wie aus dem oben mitgeteilten Beschluß hervorgeht, hat das Plenum der Versammlung die Auffassung unserer Genossen als die richtige erkannt, und man mußte gespannt sein, welche Erklärungen der Rämmerer nun abgeben würde.

Versammlung eine Erklärung des Magistrats über seine Auffassung bezüglich der rechtlichen Unterlage für eine event. Besteuerung der königlichen Theater oder eine durch den Magistrat erstrahierte Erklärung des königlichen Hausministeriums zu haben wünsche.

Auf dieses Versteckspielen erhielt der Herr Rämmerer von unseren Genossen wie auch von mehreren bürgerlichen Mitgliedern eine Antwort, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ und es wurde beschlossen, den Magistrat zu ersuchen...

Der Ausschuß trat nach Beendigung dieser sehr lebhaften Debatte noch in die Beratung der gestellten Abänderungsanträge ein und es wurden über diese Anträge hinaus folgende Milderungen angenommen: Kinematographen sollen erst von 50 statt von 25 Pf. ab besteuert werden...

Wütender Haß gegen die Arbeiterklasse

Spricht aus einem Artikel über „Proletariaterziehung“, den die „Staatsbürgerzeitung“ veröffentlicht. Der Verfasser behauptet, seine Erfahrungen in einem Arbeiterviertel Berlins gemacht zu haben, wo er wohnt. Täglich habe er da Gelegenheit, zu beobachten, welche Art Erziehung bego. Richterziehung das moderne Arbeiterkind genießt.

Sein Urteil über die Eltern beginnt mit dem Satz: „Der Vater kümmert sich selbstverständlich fast niemals um den Nachwuchs.“ Für ihn sei „andauernd eine Menge sozialdemokratischer Parteikram zu erleben: Werkstattversammlungen, Jahrlabende, Disputatrobende, Hausfluchtungen, der Lotterieberein, Versammlungen des Wahlvereins, Volksversammlungen, Besprechungen zur Flugblattverbreitung...

Dann erzählt er uns, wie die Kinder sich auf der Straße und den Höfen umhertreiben und spielen. Er schildert besonders ein Spiel „Arbeiter und Polizei“:

„Einige Jungen hatten sich als Polizeibeamte uniformiert und schleppten einen gräßlich schimpfenden Bengel zur Wache. Ein vierter Junge lief mit und schrie: „Ja zeug, id zeug!“ Auf meine Frage, was er denn eigentlich mit dem „zeug“ meine, erklärte mir der hoffnungsvolle Proletariatsprohling mit überlegener Miene: „Wat es is, weech id ooch nich ganz genau, aber Vater sagt, wenn man Zeuge is, denn kriegt man Geld davor und braucht den Tag nich zu arbeiten!“

Dieser knüpft unser Kenner der Erziehung des Arbeiterkindes den Satz: „Nicht zu arbeiten! Das ist das Ideal der modernen Proletariaterziehung.“

„Nicht zu arbeiten! Das ist das Ideal der modernen Proletariaterziehung.“ Man sieht sich versucht, zu fragen, ob denn der Mensch, der das sagt, noch seine fünf Sinne recht beisammen hat. Doch er erklärt, daß er „Duzende von Beispielen für die Wahrheit dieser Behauptung anführen könnte“, und fährt fort:

„Oft genug habe ich versucht, größere Knaben aus meiner Nachbarschaft zu kleinen Botengängen oder dergleichen gegen angemessene Bezahlung zu bekommen. Diese Versuche aber habe ich längst aufgegeben, denn die Herren Jungens sind einfach zu faul dazu! Höchstens am Freitag, wenn bei Vater absolute Ebbe in der Kasse ist und die Groschen für den „Kienlopp“ und für Zigaretten eben nirgends weiter aufzutreiben sind, läßt sich so ein moderner Lazzaroni gnädigst einmal herab, ein Paletchen zur Post zu schaffen oder dergleichen. Vor einigen Wochen passierte es mir, daß die Grohmutter eines dieser zukünftigen roten Reichstagswähler einen der kleinen Straßenaraber anhielt, als er einen Mohrpostbrief für mich zum Postamt schaffe. Zwei Minuten darauf läutete es an meiner Klingel Sturm. Die brave Grohmama, eine Witwe, die auf meine Bitten und Bemühungen hin jetzt städtische Armenunterstützung bekommt, stand drohend wie eine beleidigte Adagöttin drouhen und verbat sich ganz energisch, daß ihre Nachkommenschaft zu Botendiensten herabgewürdigt würde: „Wir brauchen Ihre Krotsen nicht!“

Und für diese Frau, die seine Groschen so schön zu rückweist, hat der edle Mann noch eine Armenunterstützung erwirkt! Es ist wirklich schade, daß man seinen Namen nicht erfährt.

Zuletzt leiert er noch ein Angeld über die schulentlassene Jugend. Er stützt sich da auf Angaben von Handwerksmeistern, wie er sagt, die „bei der trüben Lage des Handwerks und bei den ungeheuerlichen, gar nicht mehr zu erschwingenden Arbeitslöhnen gezwungen sind, sich mit Lehrlingen herumzuartern“. Dem „aus zielbewußten Kreisen stammenden Proletariatsjüngling“ seien Pflichtgefühl und Vorkhalten vollkommen fremd, Achtung vor Religion und Obrigkeit sei den Kindern gewaltsam genommen. Die Schuld gibt er nicht allein dem schlechten Beispiel der Eltern, sondern auch dem „Vorwärts“ und der „Morgenpost“, die ja neben den Nic Carter-Heften die einzige geistige Nahrung einer Million Menschen in Berlin seien.

Dieser von Haß gegen die Arbeiterklasse diktierte Artikel ist der „Staatsbürgerzeitung“, wie sie angibt, aus ihrem Leserkreis geliefert worden. Eine einseitige Bemerkung nimmt Bezug auf einen anderen, von demselben Blättchen kürzlich veröffentlichten Artikel, der auf die „Schwierigkeit der Stellung der Volksschullehrer in den Berliner Arbeitervierteln“ durchaus zutreffend hingewiesen habe. Man soll doch nicht etwa glauben, daß die wutschraubende Schimpfepistel, die wir hiermit niedriger hängt, von einem Lehrer verfaßt sei? Welchen Erfolg sollte man von der Tätigkeit eines Pädagogen erwarten, der den Arbeiterfamilien und ihren Kindern mit solchen Vorstellungen und Empfindungen gegenübersteht!

Zur „Staatsbürgerzeitung“ paßt dieser Wuterguß aus giftgeschwollenem Herzen. Er erinnert sehr an jenen oben erwähnten anderen Artikel, in dem sie gegen den „Vorwärts“ tobte und die Lehrerschaft gegen die Sozialdemokratie aufzupeitschen versuchte. Lassen wir dem Blättchen das kindliche Vergnügen!

Wegen Mißhandlung in Fürsorge.

Der kürzlich erschienene Bericht der Schulkärzte enthält u. a. die Mitteilung, daß gegen zwei Kinder, die mißhandelt worden seien, Antrag auf Fürsorgeerziehung gestellt worden sei. Diese Tatsache wirkt auf unsere Schulverwaltung kein günstiges Licht. Soweit es sich darum handelt, Kinder, die von ihren Eltern oder Erziehern schwer mißhandelt werden, von ihren Peinigern zu befreien, so ist dagegen nichts einzuwenden. Wenn das aber dazu führt, diese mißhandelten Kinder in Fürsorgeerziehung zu bringen, so können diese Kinder vom Regen in die Traufe und es muß gegen ein solches Verfahren entschieden Protest eingelegt werden.

„Deutscher Bürger“ - Schwindel. Aus Leserkreisen wird uns ein Exemplar einer sich „Deutscher Bürger“ betitelten Zeitung zugefandt und bemerkt, daß dieses uns bisher unbekanntes Preßzeugnis in der in den Ausstellungshallen am Zoologischen Garten sich befindenden Ausstellung für Reise- und Fremdenverlehr an die Besucher verteilt worden ist. Der „Deutsche Bürger“ ist ein Erzeugnis des Spreerlages, als Schriftleiter zeichnet H. Schodmann, Berlin NW. 87. Der Inhalt des Druckerzeugnisses besteht aus Ankündigungen von Syphilis- und Schönheitsmitteln, es wird über Tuberkulose, Syphilis, Krätze usw. geschrieben, über den Prozeß Rab-Debius, über Nordboten in Berlin u. a. Uns interessiert besonders eine Abhandlung: „Ein schuldloses Opfer“ überschrieben, die sich aus Anlaß des Falles Herrmann über die Roabiter Vorgänge verbreitet und zwar in einer so skandalösen Weise, daß wir das Geschnitzte niedriger hängen wollen. In diesem Artikel heißt es:

„Im Herbst vorigen Jahres versuchten bekanntlich die Sozialdemokraten in Roabit den Zukunftsstaat zu errichten. In wochenlangem Straßenkampf wurden sie aber von den Berliner Schüguleuten beslegt. Da das Land der Roabiter nicht nur von Sozialdemokraten bewohnt wird, so wurden ganz Unbeteiligte in Mitleidenschaft gezogen. Zu diesen gehörte der Gelegenheitsarbeiter Herrmann in der Wielestraße 31. zweiter Hof, Seitenflügel 4 Treppen. Er hatte trotz seines Alters von Montag früh bis Dienstagabend als Asphaltierer durchgearbeitet. Als er todmüde nach Hause kam, bemerkte ihn, daß sein Sohn Max nicht am Abendbrotlich saß. Herrmann hatte die Schlägereien zwischen Schüguleuten und Sozialdemokraten auf der Straße wahrgenommen und fürchtete, sein Sohn könne dabei Schaden nehmen. Vergeblich warnte Frau Herrmann ihren Gatten, auf die Straße zu gehen. Der Alte erwiderte: „Wir alten Wanne tut keiner was.“ Die Herrmannsche Familie sollte ihren Vater nicht lebend wiedersehen. Auf der Straße wurde dem Herrmann, der zu müde und zu alt war, um rasch genug zu fliehen, von einem Schüguleuten der Schädel buchstäblich gepalmt. Vielleicht hatte ein roter Spizel die Polizei gegen den alten Mann aufgehehrt. Herrmann war nämlich unorganisiert und hielt sich von der sozialdemokratischen Partei fern. Herrmann starb eine Woche später im Krankenhaus, ohne die Besinnung wiedererlangt zu haben. . . .

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die Sozialdemokratie an dem Tode Herrmanns schuldiger ist als die Polizei. Hätten die Sozialdemokraten den Kravall nicht begonnen und hätte der „Vorwärts“ durch seine Brandartikel nicht dauernd Del ins Feuer gegossen, so hätten keine Straßenkämpfe stattgefunden, und Herr Herrmann lebte noch.

In seiner Ausführlichkeit der 2000 M. Belohnung behauptet der sozialdemokratische Parteivorstand, im Roabiter Kravallprozeß seien 218 einzelne Fälle von Mißhandlungen und Brutalitäten aller Art bezeugt worden. In der Bürgererschaft möchte man gern wissen, ob in der Zahl 218 auch die in Roabit von den Sozialdemokraten verübten Mißhandlungen und Brutalitäten aller Art namentlich gegen die geistigen Unorganisierten enthalten sind.

Schlummer ist nicht gelogen und entstellt worden zu jener Zeit, als die gerichtlichen Verhandlungen die vielen Polizeibrutalitäten noch nicht feststellten. Jetzt aber angeführt der gerichtlichen Feststellungen der polizeilichen Ausführungen noch die Stür zu haben, die Sozialdemokratie mit den Roabiter Vorgängen in Zusammenhang zu bringen, übersteigt alles, was bisher auf diesem Gebiete von unseren Gegnern geleistet worden ist. Und nun gar den von Polizeibeamten an dem Arbeiter Herrmann begangenen Totschlag unserer Partei zuschreiben zu wollen, ist die größte Frechheit, die je von einem Zeitungsschreiber begangen worden ist. Leute, die den Sachverhalt kennen und die Gerichtsverhandlungen verfolgt haben, wissen ja, was sie von dem Beschreibsel zu halten haben. Aber es gibt Leute, die das nicht wissen. Und für diese ist der „Deutsche Bürger“-Schwindel berechnet.

Auf der Straße erschossen. Sonntagmorgen um 6 Uhr geriet der Telegraphenarbeiter Fleischhauer wegen einer geringfügigen Angelegenheit in der Müdersdorfer Straße mit dem ihm bis dahin unbekanntem Wahnarbeiter Gustav Liesner in Streit, zog einen Revolver und gab auf seinen Gegner mehrere Schüsse ab. Eine Kugel drang dem Liesner in die rechte Schläfe, so daß er sofort zusammenbrach. Fleischhauer ergriff die Flucht, wurde aber von Passanten verfolgt, gestellt und zwei hinzukommenden Schüguleuten übergeben. Den Schwerverletzten schaffte man in einer Krankstrolsche nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo er bereits im Verlaufe des Vormittags starb.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am Sonnabend abend gegen 6 1/2 Uhr auf der Fennbrücke. Dort versuchte der Arbeiter Stanislaus Kwiatake, Thaxterstr. 58, wohnhaft, den Vorderperron des Straßenbahnwagens 1672 der Linie 3 Richtung Wedding während der Fahrt zu besteigen, kam jedoch zu Fall und geriet mit dem rechten Fuß unter den seitlichen Schutzrahmen. Mittels Brechstange wurde die Schutzvorrichtung hochgedrückt und K. aus seiner entsetzlichen Lage befreit. Der Verletzte, der eine Quetschung des rechten Fußes und Hautabschürfungen erlitten hatte, wurde nach der nächsten Unfallstation und von dort nach seiner Wohnung geschafft.

Selbstmord eines Geschäftsführers. Selbstmord hat am gestrigen Montag nachmittag gegen 4 Uhr der 34jährige Geschäftsführer Arnold Blöb des Hotels Bries, Unter den Linden, in seiner Wohnung, Oberstraße 74 zu Schöneberg, verübt. Blöb, der in den Kreisen der Ledwelt viel verkehrt, weit über seine Verhältnisse lebte und händiger Gast der Rennbahnen war, war in dem oben genannten Hotel seit mehreren Jahren angestellt und bezog ein Gehalt von 6000 Mark. Von seiner Gattin lebte er seit einem Jahre getrennt und seit dieser Zeit fürzte er sich derartig in Schulden, daß er an eine Rangierung seiner Verhältnisse nicht mehr denken konnte. Am 1. Mai sollte er eine größere Wechselschuld einlösen, doch hatte er offenbar zur Befriedigung seiner Gläubiger nicht mehr die Mittel aufzubringen können. Er entfernte deshalb am gestrigen Tage das Dienstmädchen unter einem Vorwand aus seiner Wohnung und sch

Sich dann eine Kugel in die rechte Schläfe. Als das Mädchen zurückkam, war es bereits tot. Ein hinzugerufener Arzt vermochte nur noch den Tod festzustellen.

Von einer Kreuzotter gebissen wurde am Sonnabendnachmittag in der Semliner Heide der dreizehnjährige Rudolf Schönberg aus Rathenow, der mit zwei Schulfreunden einen Waldspaziergang machte. Unterwegs trafen die Knaben eine zusammengerollte Schlange, die sich konnte. Die Jungen glaubten, daß es eine Ringelnatter sei, und Schönberg ergriß das Tier. In demselben Augenblick schloß die Schlange, die eine Kreuzotter war, in die Höhe und biß den Knaben in den linken Daumen. Die Vergiftung machte sich bald bemerkbar, und bald darauf brach das Kind bewußtlos zusammen. Einer der Kameraden lief nach dem nächsten Dorfe, in dem zufällig ein Arzt war, und dieser leistete die erste Hilfe. Der Knabe wurde in ein Krankenhaus geschafft, und dürfte es gelingen, ihn am Leben zu erhalten. Spaziergänger seien aus Anlaß dieses Falles in der jetzt beginnenden warmen Jahreszeit gewarnt, Reptilien mit der Hand zu berühren. Die Kreuzotter findet sich, wie bekannt, in der nächsten Nähe von Berlin und ist in den Waldungen der Mark zahlreich anzutreffen.

Sturz eines Kindes aus dem vierten Stockwerk. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonnabendabend in dem Hause Briegener Str. 21, in dem im vierten Stock des Quergebäudes der Arbeiter Neumann mit seiner Frau und einem anderthalb Jahre alten Mädchen bestehende Familie wohnt. Am Sonnabendabend waren die Eheleute fortgegangen, um in der Markthalle Einkäufe zu besorgen und hatten die kleine Hedwig allein in der Wohnung zurückgelassen. Als die Eltern ziemlich lange ausblieben, wurde das Kind ängstlich, kletterte auf eine herbeigeholte Fußbank und öffnete das Fenster, um nach Mutter und Vater auszuspähen; dabei beugte sich das Mädchen zu weit hinaus und stürzte kopfüber auf den Hof hinab, wo es in den Garten fiel, dessen Boden gerade umgegraben worden war. Das Kind erlitt einen Bruch des rechten Oberarmes und eine schwere Gehirnerschütterung. Zu diesem Unfall wird uns noch folgendes mitgeteilt: Der Portier und ein Mieter des Hauses begaben sich mit der Kleinen sofort nach der Unfallstation in der Dachstraße. Dort war um die Zeit zwischen 7 1/2 und 8 Uhr kein Arzt anwesend, während sich auf der Station 3 Hilfesuchende befanden. Der dort tätige Heilgehilfe verband gerade eine Schienenschiene und untersuchte dann auch das Kind, an welchem er nur den Oberschenkelbruch feststellte und den Ratgeber anlegte, wobei ihm die beiden Transporteure des Kindes Hilfe leisteten. Während dieser Zeit kam der Arzt, drückte seinen Unwillen darüber aus, daß der ihn ablösende Kollege noch nicht da sei, ließ sich von dem Heilgehilfen erzählen, was dem Kinde fehlte und ging in sein Zimmer. Der Heilgehilfe ordnete an, daß das Kind sofort dem Kinderkrankenhaus zugebracht werden sollte und die beiden Herren begaben sich in das Zimmer des Arztes, um die Personalien des Kindes eintragen zu lassen. Auch dabei sah der Arzt sich nicht einmal den Verband an, ja als der eine der beiden Samariter nochmals fragte, ob das Kind sofort nach dem Krankenhaus müßte, fragte der Arzt, ob das Kind überfahren sei.

Zu schweren Ausschreitungen von Eigennern kam es gestern einer Frau wegen in einem Restaurant in der Westermannstraße. Das Restaurant wurde vollständig demoliert und viele Personen schwer verletzt. Einige Personen wurden verhaftet.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Am 21. April 1911, abends gegen 9 1/2 Uhr, wurde von der Sanitätswoche Tempelhofer Ufer 1a eine bewußtlos aufgefunden, ungefähr 33 bis 40 Jahre alte Frau nach der Charité eingeliefert, deren Persönlichkeit bisher nicht festgestellt werden konnte.

Sie hat dunkelblondes Haar und war bekleidet mit braunem Hut, schwarzer Boa, schwarzer Bluse, dunklem Rock, schwarzen Strümpfen und schwarzen Knöchelriemen. Bei sich hatte sie ein Paar alte Stiefel, 2 Wästen, 1 Jackett, 4 Röde, 1 Schirm, 1 Kopf, 1 grüne Handtasche, 1 Damenuhr mit goldener Kette und 10,65 Mark. Nachrichten über die Persönlichkeit der Unbekannten werden in jedem Polizeibericht und bei der Kriminalpolizei, Alexanderstr. 3/6, 3 Treppen, Zimmer 348a, schriftlich oder mündlich entgegengenommen.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Ein Straßenbahnunfall, bei dem ein Kind schwer zu Schaden kam, ereignete sich am Montagmittag gegen 1/2 Uhr. Beim Ueberqueren des Bahndammes der Schlossstraße lief die dreijährige Tochter Martha des in derselben Straße Nr. 15 wohnhaften Arbeiters Wurzel gegen die Seitenwand eines Straßenbahnwagens der Linie 80 und kam zu Fall. Die Kleine geriet mit dem linken Arm unter den Schupacken und erlitt eine schwere Quetschung der Hand. Das verunglückte Kind erlitt auf der Unfallstation einen Notverband und wurde dann nach dem Krankenhaus Westend übergeführt. Der Kleinen werden wahrscheinlich mehrere Finger der verletzten Hand amputiert werden müssen.

### Rigdorf.

Bei einem Streit mit Straßenreinigern den Tod gefunden hat der Fensterputzer Benjamin Stammert, Wäldersgr. 69. Er traf in der Nacht auf dem Heimweg eine Straßenreinigungskolonne, die mit dem Regen des Bahndammes der Berliner Straße beschäftigt war. Er war etwas angetrunken und belästigte in seinem Zustand die Straßenreiniger. Der Straßenreiniger Paul Alohe, Angergrabenstraße 27, verbat sich das Verhalten des Passanten, worauf K. auf Alohe einbrach und mit dem Stock tätlich wurde. Alohe setzte sich nun mit dem Wesen zur Wehr. Er verletzte dem Angreifer mehrere Schläge über den Kopf, daß der Betroffene bewußtlos zusammenbrach. Man schaffte ihn nach dem Sudower Krankenhaus, wo er gestern vormittag den schweren Kopfverletzungen erlag. Die Leiche ist einstellend von der Polizei beschlagnahmt worden.

Zwischen Geldern Selbstmord verübt hat der 57 Jahre alte Paul Thomas aus der Wiener Straße 50. Er vergiftete sich auf dem neuen Thomas-Friedhof an der Hermannstraße mit Nylol. Friedhofsbesucher fanden ihn bald darauf zwischen Gräbern liegend auf. Man rief noch einen Arzt herbei, der aber nur den Tod bei ihm feststellen konnte. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Ein schwerer Straßenbahnunfall ereignete sich am gestrigen Montagmorgen gegen 7 Uhr vor dem Hause Hermannstr. 61. Dort verlor die 13jährige fleißige Maler Robert Schmidt, Anseebest. 60 wohnhaft, einen Straßenbahnwagen der Linie 50 während der Fahrt zu besteigen, glitt jedoch ab und geriet mit dem Oberkörper unter den Vorderperson. Mit Hilfe einiger Straßenpassanten wurde der Wagen in wenigen Minuten angehoben und der Verunglückte aus seiner entsetzlichen Lage befreit. Schmidt wurde nach der Unfallstation in der Steinmühlstraße geschafft, wo der Arzt feststellte, daß Sch. der linke Unterarm vollkommen abgetrennt worden war. Außerdem hatte der Verunglückte Fleischwunden an der rechten Hand und am Kopf erlitten. In bedenklichem Zustande wurde der Verunglückte nach dem Krankenhaus Sudow übergeführt.

### Johannisthal.

Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend in der Kaiser-Wilhelmstraße 6. Dort war der 13jährige Sohn des Wäldersgräbers Sch. von seiner Mutter nach dem im Hause Nr. 45 derselben Straße befindlichen Boden geschickt worden, wo er Einkäufe machen sollte. Das Weichholztotal wird gegenwärtig umgebaut und renoviert und aus diesem Grunde war für mehrere Tage die große Schauenscheibe herausgenommen worden, so daß viele Käufer, namentlich die Kinder, ihren Weg durch das Schaufenster nahmen. Das wollte am Sonnabend der

Gewohnheit gemäß auch der kleine Sch. tun, der dabei aber übersehen hatte, daß inzwischen die Scheibe wieder eingesetzt war. Der Knabe rannte infolgedessen in dieselbe hinein; das Glas zerbrach und der Junge wurde durch umfliegende Glassplitter erheblich am Kopf, Gesicht und an den Händen verletzt. Der Verletzte wurde zu einem in der Nähe wohnenden Arzt gebracht, der ihm Verbände anlegte, und dann nach der eigentlichen Wohnung übergeführt.

### Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. In der letzten Sitzung lag ein Antrag der Schuldeputation und des Gemeindevorstandes vor, in den Gemeindefschulen das orthopädische Turnen einzuführen. Nach dem Bericht des Bürgermeisters Dr. Siller haben die Untersuchungen des Schularztes bei einer Reihe von Kindern verschiedene Deformationen des Körpers festgestellt. Die Erfahrung habe aber gelehrt, daß durch Dehnungsübungen und zweckmäßige Körperübungen eine erfolgreiche Behandlung möglich sei. Der Gemeindevorstand empfiehlt daher die Einführung des orthopädischen Unterrichts. Es sollen je zwei Lehrer und Lehrerinnen auf Gemeindeflopfen für diesen Unterricht bestimmt werden. Da die Regierung zu diesem Zweck Mittel zur Verfügung gestellt habe, werde der Gemeindevorstand sofort einen entsprechenden Zuschuß beantragen. Nachdem Genosse Sonnenburg und die Vertreter Börling und Bloede für den Antrag gesprochen, wurde derselbe angenommen. — Das Gesuch der Trepptower Sternwarte um eine jährliche Subvention wurde nach warmer Befürwortung des Bürgermeisters und des Genossen Sonnenburg sowie des Vertreters Bloede angenommen und ein Jahresbeitrag von 30 M. festgesetzt. — Unter „Mitteilungen“ bringt der Bürgermeister zur Kenntnis, daß der Kultusminister nunmehr das Realgymnasium als Vollanstalt anerkannt habe. Die Kaufofferte der Gasanstalt habe der Gemeindevorstand gemäß den Beschlüssen der Vertretung angenommen. Der Kaufvertrag sei bereits notariell abgeschlossen. Die Gasanstalt geht am 1. Oktober d. J. in den Besitz der Gemeinde über. Der Vertrag mit der „Niederbarnimer Zeitung“ als Amtsanzeige ist unter den alten Bedingungen wieder auf drei Jahre abgeschlossen. Genosse Sonnenburg wünschte, daß der Jahresbericht des Schularztes früher als bisher der Vertretung zugeht. Der Bürgermeister sagte die Erfüllung des Wunsches zu. — In geheimer Sitzung wurde dem Erwerb des Katastrales Grundstückes in der Köpenickerstraße zugestimmt. Ebenso der Eingemeindung der Erpewiesen, der Kolonie Westend, der Eisenbahnfläche beim Bahnhof Hirschgarten, sowie der forstfiskalischen Jagden 316b und 320b.

### Trebbin (Kreis Teltow).

Auf zur Stadtverordnetenwahl! Am Mittwoch, den 26. April, vormittags von 9 bis 11 Uhr, hat die 3. Abteilung die Erziehung für den von hier bezogenen Genossen Morgenrot vorzunehmen. Die Gegner werden alles versuchen, um in der 3. Abteilung wieder Fuß zu fassen. Darum, Arbeiterwähler, opfert auch diesmal die Zeit für die Wahl, um dem sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen.

### Pankow.

Die Errichtung einer Bedürfnisanstalt auf dem freien Platz an der Ecke der Berliner und Wäldersstraße, welche von der Gemeindevertretung bereits am 11. Januar 1910 beschlossen worden ist und wozu auch die Mittel in Höhe von 10 000 M. in den Etat von 1910 eingesetzt waren, läßt immer noch auf sich warten. Man hat in letzter Zeit gelegentlich der Verschmelzungsbestrebungen mit Niederschönhausen die hiesigen Gemeindeeinrichtungen in den glänzendsten Farben schildern und in den höchsten Tönen loben gehört, und es kann auch nicht bestritten werden, daß Pankow in dieser Beziehung mancherlei Anerkennenswertes aufzuweisen hat. Andererseits aber existieren auch noch recht hässliche Zustände, die mit der angestrebten Stadtvermehrung recht wenig im Einklang stehen. So mangelt es namentlich an öffentlichen Bedürfnisanstalten. Für einen Ort mit über 48 000 Einwohnern und außerordentlich starkem Verkehr mit Berlin müssen die zurzeit vorhandenen zwei öffentlichen Bedürfnisanstalten als völlig unzureichend bezeichnet werden. Dazu kommt, daß die eine dieser Anstalten sich an einer Stelle befindet, wo nur eingehendste Ordnenntnis zwar ihr Kuffinden, damit aber noch nicht immer — infolge ihres häufig sehr unsauberen Zustandes — auch ihre Benutzung möglich macht. Das sind für einen so lebhaft aufstrebenden Ort wie Pankow durchaus unhaltbare Zustände, deren Abstellung der Pankower Gemeindeverwaltung am Herzen liegen sollte. Vor allem aber ist es eine dringende Notwendigkeit, daß mit der Errichtung der projektierten Bedürfnisanstalt an der Ecke der Berliner und Wäldersstraße nun bald Ernst gemacht wird. Gerade diese Gegend ist in letzter Zeit außerordentlich stark bebaut worden und handelt es sich hier zudem um eine der beiden Hauptkommunikationen mit Berlin. Es kommt weiter hinzu, daß an Sonn- und Festtagen die Berliner und Wäldersstraße an ihrer Gabelung von vielen Tausenden von Berliner Spaziergängern frequentiert wird, für die keine Möglichkeit besteht, eine Bedürfnisanstalt benutzen zu können. Wie sehr gerade hier Abhilfe nötig ist, hat erst kürzlich der in diesem Jahre außerordentlich starke Osterverkehr nach Pankow gezeigt.

### Syandau.

Soldaten sollen, wie uns Einwohner aus dem Hause Kuhstraße 3 mitteilen, seit etwa einer Woche dort mit der Ausführung von Malerarbeiten beschäftigt sein. Das Haus gehört einem in der Neudorferstraße wohnhaften Herrn Schilling, der zugleich Inhaber des Spandauer Wabes ist.

Während vor Ostern nur zwei Mann mit den Malerarbeiten beschäftigt waren, sind es jetzt drei. Hausbewohner haben beobachtet, daß sich die Soldaten früh gegen 1/8 Uhr einfinden, sich im Quergebäude des Hauses umkleiden und dann an die Arbeit gehen.

Ist dem so, wie uns versichert wird, so entsteht die Frage, in wessen Auftrag handeln die Soldaten?

Dazu ist das Militär nicht da, daß es den in den einzelnen Wäldersgräben beschäftigten Arbeitern Konkurrenz macht.

Es wäre uns interessant zu erfahren, wie Herr Schilling dazu gekommen ist, daß die Malerarbeiten durch Soldaten ausgeführt werden.

## Aus aller Welt.

### Nacht Arbeiter ertrunken.

Ein schwerer Bootsunfall trug sich am Sonnabend in der Nähe von Königgrätz zu. Dort wollten bei Ebregulierungsarbeiten beschäftigte Arbeiter mit einer Seilfähre über den Fluß gehen. In der Mitte des Stromes kippte die mit vierzehn Insassen besetzte Fähre um und die Arbeiter fielen ins Wasser. Nur sechs von ihnen konnten mit großer Mühe gerettet werden, die übrigen acht ertranken.

### Schweres Straßenbahnunglück bei Regensburg.

Am Sonntagabend ereignete sich auf der von Präsening nach Regensburg führenden Straßenbahn ein schweres Unglück. Auf noch unaufgeklärte Weise entgleiste ein mit Ausflüglern vollbesetzter Wagen mit beiden Anhängewagen. Der erste Wagen fuhr mit aller Macht an einem Baum. Bei dem Unglück wurden fünf Personen schwer und dreizehn leichter

verletzt. Eine Frau erlitt so schwere Verletzungen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird.

### Vom Eisenbahnzuge überrannt.

Zwei schwere Verkehrsunfälle haben sich am Sonntag auf deutschen Eisenbahnen ereignet. Bei einem Kibauübergang auf der Chaussee Grafenrainichen-Witterfeld wurde das Fuhrwerk des Gastwirts Müller aus Erbsen vom Zuge erfasst und vollständig zertrümmert. Die beiden Insassen, der Besitzer und sein 17jähriger Sohn, wurden getötet. Das Gespann kam in schnellster Gangan auf der Straße dahergeraust und durchfuhr die für den D-Zug bereits halb geschlossene Schranke, obwohl der Schrankenwärter durch Zurufe zu verstehen gab, daß das Fuhrwerk vor der Schranke warten solle. — Ein weiterer tödlicher Unfall ereignete sich auf der Chaussee zwischen Reuland und Giesmannsdorf in Schlesien. Dort überfuhr ein Personenzug ein mit vier Personen besetztes Fuhrwerk. Der Lenker des Wagens, der Lohnkutscher Trente, wurde so schwer verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus seinen Verletzungen erliegen ist. Die Frau des Getöteten und ein Kind wurden bei dem Unfall leicht verletzt, ein anderes Kind blieb unversehrt.

### Kleine Notizen.

Ueberfall auf eine Postagentur. Von Käufern wurde in der Sonntagmorgen Postagentur zu Dreinig bei Nauen heimlich gesucht. Von zwei verurteilten Männern wurde der Postverwalter mit vorgehaltener Revolver gezwungen, den Geldschrank zu öffnen. Die Spitzbuben raubten 4000 M. und entliefen unerkannt.

Ein verhafteter Theaterdirektor. Der Direktor K. Maffi vom Bochumer Stadt-Theater ist gestern wegen Unterschlagung verhaftet worden. Die Verhaftung steht in Zusammenhang mit dem vor einigen Tagen erfolgten plötzlichen Verschwinden des Kassieres, der 10 000 M. veruntreut hat.

Familien драма. In Frankfurt a. M. hat sich am Sonntag die 61jährige Frau eines Straßenbahnwagens mit ihrer 22jährigen Tochter und ihrem 12jährigen Sohn durch Leuchtgas vergiftet. Die angeordneten Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg. Ueber das Motiv der Tat ist nichts Genaueres bekannt.

Ein Opfer seines Vernies ist der auch in Berlin bekannte Taucher Henry Rod jun. geworden. Bei einem Versuche, in Otteleben bei Braunschweig aus einem mit Wasser angefüllten Schacht die Leiche eines ertrunkenen Bergmanns zu bergen, ist Rod tödlich verunglückt. Als er emporgezogen wurde, gab er nur noch schwache Lebenszeichen von sich.

Schwere Explosion. In einer Spiritusfabrik in der französischen Ortschaft Anennes les Bains explodierte ein großer Stahlkessel. Vier Arbeiter wurden getötet und drei schwer verletzt.

Die Cholera auf Java. Wie ein Telegramm aus Amsterdam meldet, ist die Stadt Batavia für Choleraerkrankung erklärt worden. Am Sonnabend waren 28 Cholerafälle zur amtlichen Kenntnis gekommen.

## Eingegangene Druckschriften.

Die Mainnummer des „Wahren Jacob“ ist losen, 16 Seiten stark, erschienen. Sie enthält auch ein Portrait des in Stuttgart verstorbenen Parteigenossen Jakob Stern. Der textliche wie auch illustrative Teil ist reichhaltig ausgestattet. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen ist auch das 21. Jahrgangszugespungen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervorzuheben: Kisten wir! — Gedanken von Gertraud Hanna. — Schluß der nationalen Arbeit. Von Julie Böh. — Der erste Mai im Reich. Von Alexandra Kollontaj. — Die Bedeutung des Achtstundentages für die Textilarbeiterinnen. Von Maria Hoppe. — Für die Selbstverwaltung der Arbeiter in der Arbeiterbewegung. Von Gustav Doh. — Die Fabrikarbeit verheirateter Frauen und der Achtstundentag. Von Kathilde Barm. — Was fordern die Hausangestellten von der Gesetzgebung? Von Helene Gröndberg.

Mit den Beilagen für unsere Mütter und Hausfrauen und für unsere Kinder.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfennig.

Leser- und Diskontierklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute, Dienstag, abends 9 Uhr, bei Karl Eichhorn, Danziger Str. 3: Vortrag, Gäste willkommen.

## Briefkasten der Expedition.

Patienten in Berlin, Danz und anderen Heilstätten. Diesen unsrer Abonnenten, die nach während des ganzen nächsten Monats in der Heilstätte bleiben, wollen uns wegen der Ueberweisung von Freigangspassanten sofort ihre Adressen einfinden, da bei verpäteter Befüllung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingesandt werden.

Marktpreise von Berlin am 22. April 1911, nach Ermittlung des königlichen Polizeipräsidiums. Marktpreis (Reinbrot) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Preisbohnen, weiße 30,00—50,00. Winterroten 30,00—40,00. Kartoffeln 5,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,90. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 3,00—4,40. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kola 1,60—3,00. Bänder 1,40—3,60. Dörfle 1,40 bis 2,80. Bärte 1,00—2,00. Schleie 1,40—3,40. Weis 0,80—1,60. 60 Stück Strauß 2,50—30,00.

## Witterungsbericht vom 23. April 1911.

Station	Barometer Höhe man Einheit	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C.	Station	Barometer Höhe man Einheit	Windrichtung	Windstärke	Temper. in C.
Schwetznitz	757	SW	5 halb	13	Labruna	744	SW	2 mäßig	2
Danzburg	759	SW	5 befeht	11	Vetersburg	753	SW	1 mäßig	7
Berlin	759	SW	3 mäßig	14	Stettin	766	SW	3 halb	11
Frankfurt	763	SW	3 mäßig	12	Herden	753	SW	2 woflig	9
Hannover	763	SW	3 mäßig	15	Uster	766	SW	2 halb	12
Wien	760	SW	4 halb	18					

Wetterprognose für Dienstag, den 25. April 1911. Etwas kühler, veränderlich, vielfach wolfig mit leichten Regenschauern und häufigen westlichen Winden.

## Berliner Wetterdienst.

**Deutscher Bauarbeiterverband.**  
Zweigverein Berlin.  
Bezirk Südost.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Maurer

**Heinrich Kutzner**  
am 22. April gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 25. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentralfriedhofs in Friedrichsfelde aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Albessinier-Pumpen**

zum Selbstausströmen für Gartenbesitzer u. Landkolonisten von S.W. an Fließpumpen, Gartenbrunnen, Filter, Röhren, Schlauche usw. billig. Erdbohrer leihweise.

**Carl Köchlin & Co.,**  
Berlin S.W.  
(17 1674) Alte Jakobstr. 18/19